Generalstreik im besetzten Palästina

Seite 11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 15 vom 10. April 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Verfassungsschutzgesetz in Niedersachsen

Weg mit dem Spitzelgesetz!

In Niedersachsen liegt gegenwärtig der „Entwurf eines Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Niedersachsen" dem Landtag vor. Entsprechende Gesetze wurden bereits in aller Stille von 1973 bis 1975 in Bayern, Westberlin, Bremen, Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Schleswig-Holstein beschlossen.

Der niedersächsische Gesetzesentwurf legt nicht nur fest, daß der Verfassungsschutz die Bewerber für eine Einstellung im Öffentlichen Dienst überprüfen soll. Er legt gleichzeitig fest, daß praktisch alle Angehörigen des Öffentlichen Dienstes, darüber hinaus aber auch bestimmte andere Personen, verpflichtet sind, dem Verfassungsschutz „unaufgefordert" Informationen über revolutionäre Organisationen und Personen zu liefern.

Dieser Gesetzesentwurf bedeutet deshalb eine erhebliche Verschärfung bei der Bespitzelung des werktätigen Volkes und vor allem der Kommunisten. Das Gesetz soll aber nicht nur deshalb beschlossen werden, um die Computer des Verfassungsschutzes mit weiteren Informationen zu bestücken. Es soll damit unter der Bevölkerung ein Zustand von Unsicherheit und Angst geschaffen werden, eine Atmosphäre, die wir aus Staaten wie der DDR oder auch aus der Zeit des Hitlerfaschismus kennen.

In Niedersachsen hat dieser Gesetzesentwurf Empörung hervorgerufen. Auch wenn diese Empörung die Verabschiedung des Gesetzes nicht sollte verhindern können, so zeigt sie doch schon jetzt an, daß die Bevölkerung solche Spitzeldienste verachtet und die Anwendung des Gesetzes die entsprechenden Formen des Widerstandes finden wird.

Die entscheidende Verschärfung der Faschisierung liegt im § 5 des Gesetzentwurfes. (siehe Kasten)

Was hier in dürrem Juristendeutsch festgehalten ist, läuft darauf hinaus, daß der Verfassungsschutz neben seinen bezahlten Agenten ein Heer von Menschen für seine Spitzeldienste einschalten will. Schulen, Universitäten, Arbeitsämter, Sozialämter, Finanzämter usw., aber auch Krankenkassen, Krankenhäuser und Anwaltskammern gehören zu den Stellen, die mit diesem Gesetz auf die Jagd nach revolutionären Äußerungen und Taten, auf die Jagd nach revolutionären Menschen und Organisationen sozusagen dienstverpflichtet werden sollen. Das betrifft keineswegs nur die Leiter dieser Stellen. Über das Beamtengesetz zum Beispiel kann diese Verpflichtung auch auf jeden Lehrer usw. ausgeweitet werden. Der Lehrer, der mit den Eltern seiner Schüler politische Diskussionen führt, die Sozialarbeiterin, die die revolutionäre Gesinnung eines Jugendlichen kennt, der Anwalt, der Mandanten wegen Staatsschutzdelikten verteidigt — sie alle sind bei strikter Anwendung dieses Gesetzes betroffen. Sie alle müssen dem Verfassungsschutz nicht nur auf seine Aufforderung hin, sondern auch unaufgefordert. Meldung erstatten über alles, was für den Verfassungsschutz interessant sein könnte.

> § 4 Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde
> (1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1, so ist die Verfassungsschutzbehörde befugt, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden.
> (2) Der Verfassungsschutzbehörde stehen polizeiliche Befugnisse nicht zu.
> § 5 Amtshilfe und Auskunftserteilung
> (1) Die Behörden des Landes, die Gemeinden, die Landkreise, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die Gerichte des Landes und die Verfassungsschutzbehörde leisten sich gegenseitige Rechts- und Amtshilfe.
> (2) Die Verfassungsschutzbehörde kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, von den in Absatz 1 genannten Stellen Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.
> (3) Darüber hinaus haben die in Absatz 1 genannten Stellen der Verfassungsschutzbehörde alle Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1 unaufgefordert zu übermitteln.
>
> § 3 Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde
> (1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
> 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

Das heißt keineswegs, daß beispielsweise ein Schuldirektor dem Verfassungsschutz nur melden muß, wenn Schüler auf dem Schulhof eine Demonstration veranstalten und damit seiner Meinung nach Hausfriedensbruch begehen. Der Verfassungsschutz interessiert sich nicht in erster Linie für den Bruch der Gesetze, die sich die Bourgeoisie zur Unterdrückung des Volkes gemacht hat. Innenminister Maihofer sagte dazu: „Ihrem Schutz (dem Schutz der ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung' — RM) gegen Extremismus, aber auch gegen Terrorismus, schon **im Vorfeld des strafrechtlichen Staatsschutzes,** gilt neben der Bekämpfung von Spio-

Fortsetzung auf S. 7, Sp. 1

Aufruf des ZK der KPD/ML zum 1.Mai

Arbeiter, Werktätige, Jugendliche in Ost und West!

Das Zentralkomitee der KPD/ML ruft Euch auf: Heraus zum Roten 1. Mai! Demonstriert am 1. Mai mit uns Eure Entschlossenheit, Schluß zu machen mit diesem System der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung! Tod dem Faschismus und Sozialfaschismus! Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie in Ost und West! Erteilt dem reaktionären Regierungsmai von DGB und FDGB, den Feierstunden des Kapitals mit ihrer Propaganda der Klassenzusammenarbeit eine entschiedene Abfuhr!

Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Abbau der Löhne in Westdeutschland und Westberlin. Hunderttausende von Kindern ohne Aussicht auf Ausbildung und Arbeit auf der Straße. Kein Ende bei den Preissteigerungen, Steuererhöhungen und „Sozial"-abgaben. Auch in der DDR Rationalisierungsterror, versteckte Arbeitslosigkeit, indirekte Steuererhöhungen und Preistreiberei — weitgehender Abbau noch vorhandener Errungenschaften aus sozialistischer Vergangenheit. Das ist die Wirklichkeit, das sind die Folgen der tiefgreifenden Krise, die die gesamte kapitalistische Welt in Ost und West erfaßt hat! Diese Tatsache können die Schlagworte Bonns, der DGB-Zentrale und der D„K"P — wie „Recht auf Arbeit", „soziale Sicherheit", „Mitbestimmung" — ebensowenig vertuschen, wie die Lügen der Ostberliner Machthaber vom „Aufblühen" der Wirtschaft der angeblich sozialistischen „Staatengemeinschaft" die Zerrüttung des osteuropäischen Wirtschaftsblocks verdecken können.

Wir fordern alle Werktätigen, alle Ausgebeuteten und Unterdrückten in Stadt und Land auf: Zieht einen klaren Trennungsstrich zu den Ausbeutern, den Bonzen des Ausbeuterstaates und dem reaktionären Gewerkschaftsapparat! Zieht einen klaren Trennungsstrich zu den Parteien des Klassenverrates, der D„K"P und SED, den gefährlichsten Feinden in den Reihen der Arbeiterklasse, die als Agentur der Bourgeoisie, getarnt mit sozialistischen Phrasen, die werktätigen Massen an das kapitalistische Ausbeutersystem ketten sollen. Wobei die D„K"P am liebsten auch im Westen ein sozialfaschistisches Regime errichten würde, wie es die SED in der DDR führt.

Blickt auf die wirklich sozialistischen Länder, seht die Volksrepubliken China und Albanien: Wo die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen ihre revolutionäre Diktatur ausübt und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, sind all die Geißeln des Kapitalismus, sind Massenarbeitslosigkeit, Lohnraub, Not und Existenzsorgen unbekannt. Die Früchte seiner Arbeit gehören dem Volk, das in Freiheit sein eigenes Land aufbaut.

Dafür kämpfen wir! Demonstriert am 1. Mai mit uns, mit allen klassenbewußten Arbeitern überall auf der Welt: gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung, für den revolutionären Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, für den Sozialismus!

Wir stehen nicht allein. Der diesjährige 1. Mai steht unter dem Zeichen des siegreichen Vormarsches der Kräfte der Revolution und des Sozialismus auf der ganzen Welt. Das tapfere Volk Kambodschas feiert den ersten Jahrestag seiner Befreiung. Die Kraft und die Siege der Front des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker nimmt immer mehr zu. Welle um Welle erstarkt auch der Kampf des Proletariats in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern. Die Haupttendenz in der heutigen Weltentwicklung ist die Revolution und der Sieg des Sozialismus.

Die Faktoren für die Revolution wachsen. Doch zugleich wachsen die Faktoren für den Krieg. Darüber können KSZE-Konferenz von Helsinki und das Gerede der Imperialisten und ihrer Handlanger von Frieden, Abrüstung und Entspannung immer weniger hinwegtäuschen. Die Schrecken und Folgen des 2. imperialistischen Weltkrieges sind noch nicht überwunden. Und schon droht ein neuer Krieg, grausamer als alle vorhergegangenen, heraufbeschworen von den beiden größten Ausbeutern und Unterdrückern, dem russischen Sozialimperialismus und dem US-Imperialismus. Das Ringen dieser beiden Supermächte um die Vorherrschaft in der Welt verschärft sich zusehends. Doch sollten sie diesen Krieg entfesseln, ist das ihr Untergang. Sollte es den Völkern nicht gelingen, dem Krieg mit der Revolution zuvorzukommen, dann wird dieser Krieg die Revolution unweigerlich hervorrufen! Krieg dem imperialistischen Krieg!

Demonstriert mit uns am 1. Mai unter den Fahnen des proletarischen Internationalismus! Für die Einheit des internationalen Proletariats, der sozialistischen Länder, der unterdrückten Völker und Nationen im Kampf gegen die beiden Supermächte, Imperialismus, Revisionismus und die Reaktionäre aller Länder!

Unser deutsches Vaterland ist gespalten. In Westdeutschland und Westberlin lebt die Bevölkerung unter der Diktatur der westdeutschen Imperialisten, gestützt auf den US-Imperialismus, der einen wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Einfluß in diesem Teil Deutschlands ausübt und seine Besatzertruppen stationiert hat. Der andere Teil steht unter dem Militärstiefel des russischen Sozialimperialismus, der mittels seiner Handlanger, der neuen Bourgeoisie der DDR, eine faschistische Terrorherrschaft über die Werktätigen ausübt.

Am diesjährigen 1. Mai feiern wir die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. Jetzt hat die ganze deutsche Arbeiterklasse, im Westen wie im Osten, wieder eine marxistisch-leninistische, wirklich revolutionäre Vorhut. Wenn das sozialfaschistische Honecker-Regime am 1. Mai mit Militärparaden und Jubelfeiern die Besetzung und Ausplünderung der DDR durch die Moskauer Kreml-Zaren feiert, organisiert sie, trotz Verfolgung, Terror und Illegalität, bereits den Kampf für den Sturz dieses Regimes, die Vertreibung der russischen Besatzer und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Im Westen, wo die Klassenkämpfe mit der Arbeiterklasse an der Spitze vorwärtsschreiten, treibt die Bourgeoisie die Faschisierung voran, um den Kampf zum Sturz des westdeutschen Imperialismus unter Führung der KPD/ML zu unterdrücken und der Errichtung der Diktatur des Proletariats im Ernstfall mit der Einführung einer neuen faschistischen Diktatur zuvorzukommen.

Letztendlich wird aber die Herrschaft der Bourgeoisie in beiden Teilen Deutschlands am revolutionären Klassenkampf der unterdrückten Volksmassen scheitern! Und die deutsche Arbeiterklasse, das deutsche Volk werden sich auch niemals mit der willkürlichen Spaltung ihrer Nation und der Besetzung ihres Vaterlandes abfinden. Sie werden nicht zulassen, daß die beiden Supermächte und ihre aggressiven Militärblöcke, Warschauer Pakt und NATO, Deutschland in die Katastrophe eines neuen Krieges treiben. Deutschland gehört dem deutschen Volk!

Fortsetzung auf S. 2, Sp. 3/4

Festveranstaltung zum 1. Jahrestag der Befreiung Kambodschas

Es spricht Chau Teary, Botschafter des Demokratischen Kambodscha in Frankreich.

Wir zeigen den Film „Heldenhaftes Volk".

10. 4., 17 Uhr, Stübens Gesellschaftsräume, Hamburg-Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich 10

Sadat in Bonn

Hände weg von Ägypten!

Nachdem Ägypten der Sowjetunion den seit 1971 bestehenden „Freundschaftsvertrag" aufgekündigt hat, hat Staatspräsident Sadat eine Reise in verschiedene westeuropäische Staaten angetreten. Letzte Woche war Sadat in Bonn. Mit ihm wurde ein Kapitalhilfeabkommen über 100 Millionen DM sowie eine Kreditvereinbarung über 130 Millionen DM abgeschlossen. Weitere Kreditbürgschaften wurden angekündigt.

Verfolgen die westdeutschen Imperialisten damit eine Politik zur Unterstützung des ägyptischen Volkes? Nein, den westdeutschen Imperialisten geht es um handfeste imperialistische Interessen!

Der Nahe Osten ist ein Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. Hier prallen die Interessen der beiden Supermächte scharf aufeinander. Der Nahe Osten ist nicht nur wirtschaftlich wegen seiner Erdölvorkommen interessant für die Imperialisten, sondern auch aus politischen und militärischen Gründen.

Während der US-Imperialismus offen die Zionisten unterstützt, die Existenz Israels mit Waffengewalt aufrechterhält und die bestialischen Aggressionen Israels gegen die arabischen Völker mitanzetteln und unterstützt, hat der russische Sozialimperialismus z. B. Tausende russische Juden nach Israel geschickt, als sie von den Zionisten dringend als Soldaten gebraucht wurden. Der russische Sozialimperialismus ist keinen Deut besser als der US-Imperialismus, er geht sogar noch viel heimtückischer gegen die arabischen Völker vor. So hat er den Druck des US-Imperialismus auf die arabischen Völker sowie die Aggressionen Israels ausgenutzt, um sich mit seinen Klauen, unter dem Deckmantel des „Freundes", des „natürlichen Verbündeten" der arabischen Völker, im Nahen Osten festzukrallen. Seine Waffenlieferungen, die hin und wieder gewährt wurden, waren stets mit politischen Bedingungen und mit größerer Einmischung in diese Länder verbunden. Besonders deutlich wird das an Ägypten.

Trotz Vereinbarungen und Verträgen haben die russischen Sozialimperialisten nicht die notwendigen Offensivwaffen während des Oktoberkrieges gesendet und in den kritischen Augenblicken des Oktoberkrieges haben sie sogar die Waffenlieferungen eingestellt. Ersatzteile wurden nicht mehr geschickt, so daß die Hälfte aller ägyptischen Hubschrauber nicht einsatzfähig waren. Und nicht ohne Grund haben die Ägypter 1972 20000 russische Militärberater ausgewiesen. Sie hatten sich wie Kolonialherren aufgeführt, dem ägyptischen Volk Gold und andere Werte geraubt. Ihre „Hilfe" betrachteten die russischen Sozialimperialisten als reine Kapitalinvestitionen, um wirtschaftliche, politische und militärische Positionen zu ergattern und ihren Einfluß in dieser Zone auszubauen. In letzter Zeit haben die russischen Sozialimperialisten die Sendung von Ausrüstungen und besonders von Ersatzteilen für 250 MIG-21 Flugzeugen einseitig und willkürlich eingestellt. Das ist offensichtlicher Raub, denn diese Teile waren Eigentum der Ägypter. Als die Ägypter die Ersatzteile bei den Indern kaufen wollten, hat die Sowjetunion den Indern verboten, die Ersatzteile zu liefern.

Mit solchen Erpressungen sollte das ägyptische Volk in die Knie gezwungen werden. Die Antwort darauf war die Aufkündigung des sogenannten Freundschaftsvertrages, der für die russischen Sozialimperialisten auch nur ein Mittel der Erpressung war, um den nationalen Befreiungskampf der arabischen Völker zu sabotieren, um den Zustand „Weder Krieg noch Frieden" zu erhalten, um sich ihren Einfluß zu sichern. Die Aufkündigung des „Freundschaftsvertrages" war ein Schritt im Interesse des ägyptischen Volkes und der anderen arabischen Völker.

Aber während die russischen Sozialimperialisten aus Ägypten vertrieben werden, versuchen jetzt hauptsächlich der US-Imperialismus und auch der westdeutsche Imperialismus sich über Ägypten herzumachen und in die Fußstapfen der russischen Sozialimperialisten zu treten. Darin liegt das Ziel der westdeutschen Imperialisten, die jetzt „großzügig" Kredite bewilligen, wobei sie die schwierige Lage Ägyptens sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer und militärischer Hinsicht ausnutzen. Die US-Imperialisten haben schon seit längerem verschiedene Gespräche mit Ägypten zwecks militärischer „Unterstützung" geführt und Waffenlieferungen angekündigt. Die westdeutschen Imperialisten pumpen ihre zweitgrößte „Wirtschaftshilfe" nach Ägypten und von den jetzigen Abkommen versprechen sie sich noch größere Investitionsmöglichkeiten. Auch wenn Schmidt heuchelt, es würden keine Waffen geliefert, weil Ägypten zu den sogenannten Spannungsgebieten gehört, darf man sich nicht davon täuschen lassen. Nach Israel liefern die westdeutschen Monopole bereits seit langem Kriegsgeräte, obwohl auch Israel zu diesen „Spannungsgebieten" gehört. Und nach Ägypten sollen allerhöchster Wahrscheinlichkeit nach ja auch 120 „Alpha-Jets" geschickt werden, die in Gemeinschaftsproduktion von französischen und deutschen Firmen hergestellt werden. Was also für die westdeutschen Imperialisten zählt, ist nicht der gerechte Kampf der arabischen Völker gegen die israelischen Zionisten, sondern der Profit, den Waffenverkäufe versprechen und die Einflußmöglichkeiten, die sie ihnen bieten.

Die westdeutschen Imperialisten würden auch nicht davor zurückschrecken, Truppen in den Nahen Osten zu schicken, auch wenn Schmidt jetzt im Zusammenhang mit der Frage der Garantien für eine Friedenslösung gesagt hat: Eine Beteiligung deutscher Truppen an einer militärischen Garantie „würde die Bundesregierung nicht begrüßen". Aber grundsätzlich ablehnen würde sie auch nicht. Begrüßen würde sie sie im Moment deshalb nicht, weil das jetzt nicht akut ist und eine Empörungswelle bei den Völkern hervorrufen würde.

Die westdeutschen Imperialisten sind keinen Deut besser als die US-Imperialisten, die sie ständig auch in der Nahostpolitik unterstützen und in deren Windschatten sie ihren Einfluß ausweiten. Das zeigt auch Schmidts Heuchelei, er sei für die legitimen Rechte der Palästinenser, während er gleichzeitig anerkannte Grenzen für Israel fordert. Diese Politik der westdeutschen Imperialisten, die auch zum Vorteil des US-Imperialismus ist, muß entschieden bekämpft werden.

Die VR China hat dagegen gezeigt, was wirkliche internationalistische Hilfe bedeutet. Gerade in schwierigen Situationen, in denen die Ägypter Waffen und die Ersatzteile brauchten, und jetzt auch, hat sie kostenlos und ohne Bedingungen 30 Flugzeugtriebwerke und andere Ersatzteile nach Ägypten geliefert, um damit den gerechten Kampf der arabischen Völker zu unterstützen.

Juso-Kongress in Dortmund

Wachsender Einfluss des modernen Revisionismus

Auf dem diesjährigen Juso-Kongreß in Dortmund manifestierte sich noch deutlicher, wenn auch weniger lautstark als vor zwei Jahren, der Einfluß des modernen Revisionismus. Gleichzeitig betonte der Bundeskongreß, daß im Jahr des Bundestagswahlkampfes bei den „Jungsozialisten in der SPD" die Wahlunterstützung für die SPD absoluten Vorrang vor jedweder Kritik an der Politik der Bundesregierung habe.

Natürlich kamen die Jusos auch im Jahr der Bundestagswahl nicht umhin, die Politik der Bundesregierung — und damit der SPD — zu kritisieren. Aber kritisiert wird die Bundesregierung nur, um gleichzeitig — so paradox das klingen mag — die SPD zu beweihräuchern. Ein Beispiel dafür ist ein Antrag gegen den Paragraphen 88a, der die verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalt unter Strafe stellt. Hier wurde nicht der Antrag angenommen, der das Verhalten der Bundestagsfraktion „mißbilligt", sondern ein Antrag, der sich gegen den Paragraphen wendet, „ohne allerdings allen daran beteiligten Genossen die Ehrenhaftigkeit ihrer Beweggründe pauschal in Abrede stellen zu wollen". Genauso gut könnte man allerdings auch über einen Scharfrichter sagen: Er ist zwar ein Henker, aber hat ehrenhafte Gründe.

Diese offene Akklamation gegenüber der SPD und der reaktionären Politik, die sie im Auftrag des Monopolkapitals durchführt, stößt natürlich bei einer Reihe von einfachen Mitgliedern auf Kritik. Diese unzufriedenen Mitglieder, die jedoch nicht den Schritt tun wollen, mit den Jusos zu brechen, bilden das Reservoir für den modernen Revisionismus, um seinen Einfluß innerhalb der Jusos zu vergrößern und auch organisatorisch Boden zu gewinnen. Die modernen Revisionisten haben seit dem letzten Juso-Kongreß eindeutig Punkte gewonnen. Nicht nur, daß diemal 2 Vertreter der sogenannten „Stamokap-Fraktion" im Bundesvorstand der Jusos vertreten sind. Ihr Einfluß schlägt sie auch in den vom Komgreß verabschiedeten Beschlüssen nieder. Am deutlichsten zeigt sich das in einem Antrag, der das Verhältnis der Jusos zur D„K"P behandelt.

Zwar wird auch in diesem Beschluß festgestellt, daß die D„K"P ein „politischer Gegner" der Jusos ist. Gleichzeitig wird jedoch betont, daß die D„K"P als Wahlkampfgegner nicht im Vordergrund stünde und die Jusos sich verpflichten, „für die politischen Freiheitsrechte" der D„K"P einzutreten. Zwar wird in diesem Beschluß festgestellt, daß die Jusos die politischen Unterschiede zur D„K"P darstellen müssen. Bemerkenswert ist aber, daß es bei den Punkten, die die Jusos während des Wahlkampfes kritisieren wollen, ausschließlich um die Abhängigkeit der D„K"P von Moskau geht. Was die Innenpolitik angeht, hat man also offensichtlich eine Art Burgfrieden geschlossen. Darüber hinaus wurde auch auf dem Bundeskongreß klar, daß es eine vielfältige Form der Zusammenarbeit zwischen Jusos und D„K"P gibt, die sich allerdings nicht offiziell zwischen beiden Organisationen abspielt, sondern in den verschiedensten Komitees und „demokratischen" Organisationen (zum Beispiel den Komitees gegen Berufsverbote).

Die Basis für dieses Miteinander ist die gemeinsame konterrevolutionäre Ideologie von Sozialdemokratie und modernem Revisionismus, die sich gegen den Marxismus-Leninismus, die Arbeiterklasse und die Revolution richtet. Dazu kommt, daß sowohl SPD wie D„K"P in gewisser Weise aufeinander angewiesen sind. Die SPD, weil sie nach bald 7 Jahren Regierungszeit, die ihren Charakter als offene Partei des Monopolkapitals vielen hat deutlich werden lassen, auf die modernen Revisionisten und ihre Theorien angewiesen ist, um ihren Einfluß auf die Arbeiter nicht völlig zu verlieren. (SPD — kleineres Übel, „Rechtskartell"-Theorie usw). Die D„K"P will das Bündnis mit der SPD, weil sie hofft, so ihr Ziel, an die Regierungsmacht zu kommen, über eine „Volksfront" möglichst schnell verwirklichen zu können.

All dies aber zeigt deutlich, daß es sich bei den politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Jusos nicht um den Kampf zwischen einer fortschrittlichen und einer reaktionären Strömung handelt. Beide Strömungen sind reaktionär. Der einzige Unterschied ist der, daß diejenigen, die sich von der SPD-hörigen Strömung abwenden, in die Fänge einer Strömung geraten, die nicht nur im Auftrag Bonns gegen die Revolution und die Interessen der Arbeiterklasse arbeitet, sondern auch im Auftrag Moskaus.

Zwei portugiesische Genossen ermordet

Wie wir erfahren haben, sind in Portugal zwei Genossen der Volksdemokratischen Union (UDP), einer davon Kandidat bei den Wahlen am 25. 4., bei einem faschistischen Bombenanschlag auf ihr Auto ermordet worden. Die UDP ist die einzige revolutionäre Organisation, die sich am 25. April an den Wahlen in Portugal beteiligt. Auf ihren Listen kandidieren auch Genossen der PCP(R), unserer Bruderpartei. Wir trauern mit den Genossen der UDP und allen portugiesischen Revolutionären um die beiden ermordeten Kämpfer für ein volksdemokratisches Portugal.

Der Faschismus wird nicht durchkommen! Es lebe die Volksdemokratie! Hoch die UDP!

Fortsetzung von Seite 1

Heraus zum Roten 1.Mai!

Erhebt am 1. Mai das Banner der sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes. Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus! Nieder mit dem sozialfaschistischen Honecker-Regime! Nieder mit den beiden imperialistischen Supermächten Sowjetunion und USA!

Demonstriert am Roten 1. Mai mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution in Ost und West! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

HERAUS ZUM ROTEN 1. MAI!

GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT, LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG — VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

NIEDER MIT DEM MODERNEN REVISIONISMUS! NIEDER MIT DER D„K"P/SEW!

NIEDER MIT DEN BEIDEN IMPERIALISTISCHEN SUPERMÄCHTEN, DEN GRÖSSTEN INTERNATIONALEN AUSBEUTERN, UNTERDRÜCKERN UND KRIEGSTREIBERN!

KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION IN OST UND WEST! — FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Kurz berichtet

KIEL

Am 27. März wurde an der Universität Kiel der Film „Heldenhaftes Volk" über die vollständige Befreiung Kambodschas aufgeführt. Zu der Veranstaltung hatten außer der Partei, der ROTEN GARDE und der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS noch die GRF und verschiedene andere revolutionäre deutsche und ausländische Organisationen aufgerufen. Anwesend waren dann ca. 80-100 Freunde und Genossen, die der Filmvorführung begeistert folgten. Während der Veranstaltung hielt auch ein Genosse der Partei eine Rede.

BERGSTRASSE

Die Genossen der ROTE GARDE Bergstraße verhinderten vor kurzem erfolgreich die Veranstaltung einer religiösen Sekte, namens „Weltplancenter für transzendentale Meditation" der zufolge die „harmonische Menschheit" spätestens dann beginnt, wenn 1% der Bevölkerung meditieren. In Heppenheim versuchten sie, diesen Schwachsinn den Jugendlichen durch die Ankündigung eines Popkonzertes zu verkaufen. Am 27. 3. verteilten die Genossen der ROTEN GARDE Bergstraße an die 250 Jugendlichen, die arglos gekommen waren, um sich die Musik anzuhören, ein Flugblatt, in dem der Charakter dieser Sekte aufgedeckt wurde. Das Flugblatt wurde von den Jugendlichen mit großem Interesse gelesen. Als nacheinander verschiedene Prediger der Sekte auftraten, wurde es im Zuschauerraum immer unruhiger und nach ca. einer Viertelstunde sahen sich die Sektenprediger gezwungen, eine Diskussion anzubieten. Ein Genosse der ROTEN GARDE nutzte diese Gelegenheit und entlarvte die Bauernfängerei und den reaktionären Charakter der Sekte. Er wurde dabei von den anwesenden Jugendlichen massiv unterstützt. Auch wenn die Jugendlichen anschließend noch der Popgruppe zuhörten, war der Abend doch für die Genossen der ROTEN GARDE ein voller Erfolg. Achtzehn ROTE-GARDE-Zeitungen, alle verfügbaren Exemplare, konnten außerdem verkauft werden.

ESSEN

In Essen hatte die SDAJ zu einer „Festival-Fete" in ihr Zentrum geladen. Außer ca. 30 Freunden und Genossen der Partei und der GRF war allerdings kaum jemand gekommen. Als die anwesenden SDAJ-Funktionäre merkten, was los war, sagten sie, sie wollten eine Fete feiern und nicht diskutieren. Außerdem seien gar keine Sympathisanten da. Ihr Versuch, gleichzeitig die Polizei zu holen, wurde abgewehrt. Dafür schmücken die Wände des SDAJ-Zentrums jetzt revolutionäre Parolen, wie: „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland."

RENDSBURG

Die ROTE GARDE Rendsburg schreibt uns: „Am 12. 3. haben wir, Rendsburger Lehrlinge, die ROTE GARDE Rendsburg gegründet. Schon seit einigen Wochen findet regelmäßig ein Sympathisantenkreis der RG statt, für den wir immer mehr Kollegen und junge Freunde gewinnen. Bei der Hausagitation und -propaganda konnten wir an einem Wochenende 23 ROTE MORGEN verkaufen und viele neue Kontakte knüpfen. Unser nächstes Ziel ist die Herausgabe einer Zeitung der RG für die Rendsburger Betriebe."

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkont Dortmund Nr. 417 06—466. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,-- DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

DDR
'Festival des politischen Liedes'- eine konterrevolutionäre Show

Am 24. April veranstaltet die Jugendorganisation der revisionistischen D„K"P in der Dortmunder Westfalenhalle ein sogenanntes „Festival der Jugend". Zweck der ganzen Angelegenheit: die Jugendlichen mit Hilfe der bürgerlichen dekadenten Kultur, wie z.B. einem Großaufgebot an Pop-, Beat- und Rockgruppen, für die revisionistische Politik der Klassenzusammenarbeit, des Pazifismus und des „friedlichen Übergangs zum Sozialismus" einzufangen und Propaganda für die russischen Sozialimperialisten zu machen. Die Begeisterungsfähigkeit der Jugend für den Kampf der Völker gegen den Imperialismus wollen die SDAJ-Revisionisten durch die Präsentation kubanischer Folklore und ihr Aushängeschild Angela Davis für die imperialistische Politik der Neuen Zaren im Kreml ausnutzen. Festivals wie dieses sind nichts Neues. Das Vorbild liefern die revisionistischen Machthaber der DDR. In dem folgenden Artikel, den uns unsere Genossen in der DDR geschrieben haben, wird die konterrevolutionäre Rolle der „Singebewegung" in der DDR und besonders des „Festivals des politischen Liedes", das jedes Jahr in Ostberlin stattfindet, aufgezeigt.

Die Singebewegung in der DDR

Angeregt durch die Folk-, Protest- und Antikriegsbewegung in den westlichen imperialistischen Ländern entstand bei vielen Jugendlichen in der DDR das Bedürfnis, sich in Liedern mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen. Die entstandene Singebewegung wurde aber von den FDJ-Bonzen im Auftrag der revisionistischen Parteiführung der SED ans Gängelband genommen und sie nutzten sie für ihre Zwecke aus. So wurde jede ernsthafte Kritik am sozialfaschistischen Staat von vornherein unterbunden. An ihre Stelle trat oberflächliche Kritik an bestimmten Mißständen, wie z.B. der Wohnungsnot oder ähnlichem, ohne dabei die tieferen Ursachen, nämlich die Restauration des Kapitalismus in der DDR, aufzudecken. Diese oberflächliche Kritik sollte als Ventil dienen und jedes Forschen nach den wahren Ursachen verhindern. Die wichtigste Aufgabe, die die Revisionisten der Singebewegung zugedachten, ist aber, das Staatsbewußtsein der Jugendlichen zu heben. Und nicht zuletzt hat sie die Neuen Zaren im Kreml in den Himmel zu heben und so die Unterwürfigkeit der revisionistischen Partei- und Staatsführung der DDR unter den Willen der Oberherren in Moskau zu rechtfertigen und zu loben.

Das Festival des politischen Liedes

Seit einigen Jahren findet in Ostberlin ein Festival des politischen Liedes statt. Dieses Festival ist eine politische Bühne der Revisionisten. Hier wird die Werbetrommel gerührt für die Politik der russischen Sozialimperialisten, ihrer Lakaien und Agenturen. Es ist ein Versuch, diese Politik in der Welt populär zu machen, die Revisionisten als wahre Internationalisten hinzustellen, als Freunde aller unterdrückten Völker. Bekanntlich hat aber diese Politik nur ein Ziel. Sie soll die sich von ihren alten Unterdrückern befreienden Völker unter die Knute des Sozialimperialismus bringen. Blickt man auf die vergangenen Festivals zurück, wird dieses Ziel deutlich sichtbar. So werden immer gerade die Sänger und Gruppen besonders gefeiert, deren Organisationen dabei sind, für die Sozialimperialisten die Kastanien aus dem Feuer zu holen. In den vergangenen Jahren waren es Sänger aus Bangladesch, Chile und Portugal, um die ein besonderer Rummel gemacht wurde. Da die Neuen Zaren im Kreml sich momentan Angola als lohnendes Objekt ihrer Einmischungspolitik gewählt haben und Einfluß in einer der drei Befreiungsbewegungen erlangen konnten, mußte dieses Jahr ein MPLA-Sänger herhalten, um die „Solidarität", sprich die Einmischung der Sozialimperialisten, zu feiern.

Gern werden auch solche Sänger eingeladen, die die Neuen Zaren im Kreml und ihre Lakaien als friedliebend, als größte Friedensbringer in der Welt loben. So sind es neben den Gruppen aus den revisionistischen Ländern auch solche, die die Agenturen des Sozialimperialismus in den westlichen Ländern vertreten, wie z.B. das KOM-Theater aus Finnland. Auch die D„K"P-Sänger (Dieter Süverkrüp, Lokomotive Kreuzberg, Floh de Cologne) dürfen nicht fehlen. Sie meinen die Politik der westdeutschen Revisionisten besser an den Mann bringen zu können, wenn sie sich dekadenter Kunstmittel wie z.B. der Rockmusik bedienen. Mit ihren Shows versuchen sie, die westlichen Popgruppen zu übertreffen. Das zeigt, wie tief die Revisionisten gesunken sind und wie sehr sie sich der Bourgeoisie angenähert haben.

Viele Festivalteilnehmer kommen ehrlichen Herzens. Sie tragen die Freiheits-, Volks- und Arbeiterlieder ihrer Länder vor. Sie geben dem Festival die kämpferische Atmosphäre. So haben die Jugendlichen für eine Woche das Gefühl, an den revolutionären Kämpfen der Völker teilzuhaben. Den Revisionisten kommt das gerade recht. Es dient ihnen dazu, die Gefühle und die Begeisterungsfähigkeit der Jugend zu mißbrauchen. Sie benutzen das Festival als Ersatz für eine wirklich revolutionäre Perspektive, die sie der Jugend nicht bieten können.

Immer wieder wird den Jugendlichen durch die Singegruppen der DDR gesagt, wie gut es ihnen doch hier geht; daß andere Völker noch dafür kämpfen müssen, was hier schon Wirklichkeit ist und daß sie den Kampf dieser Völker am besten unterstützen können, wenn sie gut arbeiten und so die Republik stärken.

Charakteristisch ist, daß man immer weniger junge Arbeiter auf dem Festival findet. Sie sehen in den hochbezahlten Profipolitgruppen der DDR wie z.B. „Jahrgang 49" nicht die Vertreter ihrer Interessen. Sie, die den ganzen Tag von den Aufsehern der neuen Bourgeoisie bei der Arbeit angetrieben werden, haben keine Lust, sich von Leuten, die eine Menge Privilegien genießen und von ihrer Arbeit leben, belehren zu lassen. Diese Gruppen treten auf wie Stars, ohne persönliches Engagement und haben sich der Arbeiterklasse völlig entfremdet. Die Arbeiter wissen genau, daß sie die Kosten für die Festivals tragen müssen, daß ihr Geld den überheblichen „Salonkommunisten" in den Hintern gesteckt wird.

Wenn sich die arbeitenden Menschen ihrer Macht bewußt werden, wenn sie merken, daß der ganze Rummel nur ein Ausdruck der Schwäche der sozialfaschistischen Herrscher in der DDR und ihrer Befehlshaber in Moskau ist, werden sie diese mitsamt ihren Ideologen und Shows davonjagen.



In Hagen gastierte am 27. März die portugiesische revolutionäre Gesangsgruppe „Grupo de Accaô Cultural" — GAC —. Die ca. 300 Besucher, unter ihnen viele portugiesische Arbeiter und ihre Familien, spanische und italienische Kollegen und einige deutsche Freunde erlebten einen mitreißenden Abend. Die revolutionären Lieder, in denen es weder in den Texten noch in den Melodien Zugeständnisse an die dekadente bürgerliche oder revisionistische Kultur gab, haben alle begeistert. Im Rahmen dieser Veranstaltung hielt auch ein Genosse der Demokratischen Volksunion (UDP) eine Rede, in der er u. a. die portugiesischen Emigranten in der Bundesrepublik aufrief, ihre Stimme bei den Wahlen am 25. 4. der UDP und ihrem Kandidaten Jose Mario Branco, dem Sänger der GAC, zu geben.

Grußadressen zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML

An die KPD/ML

Mit großer Begeisterung hat die Kommunistische Partei Schwedens erfahren, daß die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten eine Sektion in Ostdeutschland gegründet hat.

Dies ist ein bedeutendes Ereignis im Kampf des deutschen Volkes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Es ist ein wichtiger Schritt im Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten in Ostdeutschland.

Wir sind überzeugt, daß die faschistische Diktatur der Revisionisten in der Deutschen Demokratischen Republik — die einst ein leuchtendes Beispiel für das deutsche Volk in seinem Kampf um Demokratie und nationale Wiedervereinigung war, — nicht lange andauern wird, sondern daß die deutsche Arbeiterklasse, die auf eine stolze Tradition im revolutionären Kampf zurückblickt, das Banner des Marxismus-Leninismus und der nationalen Unabhängigkeit wiedererheben und den Kampf des deutschen Volkes anführen wird, um die Diktatur der Bourgeoisie zu zerschlagen und ihr Land wiederzuvereinigen.

Stockholm 26. März 1976
Kommunistische Partei Schwedens
Roland Pettersson
Vorsitzender

Westberlin, März 76

An das Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten
Teure Genossen!

Mit großer Begeisterung haben wir die Nachricht von der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML aufgenommen. Wir, die Marxisten-Leninisten in der „S"EW, kämpfen fast seit einem Jahr gegen die Daneliusbande mit dem Ziel, der Zerschlagung der revisionistischen „S"EW, und der Gewinnung aller ehrlichen Genossen — von denen es nicht wenige gibt — für den Kommunismus. Genossen, in unserer Gruppe mußte ein starker Kampf zweier Linien geführt werden. Eine sehr große Hilfe bei der Überwindung von versöhnlerischen und opportunistischen Ansichten, die sich in unsere Reihen eingeschlichen hatten, war die Rede des Genossen Ernst Aust in Westberlin zur Einheit der Marxisten-Leninisten.

Es gab aber auch Zeiten, wo sich eine Politik der Blockbildung mit dem westdeutschen Imperialismus und die Einstellung des Kampfes gegen die USA-Besatzer in unserer Gruppe durchzusetzen drohte. Zu diesem Zeitpunkt wies uns die Neujahrsbotschaft des ZK der KPD/ML den richtigen Weg. In dieser glänzenden marxistischen Erklärung war alles enthalten, was uns unseren Weg bis zum heutigen Tag zeigte.

Die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML ist ein grandioser Erfolg der deutschen Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR. Wir Marxisten-Leninisten in der „S"EW werden den Kampf der Genossen in der DDR vorbehaltlos unterstützen. Wir möchten von dieser Stelle aus die Gelegenheit nicht versäumen, dem ZK der KPD/ML und besonders ihrem 1. Vorsitzenden, dem Genossen Ernst Aust im Namen aller Marxisten-Leninisten in der „S"EW sowie im Namen aller revolutionären Jungkommunisten in der Westberliner FDJ flammende Kampfesgrüße zu senden.

Wir wünschen der Sektion DDR der KPD/ML große Erfolge in ihrem Kampf gegen die sozialfaschistische Honeckerclique für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR!

Es lebe die Sektion DDR der KPD/ML!

Es lebe die KPD/ML!

Es lebe Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung und Enver Hoxha!

Nieder mit der „S"EW-Führung, den Verrätern am Kommunismus!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Es lebe die Weltrevolution!

Gruppe der Marxisten-Leninisten in der „S"EW

Revisionistenparteitag in Sofia
Schiwkoff, Moskaus treuester Lakai

In Sofia hielten vor kurzem die bulgarischen Revisionisten ihren Parteitag ab. Das Oberhaupt der bulgarischen revisionistischen Partei, Todor Schiwkoff, nutzte dabei die Gelegenheit zu wüsten Schimpftiraden gegen die Volksrepubliken China und Albanien und die marxistisch-leninistische Weltbewegung, die darin gipfelten, daß er schließlich zum „rückhaltlosen Kampf gegen den Maoismus", der „politisch zerschlagen" werden müsse, aufrief.

Dieser Haßausbruch Todor Schiwkoffs ist kein Zufall. Er hängt mit seinem vollständigen Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus zusammen, damit, daß die bulgarischen Revisionisten das bulgarische Volk um die Früchte der Revolution, um seine Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung und die Erfolge beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft betrogen haben. Heute herrschen in Bulgarien nicht mehr die Arbeiter und Bauern, sondern die russischen Sozialimperialisten und die neue bulgarische Bourgeoisie, die sich und das ganze Land vollständig an die Neuen Zaren im Kreml verkauft haben.

Wen wundert es da, daß Schiwkoff gleich im Anschluß an seine Schimpftiraden seinen sozialimperialistischen Herren „rückhaltlose Unterstützung" zusicherte. Ob es sich um das von Breschnew mit Eifer verfolgte Projekt einer revisionistischen Weltkonferenz handelt oder darum, „im Sinne" der europäischen Unsicherheitskonferenz die „Balkanpolitik voranzutreiben", immer ist Schiwkoff der eifrigste Lakai seiner russischen Herren. Die bulgarischen Revisionisten haben sich nicht gescheut, die Reichtümer des Landes an die russischen Sozialimperialisten zu verschachern, so daß die bulgarische Arbeiterklasse heute nicht nur für die Profite der neuen bulgarischen Bourgeoisie schuftet, sondern auch für deren Moskauer Herren. Und die bulgarischen Werktätigen, die einst mit Elan daran gearbeitet haben, das rückständige Bulgarien in ein aufblühendes Land zu verwandeln, müssen heute erleben, daß die russischen Sozialimperialisten das Land als ihre Kornkammer und ihren Obstgarten betrachten, dem es nicht gestattet wird, eine eigene nationale Industrie zu entwickeln, sondern sich nach den Wünschen Moskaus zu richten hat. Damit nicht genug, hat die bulgarische Revisionistenclique auch den amerikanischen und anderen westlichen imperialistischen Monopolen Tür und Tor geöffnet, um Kredite gebettelt und sich mit 1,5 Milliarden Dollar hoffnungslos verschuldet. Diese Dinge werden natürlich auf dem Parteitag der bulgarischen Revisionisten nicht behandelt, sondern totgeschwiegen.

In diesem Zusammenhang muß den bulgarischen Revisionisten die Existenz der sozialistischen Volksrepublik Albanien auf dem Balkan wie ein Pfahl im Fleisch sein. Im Gegensatz zu Bulgarien entwickeln sich das Leben und die Wirtschaft Albaniens schwungvoll vorwärts, gibt es keine Krisen und keine Unterjochung unter das Diktat einer imperialistischen Supermacht, weil das Volk die Macht in den Händen hält und weil es, geführt von einer marxistisch-leninistischen Partei, der Partei der Arbeit Albaniens, das Land aufbaut und entwickelt.

Die bulgarischen Revisionisten und diejenigen, die ihnen das Stichwort gegeben haben, die Neuen Zaren im Kreml, wollen den Marxismus-Leninismus — denn das meinen sie, wenn sie vom „Maoismus" sprechen — „politisch zerschlagen"! Das ist gerade so, wie wenn der Hund den Mond anbellt. Die modernen Revisionisten und ihr Zentrum, der russische Sozialimperialismus, stecken doch bis zum Hals in Schwierigkeiten, ihr Lager wird von inneren Widersprüchen zerfressen und ihre Demagogie findet immer weniger Glauben.

KPD/ML in der DDR gegründet



Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML

VERLAG ROTER MORGEN

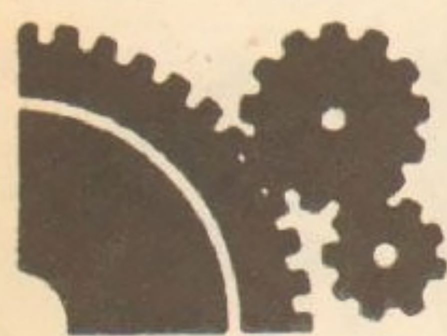
73 Seiten, Preis 2 DM. Zu bestellen bei: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus** 2 Hamburg 11, Postfach 11 1649.

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML Sektion DDR

auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML Stadtsparkasse Dortmund Kto.: 321004 — 547

Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Lehrlingsausplünderung

Liebe Redaktion!

Ich will an meinem Beispiel zeigen, wie sich die Lebensbedingungen der Jugendlichen in diesem kapitalistischen Staat von Tag zu Tag verschlechtern.

Ich bin Maschinenschlosserlehrling in einem Hamburger Metallbetrieb und verdiente bis vor kurzem im 2. Lehrjahr 395 DM netto. Aber wie in jedem anderen Betrieb versuchen die Kapitalisten alle möglichen Sozialleistungen abzubauen, so auch bei uns. (Die Sozialleistung bestand darin, das die Anteile der Sozialversicherung, die sonst der Arbeiter trägt, die Firma übernommen hat, so war bei uns der Bruttogleich dem Nettolohn). Jetzt bekamen wir also nur noch 340 DM. Das bedeutete, daß ich im Monat glatte 50 DM weniger hatte. Aber damit nicht genug. Ich bekam, weil ich nicht mehr zu Hause wohne und 21 Jahre alt bin, noch von der Bundesanstalt für Arbeit die sogenannte Berufsausbildungsbeihilfe, das waren bei mir 160 DM. Die wurden mir jetzt aber genauso gestrichen, da die Neuregelung dieses Gesetzes besagt, daß deine Eltern noch für dich zu sorgen haben, sofern sie es können. Das geht so: Mein Gesamtbedarf wurde mit 553 DM festgelegt. Dieser Bedarf muß irgendwie gedeckt werden. Einmal von meinem Lehrlingslohn und einmal von dem, was meine Eltern „übrig" haben. Und übrig haben sie etwas, wenn ihr Gesamtbedarf, der 1200 DM betrug, niedriger ist als ihr Einkommen.

Meine Eltern brauchten also nur 1400 DM als Lohn zu bekommen, schon müßten sie die 200 DM an mich abführen.

Insgesamt wurden mir also mit einem Schlag von Kapitalisten und vom Staat glatt 210 DM (50 + 160) gestrichen. Es wird für mich und genauso für viele andere Jugendliche also immer schwerer auch nur die einfachsten Sachen wie Essen und Kleidung sowie Ausbildungsmittel zu kaufen. Man spürt täglich was im Manifest steht — wir haben nichts mehr zu verlieren als unsere Ketten. Zwar kämpfen wir heute, daß wir Lehrlinge alle gleichen und höheren Lohn (ca. 700 DM) bekommen, aber die Kapitalisten werden uns jede erkämpfte Verbesserung morgen hinterrücks oder auch offen wieder wegnehmen, darum wird sich unsere Lage erst endgültig und grundsätzlich ändern, wenn wir dieses Räuberpack von Thyssen und Co. und ihren Staat zerschlagen.

Rot Front! Ein Hamburger Lehrling

Statt Therapie — verstärkte Ausbeutung

Zur Zeit arbeite ich in einer kleinen Sportartikelfabrik in Schleswig. Wie in vielen Schleswiger Betrieben werden auch nach hierher von den Verwaltungsstellen des Landeskrankenhauses Alkoholiker, ehemalige Drogensüchtige und Anfallkranke vermittelt. Für ganze 2 DM pro Stunde, manchmal auch weniger, arbeiten diese Kollegen und Kolleginnen wie jeder andere auch, oft aber besser (im Sinne des Kapitalisten Lembke). Ein Kollege, der immer vor sich her erzählt, aber nicht mehr in Therapie steht, bekam vor 12 Jahren Spitzenlohn, nämlich 3,20 DM. Jetzt, nach einigen „Lohnerhöhungen", erhält dieser Kollege 3,80 DM. Die meisten Löhne liegen zwischen 2 und 6 DM. Diese billigen Arbeitskräfte sind nicht nur Lohndrücker gegenüber den anderen Beschäftigten, sondern sie konkurrieren durch ihren Arbeitseinsatz auch gegeneinander, da sie lieber außerhalb ihrer „Kasernen" hart arbeiten, als den ganzen Tag mit sich selbst beschäftigt zu sein. So ist diese „Arbeitstherapie" in Wirklichkeit harte Ausbeutung und Arbeitshetze mit schnell auftretenden Streßerscheinungen. Der Unmut der Kollegen richtet sich in erster Linie gegen die Arbeit selbst, bzw. einige Aufseher (Meister), die in diesem Betrieb kräftig Alkohol trinken und damit die „Therapie zur Wiedereingliederung und Hilfe" gänzlich abrunden. Wenn hier auch keine breiten Aktionen möglich sind, so ist doch schon einigen Kollegen klar, daß ihnen eines Tages wirklich geholfen wird bzw. daß auch die Tage dieses Kapitalisten und seines Ausbeutungssystems gezählt sind.

Ein Genosse aus Schleswig.

Abfuhr für Kommunistenjäger Vandrey

Ich arbeite in der Werkzeugmaschinenfabrik Herbert Lindner. Letzte Woche fand eine wichtige Betriebsversammlung statt, zu der extra der Chef der Diedesheim-Gruppe, der auch unser Betrieb angehört, aus Westdeutschland angereist kam, da im Betrieb große Unruhe wegen ständiger Entlassungen und der möglichen Perspektive auf Stillegung des Westberliner Betriebes herrscht. Heute sind noch etwa 400 Beschäftigte in dem Betrieb. Bei der Betriebsversammlung ging ich in meinem Beitrag auf das Gejammer der Geschäftsleitung ein, daß sie nur in roten Zahlen steckt, daß ihr aber das Bestehen der Stadt Westberlin so am Herzen liegt, daß der Konzern die ganze Zeit schon Gelder in unseren Betrieb gesteckt hat. Doch das behaupten alle Kapitalisten, ob Siemens, AEG oder sonstwer. Demgegenüber stellte ich die ungeheuren Profite, die die Kapitalisten gerade in Westberlin durch Subventionen vom Senat machen, wie sie in der Krise durch Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Teuerung sich dumm und dämlich verdienen. Im weiteren sprach ich einzelne Punkte aus den Abteilungen an, wo die Organisierung der Arbeit immer chaotischer läuft, was diese Herren uns Kollegen natürlich in die Schuhe schieben wollen, wie auch ihre angeblichen roten Zahlen. Der Beifall der Kollegen zeigte, daß ich die Dinge richtig beim Namen genannt hatte.

Nun kam Gewerkschaftsbonze Vandrey, Ortssekretär der IGM Westberlin, bekannt als Kommunistenjäger, der in den Betrieben rumreist und die Genossen denunziert, der schon vor 2 1/2 Jahren meinen Ausschluß aus der Gewerkschaft betrieb. Mit ein paar allgemeinen Phrasen fing er an, doch dann legte er richtig los: „Kollegen, was ich überhaupt nicht verstehen kann, daß Ihr einem Thomas Scheffer Beifall gebt. Es ist doch bekannt, wer dieser Mann ist, und warum er aus der IG-Metall ausgeschlossen wurde. Er ist Mitglied der chaotischen gewerkschaftsfeindlichen Organisation, der KPD/ML, doch nicht genug," — hier sprangen einige Kollegen dazwischen und riefen: „Na und?" oder „Das geht Dich doch gar nichts an, geh lieber auf seinen Beitrag ein!" Neben diesen Zwischenrufen, Buhrufe und wachsende Unruhe bei den Kollegen. Vandrey: „Kollegen, dieser Mann ist sogar LV-Vorsitzender dieser Organisation in Westberlin, er ist presserechtlich verantwortlich für all die Pamphlete, die hier täglich vor den Betrieben verteilt werden, was sucht so jemand überhaupt unter uns?" Weitere Pfiffe und Rufe: „Was willst Du überhaupt hier?" Vandrey schon sehr nervös und aufgeplustert: „Diese Leute wollen doch die Diktatur des Proletariats, die wollen doch unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zerstören, sie wollen diesen Staat mit Waffengewalt, Kollegen, mit Terror zugrunde richten um Ihren Sozialismus aufzubauen, wie er Ihnen von China und Albanien vorschwebt. Aber das wollen wir doch bestimmt nicht!"

Ich habe dann sofort zu diesem Geschimpfe Stellung genommen und nach der Belegschaftsversammlung gingen die Diskussionen unter den Kollegen los. Viele Kollegen haben mich unterstützt und ihre Empörung über das Vorgehen Vandreys geäußert.

Vertrauensleute-Wahlen

Wahlbetrug bei Hoesch

Zu Beginn der Vertrauensleutewahlen haben wir geschrieben, daß die Wahl revolutionärer Kandidaten keine einfache demokratische Wahl sein wird, sondern ein Kampf. Denn der Gewerkschaftsapparat wird versuchen, seine Kandidaten mit den verschiedensten Mitteln durchzusetzen, um seine Vertrauensleutekörper in den Betrieben zu stärken, so daß sie ihrer Aufgabe als Instrumente des reaktionären Gewerkschaftsapparates vollständig gerecht werden. Die bisherigen Wahlen bestätigen die Richtigkeit dieser Einschätzung.

Der offenkundigste Wahlbetrug wurde unlängst auf der Belegschaftsversammlung bei Hoesch-Union in Dortmund enthüllt. Ein Kollege berichtete aus seiner Abteilung: Zur Wahl standen ein Kandidat, vorgeschlagen von dem alten Vertrauensmann und der Kollege S., der den Fall auf der Belegschaftsversammlung enthüllte. Das offizielle Wahlergebnis lautete 9:7 für den vom alten Vertrauensmann vorgeschlagenen Kollegen.

Als das Ergebnis in der Abteilung bekannt wurde, breitete sich Unruhe unter den Kollegen aus, es wurde laufend diskutiert, die Kollegen überlegten hin und her, wie es zustande kommen konnte. Es müsse doch etwas passiert sein, da müsse doch einer dran gedreht haben. Die Kollegen stellten unter sich fest, wer wen gewählt hatte — und da wurde der Betrug offensichtlich. Neun Kollegen hatten den Kollegen S. gewählt, der offiziell nur 7 Stimmen bekommen hatte. Neun Kollegen setzten sofort eine Resolution und eine Wahlanfechtung auf, in der sie eidesstattlich versicherten, den Kollegen S. gewählt zu haben. Der Wahlausschuß mußte also die Stimmzettel gefälscht haben. Das wollten die Kollegen nachprüfen.

Zwei Kollegen gingen zum Betriebsrat und wollten die Stimmzettel sehen. Sie wurden auf den nächsten Tag vertröstet, und am nächsten Tag hieß es schlichtweg: „Nein, nein, das geht nicht mehr!" Trotz Wahlanfechtungen versuchte der Gewerkschaftsapparat diesen Betrug totzuschweigen. Nur auf Drängen der Kollegen fand dann schließlich ein Gespräch mit dem Wahlausschuß, der Ortsverwaltung und dem Betriebsrat statt, zu dem aber nur ein Kollege zugelassen war. Es sollte alles im kleinen Kreis bleiben.

Mit unglaublicher Unverschämtheit und Skrupellosigkeit ging die Ortsverwaltung gegen den Kollegen S. vor, versuchte ihn einzuschüchtern und für dumm zu verkaufen. Dem Kollegen S. wurde mit Gewerkschaftsausschluß und Zivilklage gedroht. Anderen Kollegen, die die Wahlanfechtung unterschrieben hatten, wurde offen gedroht: Sie wüßten wohl nicht, was sie gemacht hätten, sie sollten lieber die Finger davon lassen, sie wären vielleicht subjektiv ehrlich der Meinung, den Kollegen S. gewählt zu haben, aber objektiv hätten sie das nicht getan. Einige Kollegen wurden gezielt angesprochen und versucht unter Druck zu setzen. Der Gewerkschaftsapparat fürchtete, daß der Fall im ganzen Betrieb und darüber hinaus bekannt würde. Dieses Vorgehen zeigt, wie abgebrüht und reaktionär dieser Gewerkschaftsapparat ist.

Aber dem ganzen Schwindel und Betrug wurde auf der Belegschaftsversammlung noch die Krone aufgesetzt. Nachdem der Kollege S. den Fall enthüllte, und viele Kollegen empört reagierten, ging R. Konetzny, Mitglied des Wahlvorstandes und Vertrauensleutekörpervorsitzender nach vorne. Er sagte: Wer wen hier wohl für dumm verkaufen wolle, das habe man ja gesehen. Sie hätten sich schon vorher überlegt, ob sie etwas gegen den Kollegen S. unternehmen sollten, sie wollten aber erst abwarten, was er hier sagen würde. Jetzt reiche es ihm aber und im Namen des Wahlvorstandes formulierte er den Antrag an die Ortsverwaltung der IGM, den Kollegen S. aus der Gewerkschaft auszuschließen. Über diesen Antrag wollte er sogar abstimmen lassen. Was aber doch nicht getan wurde, weil sich der auf der Versammlung anwesende Ortsvorsitzende der IGM darauf besann, daß das Sache entsprechender Gremien des Gewerkschaftsapparates sei, und sie im Falle einer Abstimmung eine schmähliche Niederlage fürchteten.

Verschiedene Kollegen gingen in ihren Redebeiträgen auf diesen Betrug ein. Ein Kollege von der Schicht des Kollegen S. bestätigte die Richtigkeit von dem, was vorgebracht wurde und hielt demonstrativ die Liste mit den 9 Unterschriften der Kollegen in die Höhe. Ein andere, als Kommunist bekannter Kollege berichtete, daß dieses Vorgehen des Gewerkschaftsapparates kein Einzelfall sei, denn die Komnistische Kollegin Hella S. soll ebenfalls aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Bei der Vertrauensleutewahl hatte es in ihrer Abteilung Stimmengleichheit gegeben, so daß jetzt eine Stichwahl hätte stattfinden müssen, was der Gewerkschaftsapparat aber verhindern will, weil er befürchtet, daß Hella gewählt wird.

In seinem Schlußwort ging dann der 1. Bevollmächtigte der IGM Dortmund, Dietrich, noch einmal auf den Wahlbetrug ein. Er behauptete einfach: So sei die Demokratie, bei einer geheimen Wahl könne man eben nicht feststellen, wie es war. Daß es sich hier allerdings nicht um Demokratie handelt, sondern offensichtlich um vorsätzlichen Betrug und Täuschung vom Gewerkschaftsapparat, um seine Kandidaten durchzudrücken, das ist vielen Kollegen bewußt geworden.

HOWALD DEUTSCHE WERFT — KIEL

Bei HDW-Kiel in den Schiffsneubaubetrieben versuchte der alte Vertrauensleute-Obmann in aller Stille eine Liste zusammenzuzimmern. Erst eine Woche vor der Wahl erschien ein unscheinbarer Aushang. Obwohl einige Kollegen dem Obmann mehrfach einen revolutionären Kollegen als ihren Kandidaten vorschlugen, setzte er ihn nicht auf die Vorschlagsliste. Der revolutionäre Kandidat sammelte Unterschriften gegen diesen Betrug, so daß er dann doch auf die Kandidatenliste geschrieben werden mußte.

Am Tag der Wahl hatten sich die Kollegen im Frühstücksraum versammelt. Der Wahlvorstand eröffnete dem revolutionären Kandidaten, die IGM-Ortsverwaltung hätte ihn von der Liste gestrichen, weil er noch kein Jahr Mitglied der IGM sei und daß sei nun einmal satzungswidrig. Vielen Kollegen klar war, daß das lediglich ein formaler Vorwand war, um einen revolutionären Kandidaten auszuschalten. Der betroffene Kandidat zeigte den Kollegen auf, daß es hier nicht um eine Wahl geht, sondern daß der Gewerkschaftsapparat Leute seines Vertrauens einsetzen will.

Die Wahl selbst war dann auch nur noch eine Farce. Von 50 Kollegen hoben ca. 10 die Hand bei der Abstimmung, worauf der Wahlvorstand triumphierend ausrief: „Also einstimmig gewählt!" In anderen Schiffsneubaubetrieben, wo die Wahl nach gleichem Muster über die Bühne gezogen werden sollte, verließ die Mehrzahl der anwesenden Kollegen spontan den Versammlungsraum.

DAIMLER BENZ

Bei Daimler Benz in Westberlin sollte in der Lehrwerkstatt die Vertrauensleutewahl durchgeführt werden. Die Lehrlinge des 2. Lehrjahres wollten zwei revolutionäre Kandidaten wählen, das wollte der Gewerkschaftsapparat verhindern. Noch am Tag der Wahl gelang es einigen Lehrlingen, einen weiteren Kandidaten, der von den „S"EW-Revisionisten animiert wurde sich aufzustellen, davon zu überzeugen, daß er von den Revisionisten mißbraucht werden soll und daß es besser sei, er würde von der Kandidatur zurücktreten.

Einer von den beiden revolutionären Kandidaten ist schon vor längerer Zeit aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden, das war der schwache Punkt, den der Gewerkschaftsapparat ausnutzen wollte. Gleich zu Anfang erklärte der Wahlleiter, es könnten nur Mitglieder der IGM gewählt werden. Doch wie aus einem Munde wurden die beiden revolutionären Kandidaten von den Kollegen vorgeschlagen.

Der betroffene Kandidat fragte, was mit seinem Antrag auf Wiederaufnahme in die IGM geschehen sei, den er vor einem Jahr schon gestellt habe? Der Wahlleiter versuchte, sich um die Frage herumzudrücken und sagte schließlich: „Er werde noch sorgfältig geprüft". Das rief lautes Raunen unter den Lehrlingen hervor.

Das Gerangel um den Wiedereintritt ging eine ganze Weile, und der Wahlleiter verstrickte sich immer mehr. Er behauptete, daß Vertrauensleute ein Jahr in der Gewerkschaft sein müßten. Aber dann hätte das erste Lehrjahr gar keine Vertrauensleute wählen dürfen. Es wurde den Lehrlingen immer klarer, daß dies Ausflüchte und Manöver waren, um die Wahl der revolutionären Kandidaten zu verhindern. Die Solidarität unter den Lehrlingen wuchs. Als die wiederholte Aufforderung kam, die auch von dem „S"EW-Jugendvertreter unterstützt wurde, andere Kandidaten aufzustellen, stellte sich das gesamte 2. Lehrjahr geschlossen hinter ihre Kandidaten. Daraufhin brachen die IGM-Bonzen die Wahl ab. Aber die Kampf für die revolutionären Vertrauensleute ist nicht zu Ende.

Letzte Meldung:

Die Metallkapitalisten und der IGM-Apparat haben jetzt auch in NRW als letztem Tarifbezirk ihre Unterschrift unter einen Lohnraubabschluß gesetzt. Mit 5,4%, rückwirkend ab 1. Januar, ist das sogar der niedrigste Tarifabschluß in der Metallindustrie überhaupt. Die Lehrlinge des 1. und 2. Lehrjahres werden sogar mit nur 25 DM mehr abgespeist, die des 3. und 4. Lehrjahres mit 30 DM.

Die ganze wochenlange radikale Propaganda des Gewerkschaftsapparates, wo mächtig auf die Pauke gehauen und die eigene „unbeugsame Haltung" beschworen wurde, wo es sogar hieß, man habe gar kein Interesse an der Schlichtung und schon von Urabstimmung gesprochen wurde, hatte offensichtlich nur den Zweck, die Arbeiter der Metallbetriebe in NRW zu betrügen, um sie dann schon in der ersten Runde der Schlichtung zu überrumpeln, wobei sie die Angst vieler Kollegen vor drohender Arbeitslosigkeit zynisch ausnutzten.

Der Gewerkschaftsapparat organisiert nicht den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, sondern seine Politik bedeutet organisiertes Streikbrechertum, Entwaffnung der Arbeiter, eine unschätzbare Hilfe für die Durchsetzung der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten.

Vorwärts beim Aufbau der RGO bei Hoesch

Gespräch mit einem revolutionären Arbeiter

Während der Arbeit zu den Betriebsratswahlen im letzten Jahr, haben die Genossen der Betriebsparteizelle Hoesch verschiedene Kollegen kennengelernt, die mit der Politik des Gewerkschaftsapparates nicht einverstanden waren und Interesse an revolutionärer Gewerkschaftsarbeit hatten. Zusammen mit Kollegen, die die Betriebszelle auch schon vorher kannte, haben sie einen Kollegentreff organisiert, der einen Ansatz einer RGO-Gruppe im Betrieb darstellt. Dieser Kollegentreff existiert jetzt ca. ein Jahr. Mit einem Kollegen, der seit einem halben Jahr im Kollegentreff und schon 7 Jahre bei Hoesch arbeitet, haben wir ein Gespräch über die Arbeit, die auftauchenden Probleme und die Perspektive des Kollegentreffs geführt.

RM: Kannst Du uns bitte einmal berichten, wie Du zu dem Kollegentreff gekommen bist und warum Du dort mitarbeitest?

Kollege: Direkt dazugekommen bin ich dadurch, daß mich ein Genosse, mit dem ich in einer Abteilung arbeite, darauf angesprochen hat und mich einlud. Ich wollte mich schon früher für die Interessen meiner Kollegen einsetzen. Deshalb war ich auch Vertrauensmann. Aber mit der Politik vom Gewerkschaftsapparat war ich nicht einverstanden, deshalb bin ich auch später als Vertrauensmann zurückgetreten, was ich übrigens heute nicht wieder machen würde.

Besonders zwei Fälle machten mir deutlich, daß der Gewerkschaftsapparat gegen die Interessen der Arbeiter arbeitet. Einmal die Tarifrunde 73, als wir für 60 Pfennig mehr pro Stunde gestreikt haben und der Gewerkschaftsapparat dann mit 46 Pfennig den Tarifvertrag abgeschlossen hatte. Der andere Fall betraf die Kollegen in meiner damaligen Abteilung. Es ging um die Pausenregelung. Wir haben uns dagegen gewehrt, daß Kollegen an bestimmten Arbeitsplätzen keine Pause bekamen, sie mußten ihr Brot während der Arbeit essen. Die Produktion sollte während der Pause weiterlaufen. Der Betriebsrat handelte eine neue Pausenregelung aus und die Schweinerei dabei war, daß 4 Kollegen immer noch keine Pause bekommen hatten. So wuchs mein Haß gegen den Gewerkschaftsapparat, aber mir war unklar, wie man sich dagegen wehren sollte.

Die Partei kannte ich nur aus den Flugblättern und der „Stählernen Faust", die mir in vielen Punkten zusagte. Erst als ich mit einem Genossen in einer Abteilung, in die ich versetzt wurde, zusammenkam, bekam ich auch Kontakt zur Partei. Der Genosse erzählte auch von den Kollegentreffs. Ich dachte mir, hörst Dir mal an, was die zu sagen haben, und deshalb bin ich dann hingegangen. Was mich zuerst beeindruckt hatte, war, wie man behandelt wurde. Das war ganz anders,als ich es von den Gewerkschaftssitzungen her kannte. Es wurde einem alles erklärt, die Genossen und Kollegen haben sich gegenseitig unterstützt, wenn Probleme in den Abteilungen auftraten, auch wenn man nicht mit allem einverstanden war. Auch die Politik konnte ich besser verstehen.

RM: Was besprecht Ihr denn konkret auf Euren Sitzungen und was macht Ihr praktisch im Betrieb?

Kollege: Wir besprechen auf unseren Sitzungen die wichtigsten Fragen aus dem Betrieb, wie z. B. die Vertrauensleutewahlen, Belegschaftsversammlungen, die Tarifrunde usw. und die konkrete Arbeit und die Probleme, die in den einzelnen Abteilungen, in denen wir arbeiten, auftauchen. Dazu berichtet jeder von uns aus seinen Abteilungen. Zur Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen z. B. haben wir vor allem diskutiert, warum es richtig ist, revolutionäre Kandidaten aufzustellen und wen wir auch von uns vorschlagen, sich aufstellen zu lassen. Ein Kollege meinte, was soll's, sich aufstellen zu lassen, wir sind doch gegen den Gewerkschaftsapparat, da ist es doch Unsinn, in der Gewerkschaft eine Funktion zu übernehmen. Von seinen Kollegen war er übrigens schon vorgeschlagen. Wir haben mit ihm diskutiert, daß es notwendig ist, in den Gewerkschaften zu arbeiten, um den Einfluß des Gewerkschaftsapparates zu bekämpfen und die Kollegen zu gewinnen. Er hat es eingesehen.

Den Kranfahrern bei Phönix sollte einmal die bezahlte Pause gestrichen werden. Wir haben darüber diskutiert, was zu tun ist. Wir hatten uns überlegt, daß nur noch nach Vorschrift gefahren werden sollte, daß unbedingt die Anhänger mit einbezogen werden müßten, um zu verhindern, daß die Pause gestrichen wird. Die Kollegen haben sich dann dagegen gewehrt und sie haben durchgesetzt, daß sie ihre Pause bezahlt bekommen, nur haben sie nicht erreicht, daß alle Kranfahrer die Pause zur gleichen Zeit haben.

Wir sprechen aber auch ab und zu über Probleme, die nicht unbedingt etwas mit dem Betrieb zu tun haben. Wir haben über Spanien diskutiert, über die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML, über das 14. Strafrechtsänderungsgesetz. Ein Kollege hat vor kurzem auch vorgeschlagen, daß wir Schulung machen sollten. Wir haben uns darauf geeinigt, die Rede zur Gewerkschaftsfrage, zum Aufbau der RGO, von Genossen Ernst Aust zu lesen.

In den Abteilungen versuchen wir natürlich, neue Kollegen für unseren Treff zu gewinnen, wir legen auch Flugblätter von der „Stählernen Faust" aus und einige Kollegen auch den ROTEN MORGEN.

RM: Kannst Du auch berichten, welche Schwierigkeiten bei Eurer Arbeit aufgetaucht sind?

Kollege: Die erste Schwierigkeit bestand darin, einen regelmäßigen Treff zu organisieren, an dem alle Kollegen auch dabei sein können. Das ist bei uns kaum möglich, weil wir drei-drittel Schicht haben. Wir haben uns also untereinander abgesprochen, wann die meisten Kollegen können, wie z. B. an freien Tagen, und festgestellt, wer von den Kollegen am regelmäßigsten kommt. Danach haben wir unseren regelmäßigen Treff festgelegt. Es gibt auch Kollegen, die Interesse an unserer Politik haben, aber nicht zum Treff kommen wollen, weil sie befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder bedroht zu werden. Die Kollegen besuchen wir dann zu Hause. Inzwischen hat sich aber auch ein Kern von Kollegen herausgebildet, der sich regelmäßig trifft. Eine Schwäche von uns ist, daß wir noch nicht öffentlich an die Belegschaft herangetreten sind und selber Flugblätter herausgeben. Aber das werden wir sicher auch bald schaffen.

Uns sind natürlich viele politische Fragen noch unklar. Wie sieht revolutionäre Gewerkschaftsarbeit aus, warum ist der Gewerkschaftsapparat ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse, warum muß eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, RGO, aufgebaut werden, warum muß die Arbeiterklasse die Revolution machen, wie sieht der Weg dahin aus usw. Die Unklarheiten zeigten sich z. B. bei den VL-Wahlen, wir wollten zu den VL-Wahlen Aufkleber herausgeben. Uns war aber unklar, was schreiben wir darauf? Sollte man u. a. schreiben: „Kämpft für revolutionäre Vertrauensleute" oder „Wählt Vertrauensleute Eures Vertrauens"? Wir zögerten, das Wort revolutionär zu schreiben. Nach langer Diskussion haben wir dann erkannt, daß ‚Vertrauensleute Eures Vertrauens' vieles bedeuten kann und nicht klar wird, daß die Kollegen Vertrauensleute brauchen, die sich kompromißlos für die Arbeiterklasse einsetzen müssen, die sich nicht zu Handlangern des Gewerkschaftsapparates machen lassen.

Als im Stahlbereich die Tarifrunde stattfand, hatten wir die Situation und unsere Kräfte zuerst auch falsch eingeschätzt. Wir taten so, als käme es damals zum Streik und sahen uns schon als halbe Streikleitung. Das war aber falsch. Wir haben unsere Politik dann auch sofort geändert. Unklarheiten bestehen auch noch über die Perspektive der Gruppe, wie sie sich langfristig entwickeln soll.

RM: Wie stellst Du Dir denn die Perspektive der Gruppe vor?

Kollege: Unser Kollegentreff ist noch klein, er muß weiter ausgebaut werden. Wir müssen offen vor der Belegschaft erklären, was wir machen, was wir wollen, damit sich die Kollegen an uns wenden können. Aber dazu müssen wir auch die Klarheit über das, was wir wollen bei uns selbst ständig vergrößern. Deshalb halte ich es auch für richtig, gerade die Rede zur Gewerkschaftsfrage von Genossen Ernst Aust zu lesen, damit uns klar wird, daß wir nicht nur für einzelne Verbesserungen im Betrieb kämpfen, sondern daß wir unseren Teil zur Revolution, zum Sturz des Kapitalismus beitragen müssen. Ich meine, daß sich unser Kollegentreff zu einer RGO-Gruppe bei Hoesch entwickeln muß, Ansätze sind auf jeden Fall schon vorhanden.

Das wichtigste für uns ist, daß wir die Probleme und Fragen der Kollegen im Betrieb noch viel genauer, viel klarer aufgreifen und beantworten. Die Kollegen müssen praktisch erfahren, daß wir ihre Interessen vertreten, daß wir ihnen den richtigen Weg zeigen, wie man kämpfen muß. Deshalb müssen wir auch über einzelne Probleme aus unseren Abteilungen herauskommen und die Fragen, die die gesamte Belegschaft betreffen, wie die Rationalisierungen z. B. intensiver aufgreifen und der ganzen Belegschaft unseren Standpunkt dazu klarmachen. Deshalb ist es auch notwendig, daß wir uns durch Flugblätter an die gesamte Belegschaft wenden.

Ich selbst möchte gerne Mitglied der KPD/ML werden, denn die Partei zeigt mir immer wieder, daß sie die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, und ich habe im Laufe der Zeit auch erkannt, daß die Ziele der Partei, die Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution zu führen und von der kapitalistischen Unterdrückung für immer zu befreien, richtig sind.

Heidenreich & Harbeck: Kampf geht weiter!

Am 27. 3. berichtete der ROTE MORGEN in einem Interview mit einem Roten V-Mann von H & H über den Kampf gegen die für 1977 vorgesehene Betriebsschließung. Es hatten 2 Demonstrationen der H&H-Kollegen stattgefunden. Inzwischen schrieben uns die Genossen bei H&H:

„Die Kollegen werden furchtloser, weil sie immer mehr erkennen, daß sie nichts zu verlieren haben, höchstens was zu gewinnen. So bedurfte es nur eines kurzen Anstoßes durch unseren Vertrauensleutekörperleiter (ein fortschrittlicher Kollege — im Gegensatz zur Mehrheit im VLK), daß sich spontan über 200 Kollegen am letzten Donnerstag (25. 3.) zum ‚Teppich-Stock' begaben, um die Geschäftsleitung (die gerade mit dem Betriebsrat und der IGM verhandelte) unter Druck zu setzen, endlich mit den Plänen zur Entlassung rauszukommen, um die Ungewißheit zu beseitigen. Nach dieser spontanen Aktion der Kollegen, die in der Mittagspause begann und sich eine halbe Stunde in die Arbeitszeit hineinzog, äußerte sich der Betriebsratsvorsitzende besorgt über das selbständige Vorgehen der Kollegen. Nach außen allerdings sagte er, daß er für die Unterstützung der Verhandlungen dankbar sei. Diese Aktion der Kollegen fand selbstverständlich breite Unterstützung bei den anderen Kollegen."

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Hafentarifrunde

Wir müssen unsere Sache in die eigenen Hände nehmen

Am 22. 12. 75 wurden zwischen dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe und der ÖTV die neuen Lohn- und Rahmentarife abgeschlossen. Nach fünf Verhandlungstagen, wie es in der Presse heißt.

Zur Erinnerung: Das war gefordert

Die Bundestarifkommission hatte am 28. 11. eine Lohnforderung von 8% beschlossen. Schon diese Forderung schlug allen Vorstellungen der Kollegen ins Gesicht. So hatten z. B. sogar die Vertrauensleute der HHLA und auch die große Funktionärsversammlung aller Hafenvertrauensleute und -betriebsräte mit überwältigender Mehrheit eine 10%-Forderung vorgeschlagen, weil sie die Stimmung der Kollegen kannten. Schon auf dieser Funktionärsversammlung hatte Erich Rumpel, Sekretär der ÖTV-Hamburg, Abteilung Seehäfen, klargestellt, daß sich die Bundestarifkommission und der ÖTV-Hauptvorstand einen Dreck um die Meinung der Hamburger Kollegen und Vertrauensleute kümmern und bei ihrer 8%-Forderung bleiben werde: „8% fordern, um 6% zu erreichen!"

Für den Rahmentarif wurde von der Bundestarifkommission eine Erhöhung des Jahresurlaubs und der Urlaubsgelder, Verbesserung der vermögenswirksamen Leistungen und des Kündigungsschutzes gefordert. Außerdem sollte der Hafenfacharbeiter in den Rahmentarif übernommen werden. Von vornherein hatten die ÖTV-Bonzen der Bundestarifkommission solche wichtigen Forderungen der Hafenarbeiter wie — 37,5 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich — alle oder zumindest den dritten Samstag frei — die Samstage dürfen nicht als Urlaubstage angerechnet werden — unter den Tisch fallen lassen.

...und das ist dabei herausgekommen!

Nach dem Abschluß zeigt sich, daß selbst diese „Forderungen" der ÖTV nur eine Beruhigungspille für die Kollegen im Hafen sein sollten. ÖTV und Hafenkapitalisten hatten nie daran gedacht, uns auch nur die geringste Verbesserung zu geben.

Die Marschroute der „konzertierten Aktion" aus Kapitalisten, Staat und DGB hieß in diesem Jahr für die Lohnraubabschlüsse: nicht mehr als 6%. Und mehr haben wir auch nicht gekriegt.

...Beim Rahmentarif ist nichts mehr von den Forderungen übriggeblieben, mit denen in die Verhandlungen zwischen Bundestarifkommission und Hafenkapitalisten gegangen wurde. Der alte Rahmentarif — seit drei Jahren in Kraft — bleibt weitere 12 Monate bestehen. Es gibt nur eine wesentliche Veränderung: statt 5 Lohngruppen gibt es jetzt 8 Lohngruppen. Neu geschaffen wurden der Aushilfsarbeiter, der Hafenarbeiter im 1. Beschäftigungsjahr und der Hafenfacharbeiter. Bei der HHLA sieht es jetzt nach den Verhandlungen zwischen der HHLA und der ÖTV so aus, daß es sogar 15 Lohngruppen anstatt der bisherigen 11 gibt. Kaum haben diese Herren ihren so groß gepriesenen „Hafenfacharbeiter" aus der Schublade geholt, da kommt auch schon das Gegenstück — der einfache Malocher, der Aushilfsarbeiter und der neue Kollege , die in Zukunft die größte Drecksarbeit machen sollen für noch weniger Lohn: nämlich 8,40 bzw. 8,83 DM die Stunde.



Die Schaffung dieser neuen Lohngruppen hat nur zwei Ziele: Einmal die weitere Spaltung der Kollegen in noch mehr Lohngruppen und -untergrüppchen, damit wir uns ja nicht einig werden und zum anderen, daß die Hafenkapitalisten durch Niedriglohngruppen noch mehr Profit aus uns herauspressen wollen. Von „sozialer Besserstellung" ist da weit und breit nichts zu sehen, im Gegenteil.

Der Rahmentarif bedeutet im Gegenteil eine weitere Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen. Offener als je zuvor gab die ÖTV-Gewerkschaft zu, daß man „vor allem der wirtschaftlichen Situation in den deutschen Seehafenbetrieben" entsprochen habe. Das heißt nichts anderes, als daß man die Profite der Hafenkapitalisten abgesichert hat. Und dieses Ziel wurde von vornherein gradlinig verfolgt. In den letzten Jahren hatte man sich noch den Anschein der „gewerkschaftlichen Demokratie" gegeben. Damit war es in diesem Jahr weitgehend vorbei. Nicht mal zum Schein wurde versucht, die Meinung der Hafenarbeiter zu erfahren oder gar zu berücksichtigen. Selbst den Hamburger Vertrauensleuten, die ja untere Funktionäre der ÖTV sind, wurde ziemlich brutal übers Maul gefahren, um jede noch so kleine Opposition sofort zu ersticken. Und die meisten haben auch brav gekuscht, wie es bisher ja immer der Fall gewesen ist.

Meldungen aus den Betrieben

Presseerklärung des Arbeiterkomitees Klöckner (Bremen)

In der Nacht zum Mittwoch (23. März) wurde der Kollege Michael Weisfeld — Steuermann am Hochofen — von Polizei vom Werksgelände geholt.

Am Tage vorher war der Kollege auf zwei Betriebsversammlungen der Klöcknerhütte in der Stadthalle als Diskussionsredner aufgetreten. Er hatte dabei den Betriebsrat, der unter Führung der D„K"P steht, scharf angegriffen. Wörtlich sagte der Kollege unter anderem: „Ich habe in diesem Sommer zusammen mit anderen Kollegen zu den Betriebsratswahlen kandidiert. In unserem Programm stand damals: ‚Einigkeit macht stark! Gegen sogenannte Mitbestimmungsvertreter und Postenjäger, z. B. Sporbeck und Röpke. Gegen die korrupten Gewerkschaftsführer und den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat. Für den selbständigen Kampf der Belegschaft'."

Der Kollege sagte weiter: „Damals hat Betriebsrat Holtorp von der D„K"P mir bereits die Entlassung angedroht. Nun laufen die Vertrauensleutewahlen, und ich bin von den Kollegen vorgeschlagen worden. Holtorp sagte, Kandidaten, die für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition eintreten, würden vor der Wahl aussortiert. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist keine neuartige Gewerkschaft, sondern die einzig mögliche Antwort auf den Verrat des IGM-Apparates. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß innerhalb und außerhalb der IG-Metall aufgebaut werden, damit die Belegschaft organisiert für ihre Ziele kämpfen kann und nicht von Verrätern an der Nase herumgeführt wird, wie das beim Streik 1973 war."

Auf der Versammlung am Nachmittag ging Betriebsrat Holtorp von der D„K"P ans Mikrofon und beschimpfte Kollegen Weisfeld als jemanden, „der bei Nacht und Nebel Parolen schmiert." Er schloß seine Rede mit der Aufforderung an die Kollegen: „Solche Mistböcke (wie Weisfeld) müßt ihr ausmerzen."

Als der Kollege zur Nachtschicht kam, teilte ihm sein Meister mit, er müsse sofort das Werk verlassen. Er teilte keine Gründe für das Werksverbot mit. Spontan sammelten seine Kollegen über 30 Unterschriften gegen eine Entlassung des Kollegen Weisfeld. Der Werkschutz rief schließlich die Polizei, die den Kollegen unter Androhung von Gewalt abführte und aus dem Werk brachte.

Personalchef Steimke nannte am nächsten Tag als Grund für das Werksverbot: Der Kollege sei angeblich beim Kleben von Plakaten des Arbeiterkomitees Klöckner im Werk erwischt worden.

Wir — das Arbeiterkomitee Klöckner — protestieren aufs schärfste gegen diese geplante Entlassung eines Kollegen, der von seinen Kollegen als Vertrauensmann vorgeschlagen wurde. Hier soll unter aktiver Mithilfe des D„K"P-Betriebsrates ein Kollege abgeschoben werden, der als Kommunist bekannt ist, der auch gegen die sozialfaschistische Unterdrückung in der DDR auftritt. Dieser Kollege ist der herrschenden Clique im Betriebsrat unbequem. Deshalb scheut sie sich nicht, offen mit dem Werksvorstand bei der Entlassung zusammenzuarbeiten.

Bremen, 24. März 1976.

Revisionistisches

OPPOSITION SEINER MAJESTÄT

Bekanntlich herrscht im Iran ein faschistisches Regime, das das Volk blutig unterdrückt. Nur eine einzige, schahtreue Partei ist zugelassen. Offiziell sind auch die modernen Revisionisten der Tudeh-Partei verboten. Das hindert allerdings die iranischen Faschisten nicht, sich dieser Verräterpartei ganz offen zu bedienen. So druckte vor kurzem die schahtreue Zeitung „Keyhan" die Rede eines ZK-Mitgliedes der Tudeh-Partei ab, die die iranischen Revisionisten auf dem 25. Parteitag der KPdSU in Moskau gehalten hatten. Dem Schah mochte diese Rede durchaus linientreu erscheinen. Kein Wort stand darin über den Befreiungskampf der Völker des Iran, kein Wort über das barbarische Folterregime. Stattdessen loben die iranischen Revisionisten das Eindringen des Sozialimperialismus in Persien als „Beitrag zur Unabhängigkeit" und fordern die neuen Kremlzaren und den Schah auf, noch enger zusammenzuarbeiten.

ARGENTINISCHE REVISIONISTEN „WIR SIND EINVERSTANDEN"

Vor wenigen Tagen haben reaktionäre Generäle in Argentinien im Auftrag des US-Imperialismus geputscht und ein terroristisches, volksfeindliches Regime errichtet. Daß die Gefahr eines solchen reaktionären Staatsstreiches in Argentinien bestand, war schon lange klar. Im letzten Dezember noch riefen die modernen Revisionisten der argentinischen „K"P auf, die „Demokratie" zu schützen. Und die D„K"P-Zeitung „UZ" jammerte unmittelbar nach dem Putsch: „Sitz der Kommunistischen Partei besetzt!... Terror à la Pinochet ist zu befürchten " und reden vom Programm „des Terrors und der Arbeiterfeindlichkeit".

Was der D„K"P offensichtlich noch nicht zu Ohren gekommen war: Ihre argentinischen „Genossen" haben sofort nach dem Putsch das Mäntelchen nach dem Wind gehängt. Von einem „Programm des Terrors" ist keine Rede mehr, im Gegenteil. Zwar sei der „Umsturz vom 24. März nicht das geeignetste Mittel dafür, die herangereifte Krise auf den Gebieten der Politik, der Kultur und der Moral zu lösen", räumt das ZK der „K"P Argentiniens in einer Erklärung ein, dennoch könne es „nicht umhin, sich mit den ... Grundsätzen einverstanden zu erklären, da sie mit vielen Grundsätzen der Partei selbst übereinstimmen."

Grundsätzliche Übereinstimmung zwischen dem Programm einer faschistischen Militärjunta und einer revisionistischen Partei? Da ist es auch kein Wunder, daß die Junta der Generäle die argentinischen Revisionisten nicht verboten hat, sondern ihnen, wie allen anderen bürgerlichen Parteien auch, die Ausübung ihrer politischen Aktivität untersagt hat. Verboten wurde dagegen sofort die Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten Argentiniens, die die argentinischen Volksmassen schon seit langem aufgerufen hat, vor einem reaktionären Militärputsch auf der Hut zu sein und ihm mit Massenaktionen zu begegnen. Die argentinischen Revisionisten dagegen haben mit ihrer „grundsätzlichen Übereinstimmung" mit dem Programm der reaktionären Militärs erneut gezeigt, daß sie Verräter sind, die das Volk an den Imperialismus und die Reaktion ausliefern.

BESTECHLICHE „UNPARTEIISCHE"

Daß der Sport in den revisionistischen Ländern kein Volkssport ist, sondern, nicht anders als hier, handfesten Profit- und Machtinteressen dient, beweist u. a. ein Bestechungsskandal im rumänischen Fußball. 24 Schiedsrichter wurden in der letzten Zeit gesperrt, weil sie für Bestechungsgelder zwischen 2000 und 30000 DM, für Wein und Obst ihr „unparteiisches Urteil" auf dem Spielfeld ein wenig korrigiert hatten.

Korrespondenz

Medizin bei uns und in Albanien

Ich bin Metallarbeiterin, 48 Jahre alt. Mehr als zehn Jahre habe ich an der Drehbank gearbeitet, teilweise im Akkord. Dann, Ende 1974, wurde ich krank. Von da an ging ich von Untersuchung zu Untersuchung, von Arzt zu Arzt. Oft konnte ich es vor Schmerzen nicht mehr aushalten. Geholfen haben mir aber erst Ärzte in der VR Albanien, wo ich im letzten Jahr im Urlaub war. Ich habe den Unterschied zwischen der Medizin im Sozialismus und im Kapitalismus am eigenen Leib erfahren.

Es begann 1974. Sechs Wochen war ich sehr krank, dann hat mich meine Firma entlassen. „Nierenbeckenentzündung", sagte mein Hausarzt und verschrieb mir Zäpfchen. Wochenlang mußte ich warten, bis ich zum Spezialisten kam. Auch er verschrieb mir nur Beruhigungs- und Betäubungsmittel, um die Schmerzen zu dämpfen. Ich habe das Zeug nicht vertragen, mußte erbrechen und war oft halb bewußtlos. Das ging sieben Monate so, dann kam ich ins Krankenhaus. Wieder das gleiche: Stundenlanges Warten auf eine Untersuchung, niemand sagt dir, was dir eigentlich fehlt, niemand redet mit dir. Schon bei der Aufnahme brüllte mich die Oberschwester an, weil ich ihre Fragen nicht beantworten konnte — dabei hatte ich gerade eine Betäubungsspritze bekommen und war nicht richtig bei Besinnung. Ich habe so viele Spritzen bekommen, daß mein ganzer Körper zerstochen war. Dazwischen immer wieder Betäubungsmittel. Niemand kümmerte sich darum, wie es um mich stand. Einmal bekam ich hohes Fieber. „Eine Erkältung", sagte der Arzt und gab mir wieder eine Spritze. Kurze Zeit später war Visite. Der Chefarzt sah auf die Fieberkurve und meinte: „Um Gotteswillen, was haben Sie denn da gegeben? Das verkraftet die Niere doch gar nicht." Nach vier Wochen haben sie mich entlassen, aber besser ging es mir nicht. Und das Schlimmste war, daß jeder Arzt etwas anderes diagnostizierte und mich anders behandelte. Meinem Mann sagten sie: „Ihre Frau hat zwei Schrumpfnieren, die eine ist schon kaputt." Meinem Schwiegersohn dagegen: „Frau K. hat keine Schrumpfniere". Ich war völlig verzweifelt und habe viel geweint, weil ich glaubte, ich könne nie wieder ohne Schmerzen leben.

Dann, im letzten Sommer, entschlossen wir uns, trotz meiner Krankheit, nach Albanien in Urlaub zu fahren. Zuerst ging alles gut, dann bekam ich große Schmerzen. Da ging ich zum Arzt, ins Krankenhaus in Tirana. Und wenn ich es nicht selbst erlebt hätte, dann würde ich niemandem glauben, wie man dort behandelt wird, wenn man krank ist.

Wenn man da in ein Krankenhaus kommt, hat man das Gefühl, als seien Ärzte, Schwestern und Patienten alle gute Freunde. Der Arzt, der mich mehrere Tage lang behandelte, wollte viel von mir wissen und hat mir auch viel von sich erzählt. Er überwies mich nicht nur an das Labor im anderen Teil Tiranas, er fuhr gleich selbst mit, um das Untersuchungsergebnis abzuwarten — und das, obwohl er schon Freizeit hatte. Bei der Laboruntersuchung haben wir viel gelacht und uns mit den Laborantinnen unterhalten. Es war, als sei ich zu Gast gekommen. Die albanische Schwester hat mir alles genau erklärt, eine Dolmetscherin war da zum Übersetzen. Wir mußten auf die Untersuchungsergebnisse eine Weile warten und haben diese Zeit zusammen mit den Ärzten, (sie hatten gerade Pause) und anderen Patienten verbracht, Kaffee getrunken und uns unterhalten. Alle waren sehr freundlich zu mir, als sie merkten, ich bin Ausländerin und versprachen: „Wenn Sie wieder nach Hause fahren, werden Sie wissen, was mit Ihnen los ist." Aber ich war bestimmt keine Ausnahme, denn auch die albanischen Patienten wurden in der gleichen Weise behandelt. Als die Untersuchungsergebnisse und Röntgenbilder dann kamen, hat der Arzt vor Freude gelacht und mir gesagt, daß ich gar keine Schrumpfniere habe. Er verschrieb mir Medikamente, die die Entzündung ausheilen können und gab mir Ratschläge, wie ich leben soll. Dabei merkte man auch, daß das Leben in Albanien ganz anders ist, daß sich dort der Staat um die Gesundheit der Menschen sorgt. Als ich von meinem Beruf erzählte, meinte der Arzt: „Ausgleichssport hätten Sie treiben müssen. Zum Beispiel alle zwei Stunden 10 Minuten Pause machen und turnen. Es gibt doch in jeder Fabrik Turngeräte." „Ja, in Albanien schon," sagte ich, „aber bei uns habe ich das nie gesehen."

Jetzt bin ich ein halbes Jahr zurück, manchmal habe ich noch Schmerzen, aber keine Koliken mehr. Betäubungsmittel brauche ich nicht mehr zu nehmen. Ich habe wieder Appetit und fühle mich wohl. Die Medikamente haben mir geholfen. Ich habe in Albanien große Mengen davon gekauft. Und dabei habe ich festgestellt, daß die wichtigsten Tabletten, die die Nierenentzündung heilen, gar nicht in Albanien hergestellt werden, sondern in Westdeutschland. Aber sie kosten sehr viel Geld, zehn Stück 31 DM. Das ist in Westdeutschland für eine Arbeiterin zu viel. Deshalb hat sie mir hier kein Arzt verschrieben.

Sicher sind die Ärzte im sozialistischen Albanien nicht so viel klüger als die Ärzte hier. Aber sie sind ein Teil des Volkes und nicht, wie hier bei uns, ein besonderer Stand, Halbgötter im weißen Kittel.

Wenn Kinder krank werden...

Wenn Kinder, insbesondere kleine Kinder, krank werden, dann brauchen sie ganz besonders die liebevolle Pflege durch die Mutter. Was aber, wenn die Mutter arbeitet?

Der „soziale Rechtsstaat" Bundesrepublik zeigt da, wie sozial er wirklich ist. Gesetzliche Regelungen für diesen Fall gibt es nicht. Nur in Tarifverträgen gibt es Regelungen, z.B. sieht das für Angestellte im öffentlichen Dienst so aus: im Falle der Krankheit gibt es bezahlte Arbeitsbefreiung bis zu 4 Tagen — aber nur zweimal im Jahr. Wenn die Kinder länger oder öfter krank sind, dann müssen sie auf ihre Mutter verzichten, oder die Mutter muß die Arbeit aufgeben — oder sie kann unbezahlten Urlaub bekommen — wohlgemerkt: „kann", aber nur, wenn die sogenannten dienstlichen Belange das zulassen. Anspruch hat sie nicht.

Wie anders ist das im sozialistischen Albanien: „Zur Pflege ihres erkrankten Kindes darf die in einem Arbeitsverhältnis stehende Mutter 9 Tage im Vierteljahr, also insgesamt 36 Tage im Jahr zu Hause bleiben, um es zu pflegen. Sie erhält dafür bezahlten Urlaub. Wenn es der Arzt für notwendig hält, kann sie dann jedoch ohne Bezahlung darüber hinaus Urlaub erhalten", heißt es in der Zeitschrift „Neues Albanien Nr. 4/75 auf eine entsprechende Leseranfrage. Weiter steht da: „Wenn das Kind im Krankenhaus liegt, darf die Mutter, besonders wenn es noch gestillt wird, zur Pflege ihres Kindes so lange im Krankenhaus bleiben, wie es der Arzt empfiehlt. Für diese Zeit bekommt sie eine Unterstützung nach den Regeln der Sozialversicherung" (das sind etwa 80% des Lohnes). —

Es ist ganz klar: gerade der Krankenhausaufenthalt hat für Kinder oft schädliche psychische Folgen, alle Bedingungen der Kinder, die ihnen die ganze Sicherheit im Leben bisher gegeben haben, werden abrupt abgerissen. Also müßte es doch selbstverständlich sein, daß es solch eine Regelung auch in der doch viel reicheren Bundesrepublik, die doch ein „Wohlfahrtsstaat" sein soll, besteht. Irrtum. In den „Bremer Nachrichten" wurde vor kurzem ein „Erfolg" gemeldet: in einem Münchener Kinderkrankenhaus sind in den letzten 9 Jahren etwa 5% der Mütter mitaufgenommen worden. Das ist erstens eine Ausnahme und zweitens hat die Sache einen Haken. „Während auf der Privatstation nach den Erfahrungen von Prof. Pache über 25% der kleinen Patienten von ihren Müttern begleitet werden, sind es auf der ‚Allgemeinstation' weniger als 5%. Mütter aus Kreisen der ‚Allgemein-Patienten' seien besonders bei plötzlich notwendigem Krankenhausaufenthalt des Kindes schwer abkömmlich, weil sie häufiger als Frauen aus höheren Einkommensschichten berufstätig sind." Und die Kosten von 32 DM täglich werden auch nur in Sonderfällen von der Kasse getragen, dazu braucht man z.B. ein teures Gutachten, daß man sich bei einem von den Krankenkassen gar nicht anerkannten Psychologen holen kann, wenn man Geld hat.

In der „Frankfurter Rundschau" vom 7. Februar wird unter der Überschrift „Beispielgebend ist ein Modell in Bremen" noch ein Erfolg gemeldet: „In Bremen besteht die Möglichkeit, daß auswärtige Mütter im Zentralkrankenhaus in der St.-Jürgen-Straße kostenlos mitaufgenommen werden, für die zehn verfügbaren Betten besteht ein Vertrag mit der ‚Aktion Gemeinsinn'. Das ist allerdings wenig bekannt und muß den Müttern angeboten werden." Ein Anruf im Krankenhaus rückte das ins rechte Licht: erstens werden nur zwei Betten verfügbar gehalten, zweitens müssen die Mütter außerhalb des Landes Bremen wohnen (also aus dem 30 km entfernten Bremen-Nord ginge es nicht), drittens müßte natürlich dafür bezahlt werden, die Kostenübernahme mit den Krankenkassen geregelt werden. Und so — das sagte die Kollegin am Telefon — wäre das ganze für berufstätige Mütter nichts, es wären auch noch keine dagewesen. Ein Anruf bei der AOK Bremen bestätigte nochmals, daß so etwas wie die Mitaufnahme der Mütter ins Krankenhaus nicht Rechte der Mütter sind wie in Albanien, sondern Privilegien für die Reichen und Propaganda-Enten für die Zeitungen: Am Telefon bekam ich die Auskunft auf meine Frage, ob die AOK die Kosten übernimmt, wenn auf ärztlichen Rat die Mutter mit dem Kind ins Krankenhaus aufgenommen wird: „Also das habe ich noch nicht gehört. In unserem Leistungskatalog kommt das nicht vor." —

Diese Beispiele zeigen, wer in welchem System der Privilegierte ist. Bei uns, im Kapitalismus, gilt: wenn Du reich bist, kannst Du Dir die beste Versorgung für Dein Kind leisten, wenn nicht, dann hat's Dein Kind eben schlecht. Die Albaner sagen Kinder sind in unserem sozialistischen Land die einzige privilegierte Schicht. Die Beispiele zeigen die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus, auch wenn er hochindustrialisiert ist.

Vom Aufbau des Sozialismus

DISKUSSION DES 6. FÜNFJAHRPLANES BEGINNT

In den Arbeits- und Produktionsstätten Albaniens werden Vorbereitungen für eine umfangreiche und tiefgehende Diskussion über die Ausarbeitung des Entwurfs des 6. Fünfjahrplans 1976 bis 1980 getroffen. Die albanischen Werktätigen betrachten diese Diskussion als eine große politische, ideologische und wirtschaftliche Aktion und bekunden ihre Entschlossenheit, einen revolutionären, wissenschaftlichen und mobilisierenden Planentwurf auszuarbeiten, der fest auf der Realität und den Möglichkeiten des Landes beruht. Den Richtlinien und Kriterien der Entwicklung von Wirtschaft und Kultur gemäß, ist im neuen Fünfjahrplan eine spürbare Erhöhung der Industrie- und Agrarproduktion vorgesehen. Die Diskussion der werktätigen Massen über die Ausarbeitung des Planentwurfs ist ein Beweis dafür, daß die Werktätigen selbst die Entwicklungsperspektiven des Landes bestimmen. Sich bewußt, daß der Sozialismus in Albanien unter den Bedingungen der brutalen imperialistisch-revisionistischen Einkreisung erfolgt, lassen sich die albanischen Werktätigen bei der Ausarbeitung des Planentwurfs von dem revolutionären Prinzip leiten, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, von der Notwendigkeit, die Wirtschaft und die Verteidigung des Vaterlandes zu verstärken.

Der Geist der Mobilisierung und der Bereitschaft, mit allen Kräften für den Fortschritt des sozialistischen Vaterlandes zu arbeiten, hat die albanischen Werktätigen in allen Fünfjahrplänen charakterisiert. Von der Richtigkeit der Linie der Partei der Arbeit zutiefst überzeugt, haben sie die Wirtschaft weiterentwickelt. Dadurch ist Albanien ständig vorangeschritten, von einem Jahr zum anderen, von einem Fünfjahrplan zum anderen. Die sozialistische Wirklichkeit Albaniens entwickelt sich plangemäß und ist durch ihre Beständigkeit, Dynamik und Lebenskraft gekennzeichnet. Sie kennt keine Spontaneität und kein Chaos, keine Anarchie und keine Krisen, die die kapitalistische und revisionistische Welt immer mehr zerfressen. Das gesamte Wirtschaftsleben Albaniens wird gemäß den wissenschaftlich ausgearbeiteten Plänen geregelt. Bei der Erfüllung der Pläne wurden wichtige Erfolge errungen. Von 1970 bis 1975 z. B. hat sich die industrielle Gesamtproduktion um 51%, die landwirtschaftliche Gesamtproduktion um 30% und der Warentransport um 46% erhöht. Während des 5. Fünfjahrplans wurde ein um 49% größeres Investitionsvolumen als im 4. Fünfjahrplan realisiert. Gleichzeitig haben sich auch die anderen Zweige und Sektoren der Wirtschaft und Kultur entwickelt, und bei der immer breiteren Anwendung der technischen und wissenschaftlichen Ergebnisse wurden Fortschritte verzeichnet. Der Wohlstand der werktätigen Massen hob sich, und auch das ideologische und politische sowie das theoretische und praktische Niveau der Werktätigen hat sich erhöht. Im neuen Fünfjahrplan wird Albanien auf dem Weg des Sozialismus weiter voranschreiten.

PLANERFÜLLUNG IN DER ERDÖLINDUSTRIE

Die Entwicklung der Erdöl- und Erdgasindustrie ist eine der Hauptaufgaben der albanischen Industrie. Deshalb haben die Arbeiter und alle übrigen Werktätigen dieses Industriezweiges ihre Bemühungen verstärkt, um die existierenden Vorkommen durch die Anwendung rationellster Methoden optimal zu nutzen und eine fühlbare Steigerung der Reserven und der Erdöl- und Erdgasproduktion zu erreichen. Der Plan wird regelmäßig übererfüllt und in den ersten beiden Monaten dieses Jahres zu 100% erfüllt. Außerdem wird noch in diesem Jahr ein neues großes Werk dem Betrieb übergeben werden: das Werk zur kontinuierlichen Erdölverarbeitung. Durch seine Inbetriebnahme wird sich die Qualität der Treibstoffe verbessern, werden eine Reihe neuer Produkte hergestellt und neue Perspektiven für die Entwicklung der Erdölchemie eröffnet.

Wußten Sie schon...

... daß 86% aller in die Volksräte der Dörfer, Stadtviertel, Städte und des Bezirks gewählten Vertreter Arbeiter oder Genossenschaftsbauern sind?

... daß 1976 1600 verschiedenartige Ersatzteile aus den Importlisten gestrichen und in den eigenen Werken hergestellt werden?

... daß die Produktion der albanischen metallverarbeitenden Industrie heute etwa 300 mal so groß ist wie 1938, als die Feudalbourgeoisie herrschte?

Weg mit dem Spitzelgesetz

Fortsetzung von Seite 1

nage die Hauptanstrengung des Verfassungsschutzes." (Hervorhebung — RM)

Mit anderen Worten, den Verfassungsschutz interessiert alles, was einmal für den kapitalistischen Staatsapparat gefährlich werden könnte. Die größte Gefahr für den kapitalistischen Staat ist die kommunistische Partei, die die Arbeiterklasse im Geist der bewaffneten Revolution erzieht und sie zum Sturz des kapitalistischen Staates führt. Daneben sind für den Verfassungsschutz aber auch andere revolutionäre Organisationen von Bedeutung bis hin zu einzelnen fortschrittlichen Menschen. Denn um die Kommunistische Partei zu bekämpfen, ist es für die Bourgeoisie von Bedeutung, genau über ihre Verbindungen, über ihre Verankerung in den Massen Bescheid zu wissen.

„Im Vorfeld des strafrechtlichen Verfassungsschutzes"liegt deshalb für die Bourgeoisie die gesamte Tätigkeit der KPD/ML und anderer revolutionärer Organisationen, liegt aber auch die Sympathie mit dieser Tätigkeit, liegen Kämpfe der Massen wie die „wilden Streiks" 1969 und 1973, Kämpfe der Bauern und Jugendlichen, liegt die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus. Nicht umsonst beobachtet zum Beispiel auch der Verfassungsschutz die wachsende Arbeitslosigkeit mit Sorge. Denn die Bourgeoisie weiß genau, daß es diese Unfähigkeit des Kapitalismus, den Massen Arbeit und Brot zu gewährleisten, ist, die den Funken der kommunistischen Tätigkeit eines Tages zu einem Steppenbrand werden lassen wird, der das Ende ihrer Herrschaft bedeutet.

Deshalb versucht sie, den Funken möglichst früh auszutreten, die Faschisierung möglichst weit voranzutreiben, bevor breitere Teile der Massen sich der Revolution zuwenden. Die neuen Gesetze über den Verfassungsschutz sind ein Schritt hin zur Errichtung einer faschistischen Diktatur.

Vor allem die Tatsache, daß die Meldungen an den Verfassungsschutz „unaufgefordert" erfolgen müssen, soll eine Atmosphäre der Angst verbreiten. Jeder Beamte ist zum Beispiel über das Beamtengesetz verpflichtet, aktiv für die „freiheitlich-demokratische Ordnung" einzutreten. Was wird aber sein, wenn er etwa ein Jahr lang dem Verfassungsschutz keine Information zugetragen hat? Wird man dann nicht an seiner Beamtentreue zweifeln? Oder was ist, wenn er an einem Kollegen nichts „Verdächtiges" gefunden hat, ein anderer aber schon? Wird man dann an seiner eigenen Verfassungstreue zweifeln, ihn der Komplizenschaft verdächtigen? Diese wenigen Überlegungen zeigen den Hauptzweck dieses Gesetzes: Es soll ein solches Mißtrauen säen, daß jede halbwegs öffentliche politische Diskussion unterbunden wird. Es soll die Kommunisten vom Volk isolieren, weil jeder Angst haben soll, bei Kontakt mit Kommunisten selbst in die Karteien des Verfassungsschutzes zu wandern.

Aber das Gesetz sieht nicht nur den breiten Spitzeldienst für den Verfassungsschutz vor. Es sieht auch vor, daß der Verfassungsschutz seine Unterlagen an staatliche Behörden, aber auch an andere Stellen weitergeben soll, soweit ihm das richtig erscheint.

Heute findet dies bereits in breitem Umfang bei der Anwendung der Berufsverbote statt. Aber auch in den Gerichten finden die Spitzeldienste des Verfassungsschutzes ihre Anwendung. Nach dem neuen Gesetz kann der Verfassungsschutz darüber hinaus legal den Gewerkschaften bei ihren Unvereinbarkeitsbeschlüssen Hilfsdienste leisten oder den Betrieben die Entlassung von Kommunisten und anderen Revolutionären erleichtern.

Das Ausmaß der Faschisierung, wie es sich in diesem Gesetz, aber auch in anderen Gesetzen wie dem „Gesetz gegen die Befürwortung der revolutionären Gewalt" oder in Maßnahmen wie dem weiteren Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung zur Speicherung von Informationen über Millionen Menschen, zeigt, mag manchen erschrecken. Das liegt daran, daß man bei solchen Gesetzen sofort an eine Diktatur denkt und nicht an eine freiheitlich-demokratische Ordnung, wie sie ja angeblich bei uns herrschen soll. Tatsächlich ist dieser Staat auch eine Diktatur. Aber nicht erst seit heute. Mit der Verschärfung der Klassenwidersprüche blättert lediglich zunehmend die demokratische Tünche ab, mit der die Bourgeoisie ihre Diktatur über die Arbeiterklasse und das werktätige Volk verschleiert. Deshalb wäre es die falsche Konsequenz, wollte man angesichts solcher Gesetze den Kopf in den Sand stecken.

Gerade das neue Verfassungsschutzgesetz zeigt die grundlegende Klemme, in der die Bourgeoisie steckt. Sicher, sie kann immer neue Gesetze und Pläne machen, wie das Volk noch besser unterdrückt werden kann, wie sie es mit einem Netz von Überwachungs- und Bespitzelungsorganen gefangenhalten kann. Sie kann ihren Staatsapparat immer weiter ausbauen und wie jetzt per Gesetz Hunderttausende von Menschen auf den Kampf zur Erhaltung des kapitalistischen Staates verpflichten. Aber genau hier, wo die Bourgeoisie nicht nur ihre staatlichen Gewaltorgane, sondern auch Teile der Werktätigen, zum Kampf gegen die Revolution einsetzen will, findet ihre Macht auch eine Grenze. Denn sie kann den Gehirnen dieser Menschen nicht befehlen, mit dem Kapitalismus zufrieden zu sein. Sie kann deshalb auch dieses Gesetz nicht so perfekt durchsetzen, wie es geplant ist.

Den Kampf der Werktätigen auf diese Weise zu unterbinden, gelingt noch nicht einmal vollständig faschistischen Regimes wie in Polen oder in der DDR. In Polen konnte die herrschende Clique nicht verhindern, daß der Aufstand der Werftarbeiter im Jahr 1970 ausbrach. Sie konnte ihn zwar mit Waffengewalt niederschlagen, aber wiederum nicht verhindern, daß die Kommunistische Partei Polens die Lehren dieses Aufstandes unter die Massen trägt und so die Waffen für einen siegreichen Aufstand der Arbeiterklasse schmiedet. Und auch in der DDR gelang es dem faschistischen Honecker-Regime trotz faschistischer Unterdrückung und Bespitzelung, die dort bis in die Familie reicht, nicht zu verhindern, daß Marxisten-Leninisten die Arbeit aufnahmen und die KPD/ML gründeten. All dies zeigt, daß die Bourgeoisie mit ihren Unterdrückungsmaßnahmen zeitweilige Erfolge erzielen kann. Aber auf die Dauer kann sie niemals die Arbeiterklasse und das werktätige Volk in Ketten halten.

Weg mit den Verfassungsschutzgesetzen!

Freiheit für die revolutionäre Agitation und Propaganda!



MÜNCHEN

Weil er am Roten Antikriegstag 1972 teilgenommen hatte, wurde Genosse Klaus Singer in erster Instanz zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt, gegen die er Berufung eingelegt hat. Die mutige Verteidigung des Genossen vor Gericht, der die Polizisten entlarvte, die ihn während der Demonstration zusammengeschlagen hatten, brachten ihm eine zweite Anklage vom Staatsanwalt wegen „Beleidigung" ein, der auch gegen einen ersten Freispruch in dieser Sache Revision einlegte. Am 30. März war der Prozeß in München. Genosse Klaus entlarvte die Methoden der Polizei und der Justiz und zeigte ihre Zusammenarbeit auf. So zitierte er z.B. einen Staatsanwalt, der im Zusammenhang mit dem Problem von Polizeizeugen 1975 vor Rechtsreferendaren erklärt hatte: „Demonstranten beschuldigen Polizeibeamte immer wieder verschiedener Übergriffe. Ich bin überzeugt, daß ein Großteil der Beschuldigungen zutrifft. Aber nachweisbar sind solche Übergriffe so gut wie nie, weil Polizeibeamte sich durch entlastende Aussagen gegenseitig deckten... Und das ist gut so... diese gegenseitige Deckung von Polizeibeamten ist unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren einer Polizei, wie wir sie brauchen..." Mehrmals stellte der Staatsanwalt während der Verteidigungsrede des Genossen Klaus Antrag auf Mitprotokollierung und sagte auch offen, warum: er wolle daraus eine neue Anzeige wegen „Verächtlichmachung der Bundesrepublik" machen. Doch der Kampf des Genossen im Gerichtssaal hatte Erfolg: der Richter setzte den Prozeß aus, bis zu einem rechtskräftigen Abschluß des RAKT-Prozesses gegen Klaus Singer.

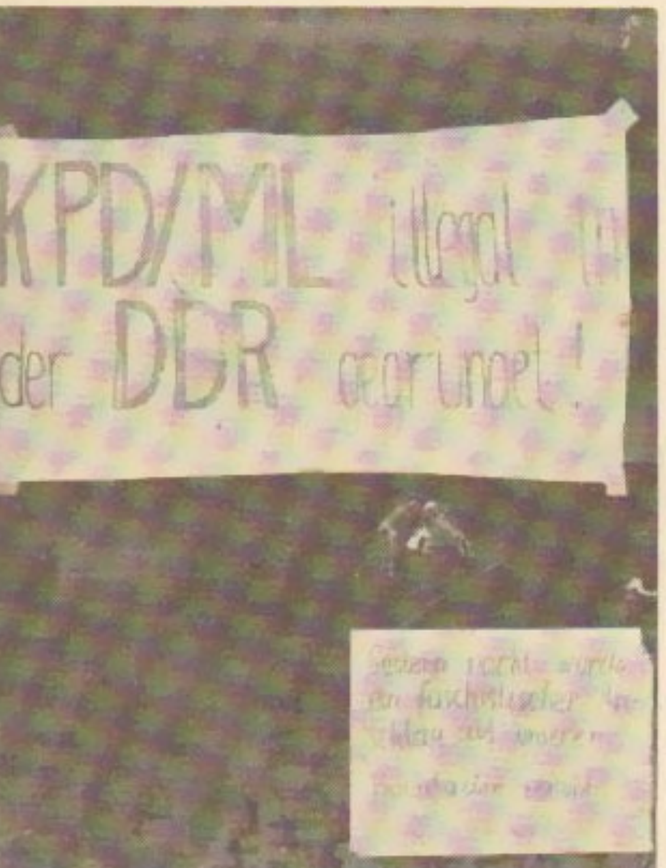
WARENDORF

Am 19. 3. standen in Warendorf fünf Genossen vor Gericht. Weil sie von Polizeispitzeln neben Plakaten und Wandzeitungen gesehen wurden, auf denen der Mord an Günter Routhier angeprangert wurde, hatte der Staatsanwalt sie angezeigt. Ihnen konnte jedoch nichts nachgewiesen werden. Alle Genossen wurden freigesprochen. In einer kleinen Feier, die anschließend stattfand, sammelten Genossen der Partei, der GRF (KPD) und der Liga gegen den Imperialismus 22,40 DM, die je zur Hälfte an die RHD und an das „Komitee gegen den Abbau demokratischer Rechte" überwiesen wurden.

WESTBERLIN

Der ehemalige Finanzsenator von Westberlin hat zig Millionen DM an Steuergeldern verschleudert, als er einen Millionenkredit für den Bau der größten Bauruine, des Westberliner „Kreisels", billigte, zu einer Zeit, als längst klar war, daß die Baugesellschaft bankrott war. Er erhielt dafür ganz offensichtlich hohe Bestechungsgelder. Jetzt stand er vor Gericht wegen „eidlicher Falschaussage". Zwar sah das Gericht es als erwiesen an, daß Striek gelogen hatte. Trotzdem sprach es ihn frei.

Anschlag auf Westberliner Parteibüro



Erneut wurde auf das Westberliner Parteibüro der KPD/ML ein Anschlag verübt. In der Nacht vom 3. auf den 4. April schossen unbekannte Täter durch die zwei Frontscheiben des Büros.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —

Sparkasse Dortmund

Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: SOLIDARITÄT

Keine Abschiebung der türkischen Kollegen

Ein Jahr ist es nun fast her, daß die türkischen Kollegen der Firma Dynamit/Nobel in Fürth streikten. Weil dieser Streik angeblich die „Sicherheitsinteressen" der BRD gefährdete, schlug der Staatsapparat ihn brutal nieder. 21 türkische Kollegen wurden abgeschoben.

Jetzt fanden wieder Gerichtsverhandlungen statt. Vier deutsche Genossen und zwei türkische Kollegen waren angeklagt wegen „schwerem Landfriedensbruch". Weil sie während einer Demonstration Transparente getragen hatten, behauptete der Staatsanwalt, sie seien mit Stangen „bewaffnet" gewesen. Während die vier deutschen Genossen freigesprochen werden mußten, verurteilte das Gericht den Kollegen Ulus zu einem Jahr und Nebil Tarhan zu neun Monaten Gefängnis. Da sie einen großen Teil der Strafe durch die lange Untersuchungshaft bereits abgesessen haben (Hüsegin Ulus saß 10 Monate im Gefängnis!), wurden sie sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Trotzdem zeigt dieses Urteil, daß das Gericht nicht nur einen Keil zwischen die deutschen und türkischen Angeklagten treiben wollte. Es beweist auch, daß es der Klassenjustiz darum geht, die beiden türkischen Kollegen zu kriminalisieren, um sie leichter abschieben zu können — wie das mit anderen, die sich am Streik beteiligt haben, bereits geschehen ist. Gegen diese Pläne, die die beiden Kollegen in die Hände der türkischen Faschisten liefern würden, wird der Kampf weitergeführt werden!

Sofortig Freilassung von Wolfgang Grundmann

Wolfgang Grundmann, dem vorgeworfen wird, er sei Mitglied der RAF, sitzt seit März 1972 in strenger Isolationshaft in Kaiserslautern. Diese totale Isolierung hat, wie auch bei vielen anderen Genossen der RAF, seine Gesundheit untergraben. Laut einem gesundheitlichen Gutachten, das dem Justizministerium von Rheinland-Pfalz zugestellt wurde, leidet Wolfgang Grundmann an Anämie, an gastro-enterologischen Störungen, schweren Kopfschmerzen, Kiefermißbildung und schweren psychischen Schäden. Sein Zustand hat sich inzwischen so verschlechtert, daß der Gutachter, Prof. Frey, erklärt, daß es den sicheren Tod des Genossen bedeuten würde, wenn er nicht sofort aus der Haft entlassen und behandelt wird.

Selbst der Oberstaatsanwalt, der bis vor wenigen Tagen verlangte, Wolfgang Grundmann müsse zwangsuntersucht werden — offensichtlich um eine ärztliche Diagnose nach seinem Wunsch zu erhalten — beantragte inzwischen die Verlegung in die Universitätsklinik Mainz. Am 1. April fand ein Haftprüfungstermin statt, in dem über die Haftverschonungsanträge entschieden wurde. Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

SPENDEN

STICHWORT: „KPD/ML IN DER DDR"

Im März gingen folgende Spenden zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML in der DDR auf das Konto des Parteivorstandes ein:

U.A.H., Essen, 1. 3.	10,00	RG, Dithmarschen, 9. 3.	16,73
Doppelkopfrunde Münster, 1. 3.	45,00	RG, Zelle Erding, 9. 3.	50,00
RGO-Stammtisch, Opel Rüsselsheim, 1. 3.	45,00	H. P., Köln, 10. 3.	52,00
W. G., Bielefeld, 1. 3.	40,00	H. D., Kiel, 11. 3.	200,00
Thälmann-Buchladen Kiel, 1. 3.	46,35	S. S., Saarbrücken, 11. 3.	50,00
Kindergeburtstag Martin W., Hamburg 2. 3.	21,60	Sektion Westberlin, 12. 3.	510,00
OG Kiel, 2. 3.	454,00	ROTER-MORGEN-Lesekreis, Nürnberg, 15. 3.	80,00
F. S., Kelkheim, 2. 3.	20,00	W. E., Neuburg, 15. 3.	15,00
Arbeitertreff Bochum, 2. 3.	28,75	Sektion Westberlin, 16. 3.	52,70
ROTE GARDE, Heppenheim, 2. 3.	190,00	O. A., Westberlin, 18. 3.	30,00
KSB/ML Stammtisch, Frankfurt, 2. 3.	54,32	Schulungskreis BASF-Zelle, 24. 3.	30,00
W. B., Dortmund, 5. 3.	50,00	S. S., Saabrücken, 26. 3.	50,00
Arbeitertreff HDW, Kiel, 9. 3.	149,69	Schulung Gießen, 26. 3.	25,93
RG, Schleswig, 9. 3.	33,33	Buchladen Roter Morgen, Stuttgart, 29. 3.	11,90
F. G., Wuppertal, 9. 3.	30,00	W. M., Nördlingen, 29. 3.	100,00
H.J. S., Frechen, 9. 3.	50,00	Großveranstaltung Dortmund, 29. 3.	13746,39

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 16288,69 DM für diesen Zweck gespendet.

STICHWORT: „KPD/ML"

Im März gingen folgende Spenden zur Unterstützung der Partei auf das Konto des Parteivorstandes ein:

Unbekannt, Frankfurt, 1. 3.	20,00	P. A., Bochum, 15. 3.	25,00
Parteibüro Mannheim, 2. 3.	59,00	C. S., München, 16. 3.	25,00
J. G., Schwabhausen, 9. 3.	50,00	Arbeitertreff Gelsenkirchen, 17. 3.	14,13
U. A., Westberlin, 10. 3.	70,00	W. W., Wattenscheid, 22. 3.	15,00
Englische Genossen, 10. 3.	30,00		

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 308,13 DM für diesen Zweck gespendet.

STICHWORT: „SOLIDARITÄT"

Im März gingen folgende Spenden mit dem Stichwort „Solidarität" auf das Konto des Parteivorstandes ein:

Zelle Neukölln, Westberlin, 1. 3.	140,00	H.J. M., Wuppertal, 19. 3.	16,50
K. W., Neuß, 1. 3.	50,00	Veranstaltung gegen § 88a, Hannover, 22. 3.	232,00
K. V., Kiel, 3. 3.	500,00	Kulturabend Bochum (für RM-Prozesse), 24. 3.	100,00
Frau B., Ludwigshafen, 5. 3.	20,00		
W. K., Essen, 11. 3.	20,00		

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 1078.50 DM für diesen Zweck gespendet.

STICHWORT: „SPANIEN"

Im März gingen folgende Spenden zur Unterstützung des Kampfes der spanischen Völker auf das Konto des Parteivorstandes ein:

Buchladen Roter Morgen, Bielefeld, 3. 3.	40,00	Veranstaltung Darmstadt, 24. 3.	150,00
OG Hamburg, 3. 3.	207,00	Genossen aus Dortmund, 24. 3.	57,00
KSV-Genossen, Marburg, 5. 3.	7,00	Buchladen Roter Morgen, Stuttgart, 29. 3.	13,10
C. M., Neuwied, 10. 3.	20,00		

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 494,10 DM für diesen Zweck gespendet.

STICHWORT: „ROTER MORGEN"

Zur Unterstützung des ROTEN MORGEN gingen im März folgende Spenden auf das Konto des Parteivorstandes ein:

J. E., Bochum, 4. 3.	20,00	Buchladen Roter Morgen, Bochum, 24. 3.	24,12
B. K., Bonn, 9. 3.	14,00	Arbeitertreff Hamburg-Barmbeck, 24. 3.	72,00
H.O. K., Rendsburg, 12. 3.	68,38	Buchladen Roter Morgen, Stuttgart, 29. 3.	45,00
OG Köln, 15. 3.	10,00	ROTER-MORGEN-Veranstaltung, Nürnberg, 29. 3.	120,00
M. S., Duisburg, 16. 3.	5,00		
Zelle AEG-Brunnenstr., Westberlin, 18. 3.	36,00		
Wohngemeinschaft Mannheim, 22. 3.	64,60		

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 479,10 DM für diesen Zweck gespendet.

SONSTIGE

Arbeitertreff Hamburg-Altona, (Kambodscha), 3. 3.	80,26	Arbeitertreff Hamburg-Barmbeck, (Oman), 15. 3.	60,00
W. K., Essen, (Kambodscha), 3. 3.	12,00	Unbekannt, Hamburg, 18. 3.	10,00
S., Hamburg, (Oman), 10. 3.	40,00		

Insgesamt v urden in diesem Zeitraum 202,26 DM gespendet.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

GRF: „Ja zu Bundeswehr-Fregatten"

Um möglichst vielen Genossen der GRF die Augen zu öffnen, daß es tatsächlich in ihrer Organisation eine sehr gefährliche sozialchauvinistische Tendenz gibt, möchte wir Euch folgenden Vorfall berichten:

Seit ca. 2 Monaten führen wir Gespräche mit Genossen der GRF über die Einheit der Marxisten-Leninisten und über praktische Probleme im Betrieb. Als einen der Hauptfehler unserer Politik kritisieren die GRF-Genossen, daß wir — wie in einem Artikel der letzten Betriebszeitung — gegen den auf der AG Weser und anderen Werften geplanten Fregattenbau Stellung nehmen würden.

Zu Eurer Information: Die Bundeswehr will auf den deutschen Großwerften 12 Fregatten, die zusammen 4 Milliarden DM kosten sollen, bauen lassen. Zur Zeit streiten sich wohl nur noch die großen Konzerne (Krupp, Thyssen, Salzgitter), wer den dicksten Brocken von diesem Rüstungsauftrag bekommt.

Die Genossen der GRF sagen, daß man die Kollegen zwar mit allen Mitteln zum Kampf gegen 3 von den Sozialimperialisten in Auftrag gegebene Wasserbremsen im Wert von ca. 6 Millionen DM aufrufen müsse. Denn durch Vergabe ziviler Aufträge ins Ausland seien die Sozialimperialisten in der Lage, im eigenen Land weiter ihre Aufrüstung (für einen Angriff auf Westeuropa) zu betreiben. Den geplanten Fregattenbau der Bundeswehr jedoch dürfe man nicht bekämpfen, ja im Gegenteil, man müsse ihn noch unterstützen. Denn die Bundesrepublik sei ein Land der 2. Welt und wer den Fregattenbau bekämpfe, der leugne die von den chinesischen Genossen aufgestellte Theorie der drei Welten. Da sie aber der Theorie der 3 Welten folgen würden, unterstützen sie auch den Fregattenbau. Man müsse alles ausnutzen und könne alles ausnutzen, was die Bourgeoisie „uns liefert". Das sei genauso, als wenn unsere Genossen in die Bundeswehr gingen, um das Waffenhandwerk zu erlernen. Das wolle die Bourgeoisie ja auch nicht, daß Arbeiter und Kommunisten mit dem Gewehr umgehen könnten, trotzdem müßte sie sie darin ausbilden.

Wir antworteten, daß sie erstens so tun, als sei die Bundeswehr keine imperialistische Armee mehr, sondern eine Volksarmee; zweitens, ob sie nicht wüßten, daß die Fregatten — besonders in der engen Ostsee — überhaupt keine Verteidigungswaffen sein könnten, sondern nur im Rahmen der NATO als Aggressionsinstrumente dienen können. Ein Genosse, der bei der Marine war, erzählte von einem typischen Einsatzfall: die Fregatten wurden bei einem Landungsmanöver der NATO in Schottland dazu eingesetzt, um das Land für die Landung sturmreif zu schießen. Daraufhin sagte eine Genossin der GRF (sinngemäß): „Angriff ist die beste Verteidigung. Wenn die Sozialimperialisten uns angreifen, brauchen wir auch Offensivwaffen, wir werden doch im Fall eines Krieges nicht dabei stehen bleiben, uns zu verteidigen, sondern zum Gegenangriff übergehen!"

Genossen, diese Haltung bedeutet doch nichts anderes, als die westdeutsche Bourgeoisie in ihrem Verrat der Nation an die Supermächte, hier die US-Imperialisten, zu unterstützen, die aggressiven Bestrebungen der westdeutschen und der amerikanischen Imperialisten zu unterstützen und die sozialistische Revolution zu verraten, indem man die imperialistische Armee nicht zerschlagen, sondern unterstützen will. Außerdem ist es Verrat am proletarischen Internationalismus, wenn man die eigene Bourgeoisie in ihrem Überfall bzw. Konterangriff auf die Länder des Warschauer Pakts unterstützen will.

Liebe Genossen, hoffentlich hilft Euch dieses Beispiel dabei, Genossen der GRF von der Schädlichkeit der derzeitigen Linie ihrer Organisation zu überzeugen.

Rot Front!
Ein Genosse von AG Weser, Bremen.

Unvergeßliches Geburtstagserlebnis

Ich bin keine Schreiberin oder Rednerin, möchte aber doch hier an dieser Stelle mein seit 48 Jahren 2. unvergeßliches Geburtstagserlebnis schildern.

Durch meine Kinder bin ich mit der KPD/ML in Berührung gekommen. Auf einer Veranstaltung im Februar hörten wir, daß am 6. März eine Großveranstaltung in Dortmund stattfindet, auf der Genosse Ernst Aust anläßlich der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML spricht. Für uns war es sofort selbstverständlich, hinzufahren. Nun war es aber nicht der 6., sondern der 7. März. Mein Geburtstag. Ich kann es gar nicht richtig beschreiben, was ich in Dortmund empfunden habe. Es war einfach überwältigend für mich und daher mein 2. unvergeßlicher Geburtstag. Ich bin noch keine Genossin, bemühe mich aber, eine zu werden.

Kreuzberg/Westberlin

Wachsende Proteste gegen Schulsituation

An einer Hauptschule im Westberliner Arbeiterbezirk Kreuzberg wehren sich Schüler, Eltern und Lehrer zunehmend gegen die Verschlechterung der Ausbildung. Diese Schule wird von etwa 700 Schülern besucht, davon sind ca. 70% türkische Schüler.

In der Vergangenheit fielen ständig Unterrichtsstunden aus. Erst auf den scharfen Protest der Eltern hin wurden 4 neue Lehrer eingestellt. Trotzdem fällt immer noch Fachunterricht aus. Vom Lehrermangel sind besonders die türkischen Schüler betroffen. Sie erhalten teilweise nur 10 bis 14 Stunden Unterricht, obwohl 20 bis 26 Stunden vorgeschrieben sind. Außerdem sind die Lehrer auf den Unterricht in den türkischen Klassen, teilweise mit Analphabeten, gar nicht vorbereitet worden.



Abgesehen von der schlechten Ausbildungslage sieht die Schule wie ein Dreckstall aus. Die letzte Renovierung liegt etwa 10 Jahre zurück. Erst auf Proteste aus der Schule hin wurde vor einigen Wochen mit Malerarbeiten begonnen. Sie verliefen aber so schleppend, daß die Gesamtelternversammlung einstimmig eine Resolution verabschiedete, daß bis kurz nach den Osterferien die Renovierungsarbeiten abgeschlossen sein müßten, sonst würden sie ihre Kinder nicht mehr in die Schule schicken.

Angesichts dieser sowieso schon miserablen Situation an der Schule war die Empörung um so größer, als bekannt wurde, daß eine allgemein beliebte und tüchtige Lehrerin entlassen werden sollte. Man ließ sie zum zweiten Mal durch die Lehrerprüfung fallen, obwohl sie bereits seit drei Jahren sehr erfolgreich die jeweilige 10. Klasse zum Abschluß führt. Juristische Maßnahmen und Beschwerdebriefe brachten keine Erfolg. Die Kündigung wurde lediglich ein Vierteljahr hinausgeschoben — bis zum Zeitpunkt der Schulentlassung des 10. Schuljahres. Die Verantwortlichen hofften, so die Wogen der Empörung glätten zu können. Aber sie irrten sich.

Bei Bekanntwerden der endgültigen Kündigung der Lehrerin trafen sich Schüler der Schule, druckten ein Flugblatt und malten ein Transparent. Am nächsten Tag wurden in der Schule die Flugblätter verteilt. Unter den meisten Schülern herrschte eine große Empörung. Einen Tag später entrollten die Schüler in der ersten großen Pause das Transparent. Bald hatten sich alle anwesenden Schüler versammelt. Sie zogen zum Amtszimmer und wollten den Schulleiter zur Rede stellen. Dieser hatte sich eingeschlossen!

Daraufhin zogen etwa 150, meist deutsche Schüler (die meisten türkischen sind in einem anderen Gebäude untergebracht, sie sind durch die Sprachschwierigkeiten auch schlecht informiert) zu einer Nachbarschule. Sie erhofften sich die Solidarität der Schüler. Diese waren aber bereits nach der 2. Stunde nach Hause geschickt worden. Nur einige waren noch in der Nähe und schlossen sich der Demonstration an. Bei einer danebenliegenden Realschule waren alle Türen verschlossen, so daß die Schüler nicht heraus konnten. Lediglich der Schulleiter stand mit einem Knüppel in der Hand an einer geöffneten Tür. Die Schüler zogen zu einer entfernter gelegenen Hauptschule weiter. Das abgeschlossene Tor wurde aufgedrückt, die Schüler, die gerade Pause hatten, wurden aufgefordert, sich anzuschließen und mit zum Bezirksamt zu gehen. So formierten sich etwa 250 Schüler zu einem Demonstrationszug zum Bezirksamt. Am Bezirksamt warteten in bürgerkriegsmäßiger Ausrüstung die Polizei. Etwa 30 Polizisten standen mit Schutzhelmen, Schutzbrillen und Tränengas und Gummiknüppeln vor dem Rathaus. Weitere Polizeiwagen standen auf dem Hof. Eine Delegation der Schüler sprach mit dem zuständigen Schulrat. Dies brachte aber nichts ein.

Einige Lehrer unterstützten den Protest der Schüler und Eltern. Viele haben aber noch Illusionen in den „demokratischen Rechtsstaat und seine Gerichte". Statt anhand der im bisherigen Kampf gewonnenen Erfahrungen zu zeigen, daß der Staat die Interessen von Kindern, Eltern und Lehrern bekämpft, schürt die GEW, in der viele SEW-Mitglieder sitzen, diese Illusionen und versucht so, einen auf die eigenen Kräfte gestützten revolutionären Kampf zu sabotieren.

Unter den Eltern ist die Solidarität mit der betroffenen Lehrerin relativ groß. Viele unterstützten mit ihrer Unterschrift eine Protestresolution. Auf der Gesamtelternversammlung sprachen sie sich einstimmig für die Unterstützung der Lehrerin aus. Besonders kampfbereit zeigten sich die türkischen Eltern. Auch unter den Eltern hofften noch viele auf ein „gerechtes Urteil" der Klassenjustiz.

Bereits jetzt hat sich das Schulamt aber dagegen ausgesprochen, die Lehrerin weiter in Kreuzberg im öffentlichen Dienst zu beschäftigen (unabhängig vom Gerichtsurteil), da es durch die Diskussion und die Proteste der Öffentlichkeit ein politischer Fall geworden sei. Klarer kann das Schulamt kaum sagen, daß seine Interessen, nämlich die des Staates, mit den Interessen der Werktätigen nichts zu tun haben. Das Ganze ist für das Schulamt ein Machtkampf, bei dem es nicht nur um einen Streit zwischen einer Lehrerin und dem Staat geht, sondern darum, daß der Staat seine Interessen auch gegenüber Lehrern, Eltern und Schülern durchsetzt.

Westberlin, 29.3.76

Norman Bethune in China

11. Folge — Im Jahre 1937 wird Genosse Norman Bethune, ein bekannter kanadischer Arzt, von der Kommunistischen Partei Kanadas nach China geschickt. Er teilte in den schweren Kriegsjahren während des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression mit der Armee und dem Volk im Grenzgebiet Schansi-Tschahar-Hopeh Freud und Leid. Er machte die Sache der Befreiung des chinesischen Volkes zu seiner eigenen Sache. Durch seinen hohen internationalistischen Geist und seine selbstlose Arbeit erwarb er sich die Achtung und die Liebe nicht nur des chinesischen Volkes, sondern von Millionen Menschen auf der Welt. In dieser Folge: Genosse Bethune infiziert sich, setzt aber seine Arbeit trotzdem fort.

(Die Geschichte ist leicht gekürzt — RM)



Der Sanitätstrupp marschierte die ganze Nacht hindurch und erreichte schließlich das Lazarett im Dorf Ganhodjing. Bethunes verletzter Finger war entzündet. Die Genossen rieten ihm, sich auszuruhen. Er erwiderte: „Ich bin euch dankbar für eure Fürsorge, aber es gibt so viele Verwundete, die dringend operiert werden müssen. Wie kann ich da ausruhen?" Er arbeitete wieder zwei Tage fast ununterbrochen.



Bei der Behandlung eines an Wundrose leidenden Verwundeten infizierte sich sein verwundeter Finger. Nach ein paar Tagen schwoll und eiterte dieser Finger, und Bethunes Temperatur stieg auf 39,6 Grad. Die Genossen waren besorgt, aber er sagte: „Macht euch keine Sorgen! Und wenn ich nur noch zwei Finger behalten sollte, würde ich trotzdem weiterarbeiten!"



Als er in der Ferne Kanonen hörte, wußte er, daß der Kampf begann. Er lief nach draußen und wollte entschlossen an die Front. Die Genossen rieten ihm nochmals, er solle ausruhen. Er sagte verärgert: „Was macht die leichte Wunde am Finger? Ihr müßt von mir als einem Maschinengewehr Gebrauch machen."



Der Sanitätstrupp marschierte durch Regen und Sturm an die Front. Genosse Bethune ritt, statt die Ratschläge der Leitung und der anderen anzunehmen, schwankend und schwindelnd mit der Gruppe vorwärts.



Der Kanonendonner kam immer näher. Als der Sanitätstrupp die von der Huangtuling-Front zurückgetragenen Verwundeten traf, lief Genosse Bethune ihnen entgegen. Er tadelte sich: „Zu spät gekommen, zu spät gekommen!"



Als er in der Sanitätsabteilung des Regiments bei Wangdjiatai ankam, wurde sein Zustand immer schlimmer. An seinem Ellbogengelenk trat eine Geschwulst auf. Dennoch wollte er sich um die Verwundeten kümmern, besonders um jene, die an Kopf, Brust und Bauch verwundet waren. Falls er eingeschlafen war, sollte man ihn wecken.



Obwohl sein Körper äußerst geschwächt war, hatte er wieder 16 Stunden ununterbrochen gearbeitet. Die Genossen rieten ihm immer wieder sich auszuruhen. Aber er hörte nicht auf ihren Rat. Alle Genossen wurden durch seinen warmherzigen, uneigennützigen Geist angespornt.



Am 9. November wurde Bethunes Krankheit noch schlimmer. Seine Temperatur stieg auf 40 Grad. Zu dieser Zeit überfielen die Feinde den Ort. Die Truppe entschloß sich, ihren Standort zu verlegen. Die Leitung der Truppe besuchte ihn und sagte, daß er sich ins Hinterland zur ärztlichen Betreuung begeben müsse. Er stimmte gezwungenermaßen zu.

(wird fortgesetzt)

Kambodscha
Seit einem Jahr befreit

„Phnom Penh befreit", mit dieser Schlagzeile drückte der ROTE MORGEN vor einem Jahr die Begeisterung der Völker der Welt über den Sieg des kambodschanischen Volkes aus. Am 17. April jährt sich zum ersten Mal der Tag, an dem das kambodschanische Volk das Joch der nationalen Unterdrückung durch den USA-Imperialismus vollständig abschüttelte und seine Befreiung zu Ende führte.

Kambodscha ist heute allen unterdrückten Völkern ein leuchtendes Vorbild und liefert erneut den Beweis dafür, daß auch ein kleines Land nicht nur seine Befreiung vom Joch des Imperialismus und der Reaktion erreichen kann, sondern auch beim Aufbau des Sozialismus große Erfolge erzielen kann, wenn es sich auf seine eigenen Kräfte stützt, jegliche imperialistische und revisionistische Einmischung und Aggression sowie alle inneren und äußeren Feinde mutig bekämpft.

Kambodscha ist ein kleines Land mit etwa 7,5 Millionen Einwohnern. Die meisten von ihnen sind Bauern, denn eine entwickelte Industrie gab es nie in diesem Land. Die ausländischen Kolonialherren verhinderten systematisch jede Industrialisierung. Ein großer Teil der Bevölkerung waren Analphabeten. Nie in ihrem Leben hatten sie eine Maschine bedient, geschweige denn eine komplizierte moderne Waffe in Händen gehalten. Schulen, sanitäre Einrichtung oder medizinische Versorgung gab es vor der Befreiung nicht in den Dörfern.

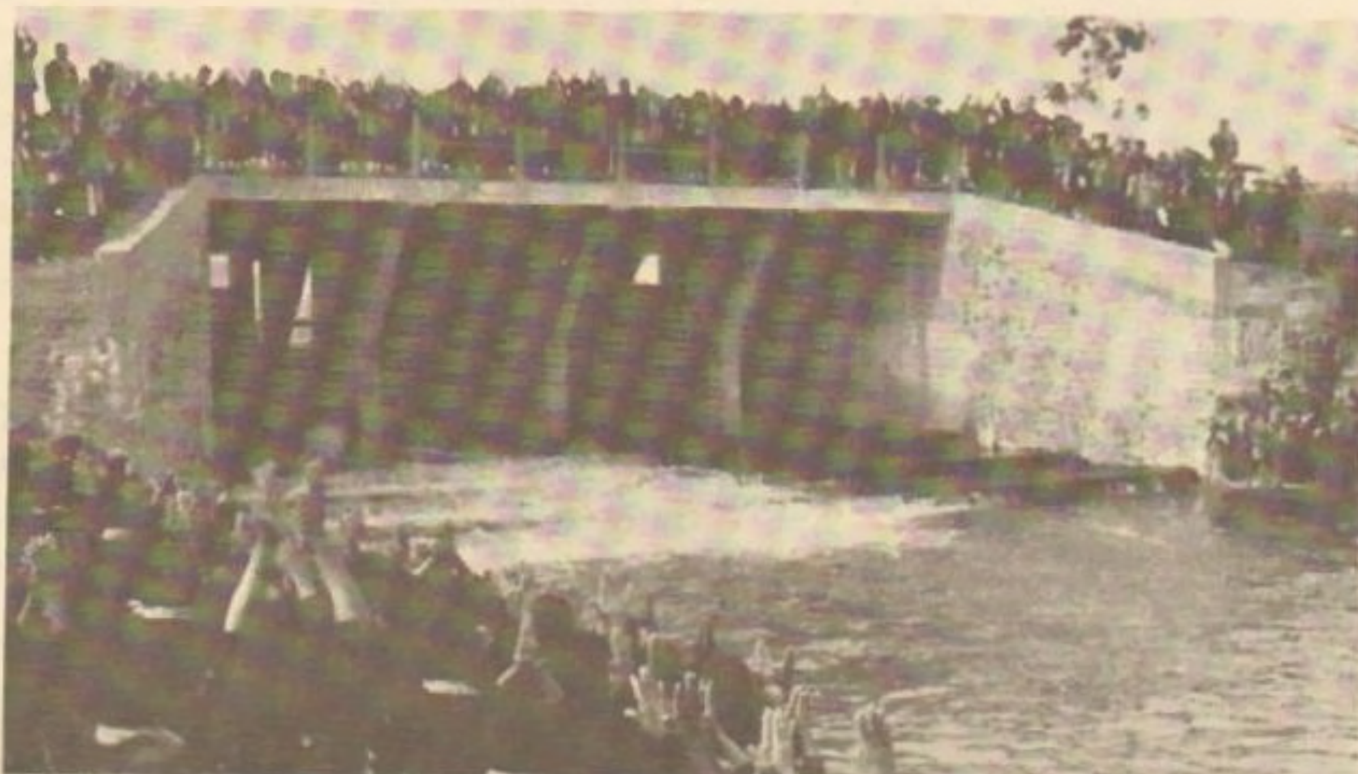
Die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen sind eine Supermacht. Trotz der immer schärferen Krise gehören sie zu den Wirtschaftsgiganten der Erde. Sie verfügen über modernste Waffen aller Gattungen, sie haben Atombomben und chemische Waffen. Mit Hilfe ihrer Armee, ihrer Flotten, ihres Geheimdienstes CIA haben sie große Teile der Welt unter ihre Kontrolle gebracht. In vielen Ländern putschten sie, wie auch 1970 in Kambodscha, faschistische Marionettenregime an die Macht und üben mit deren Hilfe eine blutige Diktatur über die Völker aus.

Dennoch wagte das kleine Kambodscha, der Supermacht USA zu trotzen. Und was viele Menschen nicht für möglich gehalten hätten, geschah: Nach fünfjährigem Kampf, in dem die US-Imperialisten vor hunderttausendfachem Völkermord nicht zurückschreckten, in dem sie Städte und Dörfer, Felder und Wälder Kambodschas in Schutt und Asche legten, errang das kleine Kambodscha den Sieg, erlitt die Supermacht USA eine ihrer vernichtendsten Niederlagen in der Geschichte.

Wie war das möglich?

Fragt man die kambodschanischen Genossen selbst, dann antworten sie: Dies ist das Werk des Volkes. Das Volk erwachte, nahm den Kampf auf und hielt unerschütterlich und kompromißlos an seinem Ziel, der nationalen und sozialen Befreiung, fest. Nach jahrhundertelanger Unterdrükkung nahm es sein Schicksal nun selbst in die Hand und beantwortete den Putsch der US-Imperialisten 1970 mit einem fünfjährigen, siegreichen Volkskrieg.

Der Mut, die Ausdauer, die Opferbereitschaft und Schöpferkraft, die das kambodschanische Volk in seinem Kampf entwickelte, sind bewundérungswürdig. Es begann seinen Kampf fast ohne Gewehre — und besaß doch zuletzt modernste Waffen, die es sich nicht nur vom Feind erbeutet, sondern teilweise auch selbst gebaut hatte. Es begann seinen Kampf ohne Lazarette, ohne Medikamente, ohne Ärzte für seine Soldaten — und baute trotzdem, inmitten furchtbarer Bombardements, kleine Krankenhäuser, eine pharmazeutische Industrie und einen ärztlichen Dienst auf. Es litt Hunger, denn die ausländischen und einheimischen Ausbeuter stahlen sein Getreide, zerstörten seine Felder — und schaffte es doch, nicht nur diesen Hunger zu überwinden, die Bevölkerung und die Soldaten in den befreiten Gebieten ausreichend mit Nahrung zu versorgen, sondern auch neues Ackerland zu gewinnen, neue Bewässerungsanlagen anzulegen und seine Ernteerträge zu steigern. Mitten im Krieg organisierte es Schulen und Kulturzentren, erweckte die alte, kambodschanische Kultur, die die US-Imperialisten zerstören wollten, zu neuem Leben. Das ganze Volk führte diesen Kampf, an den verschiedensten Fronten. Die Frauen Kambodschas, die jahrhundertelang doppelt und dreifach unterdrückt waren, leisteten ihren Beitrag zur Revolution und damit auch zu ihrer eigenen Befreiung. Alte und Junge, selbst die Kinder standen zusammen gegen den gemeinsamen Feind.



Die Bevölkerung bejubelt die Vollendung einer Talsperre. Dieses Wasser fließt nach dem Willen des Volkes. In gemeinsamer Arbeit wird das Bewässerungsproblem gelöst.

Daß diese Einheit geschmiedet werden konnte, daß das Volk sich allen Spaltungsmanövern widersetzen konnte, ist das Verdienst der FUNK, der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha. Sie stand an der Spitze des Kampfes und wies dem Volk den richtigen Weg. Die FUNK entwickelte eine korrekte Linie für den Kampf und lehrte das Volk, daß sein Ziel nicht allein die nationale, sondern auch die soziale Befreiung sein müsse. Sie zeigte dem Volk, daß es seine Befreiung nicht von außen, als Geschenk, empfangen könnte, sondern sie aus eigener Kraft erkämpfen müsse. So wies die FUNK von Anfang an jede „Hilfe", hinter der sich nur eine neue ausländische Aggressionsabsicht verbarg, entschieden zurück. Der Sieg über den US-Imperialismus, den das kambodschanische Volk am 17. April 1975 errang, war zugleich ein Sieg über eine ganze Welt von Feinden. Denn nicht nur die kleineren imperialistischen und kapitalistischen Mächte, wie etwa die BRD, hatten die amerikanischen Aggressoren unterstützt und den Kampf des Volkes von Kambodscha zu sabotieren versucht. Auch die sowjetischen Sozialimperialisten, die sich immer den Anschein geben, als unterstützten sie die Befreiungskämpfe der Völker, hatten von Anfang an alles getan, um den Sieg im Volkskrieg zu verhindern. Ihr Verrat ging soweit, daß sie sogar das reaktionäre Regime Lon Nols anerkannten und diplomatische Beziehungen zu ihm unterhielten.

Nicht von ihnen konnte das kambodschanische Volk Hilfe erwarten. Unterstützung erhielt es allein von den Völkern der Welt, die überall, sogar in Amerika selbst, den Völkermord der US-Imperialisten entlarvten. Besonders die selbstlose Hilfe der Volksrepublik China war ein wichtiger Beitrag zum Sieg der Völker Indochinas.

Die korrekte Führung der FUNK, die nicht nur eine nationale Befreiungsarmee, die FAPLNK, aufbaute, sondern den Kampf an allen Fronten anführte, machte den Sieg im Volkskrieg möglich. Die FUNK war es auch, die das Volk dazu erzog, wachsam zu bleiben und jede Aggressionsabsicht der US-Imperialisten zurückzuweisen. Denn trotz ihrer Niederlage sind diese Räuber nicht friedlich geworden, haben sie die Hoffnung nicht aufgegeben, doch wieder in Kambodscha Fuß zu fassen. Kurz nach der vollständigen Befreiung des Landes drangen sie mit ihrem Spionageschiff „Mayaguez", in kambodschanische Gewässer ein. Und erst vor kurzem wurde bekannt, daß sie erneut einen Bombenangriff auf die Stadt Seam Reap durchführten und dabei 15 Kambodschaner ermordeten und 30 verletzten. Das Volk von Kambodscha weiß, daß der Feind zwar besiegt ist, daß er aber auf eine neue Chance wartet. Es weiß, daß es sein Land nur dann in Frieden aufbauen kann, wenn es, mit dem Gewehr in der Hand, gleichzeitig jederzeit bereit ist zur Verteidigung.

Seit einem Jahr wird in Kambodscha der Sozialismus aufgebaut. Auch hierbei stützt sich das Volk auf niemand anderen als sich selbst, überwindet es alle Schwierigkeiten aus eigener Kraft. Ob aus den Bereichen der Landwirtschaft oder der industriellen Produktion, der sozialen Versorgung der Bevölkerung oder der Erziehung und Kultur — überall kann die Regierung des Demokratischen Kambodscha glänzende Erfolge melden.



„Die Nationalfahne des Demokratischen Kambodscha hat folgende Form und Bedeutung: Ihr Grund ist rot und sie trägt in der Mitte die Abbildung eines dreitürmigen Monumentes in gelber Farbe. Der rote Grund symbolisiert die revolutionäre Bewegung, den entschlossenen und machtvollen Kampf des Volkes von Kambodscha für seine Befreiung, für die Verteidigung und den Aufbau der Nation. Das Monument in gelber Farbe versinnbildlicht die nationale Tradition und das Volk von Kambodscha, das ein immer herrlicheres Land erbaut und verteidigt." (Artikel 16 der Verfassung).

Einer der wichtigsten Schritte zum Aufbau der neuen Gesellschaft war die Verabschiedung einer neuen Verfassung durch den 3. Nationalkongreß im Dezember 1975. Es ist dies die Verfassung eines Landes, das begonnen hat, den Sozialismus aufzubauen, das den Arbeitern, Bauern, Soldaten und den breiten Volksmassen Demokratie sichert, sie verpflichtet zum Aufbau und zur Verteidigung ihres Landes und den gesamten Staatsapparat organisiert auf der Grundlage der Volksmacht. Gleichzeitig weist diese Verfassung jede Aggressionsabsicht aller inneren und äußeren Feinde entschieden zurück. Stolz kann das kambodschanische Volk in seiner Verfassung als Gesetz verankern, wofür es jahrelang unter größten Opfern gekämpft hat:

„Der Staat Kambodscha ist ein unabhängiger, vereinter, friedlicher, neutraler, blockfreier, souveräner und in seiner territorialen Integrität demokratischer Staat. Der Staat Kambodscha ist der Staat der Arbeiter, Bauern und aller anderen Schichten der Werktätigen von Kambodscha. Der Staat Kambodscha trägt die offizielle Bezeichnung: ‚Demokratisches Kambodscha'."

Nicht weniger bedeutend für die Entwicklung des neuen, demokratischen Kambodscha ist ein Ereignis, das erst vor wenigen Tagen stattfand: die Wahlen zur Volksversammlung, die am 20. März durchgeführt wurden. Das ganze Volk bestimmte in direkten und geheimen Wahlen 150 Vertreter der Bauernschaft, 50 Arbeiter und 50 Soldaten für die ehrenhafte und verantwortungsvolle Arbeit im Volkskongreß, dem höchsten Organ des Staates. *„Zum ersten Mal"*, heißt es in einer Erklärung der Regierung des Demokratischen Kambodscha zu diesem Ereignis, *„seit sie die Staatsmacht errungen haben und Herr der Kooperativen, der Gewerkschaften, der Reiskulturen und Felder und der Fabriken geworden sind, entsenden die Arbeiter, Bauern und Soldaten der Revolutionären Armee von Kambodscha ihre authentischen Vertreter in die Nationale Volksversammlung von Kambodscha, damit sie dort die Gesetze festlegen, die politische Linie der Innen- und Außenpolitik des Demokratischen Kambodscha bestimmen. Um dieses wichtige Ereignis zu ehren, verdoppeln die Arbeiter, Bauern und unsere revolutionäre Armee ihre Kampfbereitschaft und ihren Enthusiasmus, verstärken sie ihre Anstrengungen beim Errichten von Deichen, beim Graben von Kanälen, um die Wirtschaft zu stärken, das Land aufzubauen und zu verteidigen, um so ein unabhängiges, vereintes, friedliches, neutrales, blockfreies Kambodscha aufzubauen, das souverän ist in seiner territorialen Integrität, eine Gesellschaft, in der Glück, Gleichheit, Gerechtigkeit und wahre Demokratie herrschen, in der es weder arm noch reich, weder ausbeutende noch ausgebeutete Klassen gibt, eine Gesellschaft, in der das ganze Volk harmonisch in nationaler Eintracht zusammenlebt und sich zusammenschließt, um teilzunehmen an der Produktionsarbeit und das Land gemeinsam aufzubauen und zu verteidigen."*

Die vollständige Befreiung Kambodschas am 17. April 1975 war ohne Zweifel eines der großartigsten Ereignisse der letzten Jahre. Sie hat für alle Völker der Welt beispielhaft gezeigt, daß ein kleines Land ein großes Land besiegen kann, wenn es sich auf die eigenen Kräfte stützt, wenn es wagt die Waffen in die Hand zu nehmen und einen langdauernden Volkskrieg zu führen bis zum endgültigen Sieg. Sie hat bewiesen, daß auch eine Supermacht, so groß und unüberwindlich sie scheinen mag, geschlagen werden kann, sie hat erneut bewiesen, daß der Imperialismus dem Untergang geweiht ist und von den Völkern der Welt niedergerungen werden wird. Der Sieg der Revolution und der Aufbau des Sozialismus in Kambodscha hat die Völker der Welt, die um Freiheit, Unabhängigkeit und für den Sozialismus kämpfen, beflügelt. Kambodscha, das die US-Imperialisten und ihre Lakaien aus dem Land hinauswarf, das sich auch der anderen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus, entschieden widersetzte, hat den Völkern gezeigt, daß und wie man kämpfen muß, um den endgültigen Sieg zu erringen. Denn stark und mächtig sind nicht die Waffen, stark und mächtig sind auf die Dauer allein die Völker der Welt.



Am 25. 2. 1976 bombardierten die USA-Imperialisten das Zentrum von Siem Reap. Über 300 Häuser wurden zerstört, darunter ein Hospital, ein Kindergarten und eine Schule.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
VORSTAND DER KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto-Nr. 321004547
Stichwort: KAMBODSCHA

Nationalhymne des Demokratischen Kambodscha

GLORREICHER 17. APRIL

1

Glutrotes Blut, das die Städte und Ebenen
Kambodschas, unserer Heimat, bewässert,
erhabenes Blut der Arbeiter und Bauern,
erhabenes Blut der revolutionären Kämpfer und Kämpferinnen!

2

Dies Blut, in unversöhnlichen Haß verwandelt
und in entschlossenen Kampf,
befreite unter der Fahne der Revolution
am 17. April von der Sklaverei.

REFRAIN:

Es lebe der glorreiche 17. April,
Herrlicher Sieg, von größ'rer Bedeutung
als die Epoche von Angkor!

3

Wir schließen uns zusammen, um aufzubauen
ein neues Kambodscha, eine neue Gesellschaft.
Glänzend und demokratisch, gleich und gerecht.
Wir halten fest an Unabhängigkeit und Souveränität,
wir stützen uns auf die eigenen Kräfte,
und verteidigen entschlossen
unser Vaterland, unsere heilige Erde
und unsere glorreiche Revolution.

REFRAIN:

Es lebe das neue Kambodscha,
demokratisch und blühend.
Heben wir hoch
die Rote Fahne der Revolution,
bauen wir unser Vaterland auf,
machen wir es herrlicher als je zuvor!

Warum war die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML notwendig und korrekt?

Eine Antwort an die 'Rote Fahne'

Während die Marxisten-Leninisten in aller Welt die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML als bedeutenden Schritt im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland begrüßten, wüteten Revisionisten und Trotzkisten wild dagegen. Wie aber äußerten sich in Westdeutschland diejenigen, die sich als marxistisch-leninistische Organisationen oder als Partei verstehen? Der KBW wie auch der KABD zogen es bis heute vor, zu schweigen. Einzig die Gruppe Rote Fahne, die sich KPD nennt, meldete sich zu Wort. Sie erklärte der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML im Rahmen ihrer sogenannten „Offensive" gegen die KPD/ML den Kampf.

Stellvertretend für die Marxisten-Leninisten in aller Welt sei hier eine Stimme erwähnt: „Zeri i Popullit", das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, schrieb zu diesem Ereignis unter anderem: „Diese Gründung ist ein bedeutendes Ereignis, ein Sieg der deutschen Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die sozialistische Revolution. Gleichzeitig ist sie auch ein Sieg aller marxistisch-leninistischen und revolutionären Kräfte für die Sache der Revolution und des Sozialismus, gegen den modernen Revisionismus, gegen den Imperialismus und die Reaktion. Die Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML analysiert marxistisch-leninistisch die in der DDR entstandene schwere Lage, entlarvt und brandmarkt entschlossen den Verrat der deutschen Revisionistenchefs Ulbricht und Honecker sowie ihrer Moskauer Oberherren Chruschtschow, Breschnew und Konsorten."

Auch viele Genossen und Sympathisanten der GRF waren vor der Stellungnahme ihrer Führung begeistert und empfanden die Gründung auch als ihren Sieg. So gratulierten Genossen der GRF in Duisburg der Partei noch am selben Tag, an dem sie von der Gründung hörten. Schließlich aber äußerte sich die „Rote Fahne". Sie bezeichnete die Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML als „Dokument des Opportunismus und der Spaltung". Vom ersten bis zum letzten Wort fuhr dieser Artikel alles Erdenkliche gegen die Gründung auf und scheute sich dabei nicht, z.T. sogar wörtlich, die Hetze der Revisionisten und Trotzkisten zu übernehmen. So hatte die revisionistische „Deutsche Volkszeitung" die Gründung als „Peking-Ente" bezeichnet. Das Westberliner Revisionistenblättchen „Extra-Dienst" schrieb, „die Ostgruppe existiere nur auf dem geduldigen Papier". Der trotzkistisch-revisionistische KB Nord hetzte, die „gesamte Sektion DDR der KPD/ML" sei „nichts weiter als ein Schreibtischprodukt des schon immer phantasiebegabten ‚ML'-Vorsitzenden Ernst Aust". Und die Rote Fahne fiel da prompt ein: „daß es sich bei dieser Sektionsgründung um ein taktisches Manöver vom Schreibtisch aus handelt". Es ist bezeichnend für die gegenwärtige „Offensive" der GRF, daß sie über ihren Kampf für ihre opportunistischen Losungen vollkommen „vergißt", welche Bedeutung die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML, der marxistisch-leninistischen Partei für die Werktätigen in der DDR, für die ganze deutsche Arbeiterklasse besitzt.

Gründung der Sektion DDR — eine historische Notwendigkeit

1968 bereits schrieb Genosse Enver Hoxha in dem Artikel „Der Kampf der Arbeiterklasse in den revisionistischen Ländern": ***„Die Arbeiterklasse der revisionistischen Länder steht jetzt vor der historischen Notwendigkeit, wieder ins Feld zu ziehen und kompromißlos einen schonungslosen konsequenten Kampf für den Sturz und die Vernichtung der verräterischen Cliquen zu führen, um noch einmal die proletarische Revolution durchzuführen und die Diktatur des Proletariats wiederherzustellen. Das fordert unbedingt Entschlossenheit, Mut, Opfer, die Wiedererneuerung des revolutionären Geistes und der revolutionären Traditionen der Zeiten Lenins und Stalins. Es erfordert in erster Linie und vor allem die Organisierung der wahren Revolutionäre in den neuen marxistisch-leninistischen Parteien, die zum allgemeinen Aufstand des Proletariats und der anderen Werktätigen mobilisieren, ihn organisieren und leiten müssen."*** Eben in dieser außerordentlich wichtigen Aufgabe, die wahren Revolutionäre in einer neuen marxistisch-leninistischen Partei zu organisieren, ist ein wichtiger Schritt mit der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML vorangetan. Und da kommt die „Rote Fahne" und stellt fest: das ganze sei ja nur ihretwegen geschehen und habe „nur den Zweck, die Verhandlungspositionen der KPD/ML gegenüber unserer Partei zu verbessern". Was bilden sie sich eigentlich ein? Glauben sie, sie seien der Nabel der Welt?

Wie aber gehen Marxisten-Leninisten an die Frage einer Parteigründung — in diesem Fall der Gründung einer Sektion, heran? Für sie ist die entscheidende Frage, ob die Partei in prinzipieller Abgrenzung zur revisionistisch entarteten Partei gegründet wird, ob ihre Grundlagen wahrhaft marxistisch-leninistisch sind. Um eben diese Frage aber drückt sich der „Rote Fahne"-Artikel herum und versucht, sich hinter Differenzen in der politischen Linie zu verstecken. Bewußt werden grundsätzliche Fragen sowie Fragen in einzelnen Punkten durcheinander geworfen, wird nicht einmal der Trennungsstrich zwischen revolutionär und konterrevolutionär, zwischen richtig und falsch gezogen. Der Grund ist offensichtlich: Auf diese Weise lassen sich am ehesten die marxistisch-leninistischen Positionen der Partei verleumden. Und so ist es nur konsequent, wenn die GRF nicht die Prinzipien des Marxismus-Leninismus zum Maßstab macht, mit dem Gründung und Gründungserklärung gemessen werden, sondern in bekannter „Bescheidenheit" sich selbst: „An diesem langjährigen Kampf unserer Partei muß man die Gründungsproklamation der KPD/ML in der DDR messen, sowie ihre ‚Propagandaeinsätze' mit Kinderluftballons."

Die „Maßstäbe" der GRF

Wir brauchen diesen Maßstab nicht zu scheuen. „Seit Jahren", schreibt „Rote Fahne", „ist unsere Partei, die KPD, auch in der DDR als kämpferische Alternative zu Sozialimperialismus und Revisionismus bekannt." Nun, wir möchten die GRF daran erinnern, daß es gar nicht so viele Jahre her ist, daß sie die DDR als „sozialistisches Land" anpries und sich damit entschieden gegen unsere Partei stellte, die seit ihrer Gründung 1968 daran festhielt, daß die einst sozialistische DDR zu einem sozialfaschistischen Regime entartet ist. Noch 1973 bejubelte die „Rote Fahne" den Konterrevolutionär Ulbricht: „Wir wollen über die Verdienste desjenigen Walter Ulbricht sprechen, der von der Bourgeoisie so inständig gehaßt wurde. ...Über den ... selbstlosen, der proletarischen Sache ergebenen Funktionär, ...über denjenigen, der die Erfahrungen des Leninismus mit der deutschen Klassenwirklichkeit schöpferisch verbinden wollte." (RF 32/73). Noch 1974 bestritt eben diese „Rote Fahne", daß der russische Sozialimperialismus eine hegemonistische Supermacht ist und daß es gerecht ist, wenn sich die Länder der dritten Welt wie Ägypten gegen sie erheben. Das sind Tatsachen, die diejenigen nur allzu schnell vergessen machen wollen, die selbst dafür verantwortlich zeichnen.

Im weiteren dann stellt die „Rote Fahne" fest, daß ihre Propagandamaterialien seit Jahren in der DDR zirkulieren, daß sie von Westdeutschland aus Kundgebungen in Ostberlin durchgeführt haben. Dagegen stünden lediglich „Propagandaeinsätze der KPD/ML mit Kinderluftballons". Es soll also die Propagandatätigkeit gegeneinander aufgerechnet werden. Sicherlich, Propagandaaktionen vom Westen her können eine gute Sache sein. Und dazu gehören ebenso Aktionen mit Luftballons — übrigens keine kleinen Kinderballons — die Flugblätter in die DDR tragen. Aber ist denn das Zirkulieren von Flugblättern das wesentliche Problem des Parteiaufbaus in der DDR? Keineswegs, die Partei sieht es als wichtigste Unterstützung an, den Aufbau der Partei in der DDR voranzutreiben. Dabei ist das Entscheidende die geduldige und sorgfältige Kleinarbeit, die unbedingt notwendig ist, um die marxistisch-leninistischen Genossen herauszufinden, sie zusammenzuschließen auf einer ideologischen und politischen Grundlage. Das heißt, gerade unter den Bedingungen eines sozialfaschistischen Regimes, illegal Kontakte zu knüpfen, sie zu vertiefen, zu prüfen, Erziehungsarbeit zu leisten, die Genossen zusammenzuschließen, die Arbeit der Partei zu sichern und zu garantieren — das war notwendigerweise der Schwerpunkt unserer Arbeit. Jetzt, wo diese Arbeit Erfolg gehabt hat, heißt es bei der GRF, daß dies ein „Spaltungsakt, ein Sabotageversuch an der Einheit der Marxisten-Leninisten" sei — dies, obwohl gerade die Partei die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML in der DDR vorantreibt. Was will die GRF eigentlich beweisen? Ist es vielleicht nicht mehr die Hauptaufgabe, der Arbeiterklasse die Partei wiederzugeben, die sie in ihrem Kampf für ihren Sieg unbedingt braucht? Haben die Worte Mao Tsetungs: „Will man die Revolution, muß man eine revolutionäre Partei haben" für die GRF ihre Bedeutung verloren? Wie sonst kann sie daher kommen und ihre Aktionen vom Westen her gegen die Gründung der Partei in der DDR „aufrechnen", um dann festzustellen, die Gründung tauge nichts?

Hinter solcher „Argumentation" steckt das besondere „Maßanlegen" der GRF, das bereits aus ihrer Broschüre „Zur politischen Linie der KPD/ML" bekannt ist. Dort ist die Logik: Das Gründungsdokument der GRF ist revisionistisch, die Gründungserklärung der KPD/ML ist im wesentlichen korrekt — aber dennoch sei die Kommunistische Partei nicht 1968 mit der KPD/ML gegründet, sondern 1970 auf der revisionistischen Grundlage der Plattform der GRF. Nicht anders wird jetzt argumentiert: Die GRF führt vom Westen her Aktionen in der DDR durch, während die Partei in sorgfältiger Kleinarbeit für den Zusammenschluß der Genossen in der DDR kämpfte. Dennoch aber ist laut „Rote Fahne" das Ergebnis dieses Zusammenschlusses ein „bewußter Spaltungsakt", ein „Sabotageversuch an der Einheit der Marxisten-Leninisten", hingegen ist die GRF in der DDR angeblich die „kämpferische Alternative zum Sozialimperialismus und Revisionismus seit Jahren".

Mit eben den gleichen Methoden geht die „Rote Fahne" auch an die Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML selbst heran. So wird zum Beispiel einfach darüber hinweggesehen, daß diese Gründungserklärung der Sektion nicht etwa dazu dient, die gesamten Aufgaben der Partei neu zu bestimmen. Sie ist vielmehr Bestandteil der programmatischen Äußerungen der Partei und muß in diesem Zusammenhang auch gesehen werden. Ihre Aufgabe ist es, eine entschiedene Abgrenzung zum modernen Revisionismus vorzunehmen und — zumindest in allgemeiner Form — Ziel, Weg und Kräfte der Revolution in der DDR zu bestimmen. Und eben das tut die Gründungserklärung der Sektion.

Die GRF aber fordert, daß darüber hinaus genaue Analysen über den Bau der Mauer, über Westberlin, über den 20. Parteitag der KPdSU, über die Entartung der KPD usw. usf. enthalten sein müßten. Genosse Ernst Aust hat bereits in seiner Rede zur Gründung der Sektion darauf geantwortet, daß damit praktisch gefordert wird, daß ein ausführliches Programm zur Gründung vorliegen müsse. Anhand solcher „Kriterien" wäre die KP Chinas 27 Jahre lang keine Kommunistische Partei gewesen, weil das Programm erst 27 Jahre nach der Gründung verabschiedet wurde und die Albaner hätten sich gleich gar nicht befreien und die Volksmacht errichten dürfen, weil die Partei ihr Programm noch nicht geschrieben hatte.

In der Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens heißt es: ***„Deshalb hat die PAA am Anfang jeder historischen Etappe nur die Fundamente ihrer Generallinie legen können, um diese hierauf während der revolutionären Praxis und während des sozialistischen Aufbaus zu bereichern und zu vervollständigen."*** (Geschichte der PAA, S. 703). Diese Fundamente, die die Gründungserklärung der Sektion legt, sind für die GRF nur „seichte, verwässernde und unklare Phrasen". Diesen Vorwurf richtet sie unter anderem gegen die Stellungnahme zur Restauration des Kapitalismus in der DDR, obwohl hier die wesentlichen Aussagen, die auf konkreten Analysen beruhen, korrekt zusammengefaßt werden.

So wird in der Gründungserklärung dazu festgestellt,

— daß in der SED analog zur Machtergreifung der revisionistischen Chruschtschow-Clique Ende der fünfziger Jahre die revisionistische Entartung, die schon vorher begonnen hatte, voranschritt,

— daß die Revisionisten den Sozialismus und die Nation vollständig verraten haben und Schritt für Schritt die DDR in einen kapitalistischen Staat verwandelten,

— daß die DDR heute ein Staat ist, in dem die Bourgeoisie die Macht hat und die Arbeiterklasse ausgebeutet und unterdrückt wird, daß der Staat als Kollektivkapitalist die Produktionsmittel für die neue Bourgeoisie und die russischen Sozialimperialisten verwaltet,

— daß die neue Bourgeoisie sich zusammensetzt aus den hohen Funktionären der Partei-, Staats- und Armeeführung, aus Bürokraten, Technokraten und hochgestellter Intelligenz,

— daß die neue Bourgeoisie in der DDR selbst dem Diktat des russischen Sozialimperialismus wirtschaftlich und politisch unterstellt ist und daß sich dieses Vasallenregime auf die Truppen des russischen Sozialimperialismus stützt,

— daß es für die Arbeiterklasse, die Bauern und andere Bündnispartner des Proletariats gilt, die proletarische Revolution durchzuführen und die Diktatur des Proletariats wiederzuerrichten im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Wenn man jetzt einmal an diesem Punkt genauer betrachtet, was die GRF an diesen korrekten Feststellungen kritisiert, so wird leicht deutlich, daß der Ausgangspunkt ihrer Kritik eben nicht die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, sondern ihr eigener Opportunismus sind. So ist es kein Zufall, wenn die GRF fordert, man müsse genau nach den „Widersprüchen innerhalb der neuen Bourgeoisie in der DDR fragen", wenn sie uns vorwirft, wir würden „die neue Bourgeoisie mit dem Sozialimperialismus in einen Topf werfen" usw.

Marxismus-Leninismus oder bürgerlicher Nationalismus

Es ist bekannt, daß die GRF davon ausgeht: „Der Hauptwiderspruch in der DDR ist der nationale Widerspruch", d. h. für sie ist in der DDR nicht die Klassenfrage zwischen Bourgeoisie und Proletariat entscheidend, sondern sie macht es zur Hauptaufgabe, alle Kräfte gegen den russischen Sozialimperialismus — losgelöst von der Klassenfrage — zu richten. Die Folge davon ist unmittelbar, daß für die GRF nicht mehr die sozialistische Revolution im Mittelpunkt steht und sie damit zugleich in ihrem Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus in bürgerlichen Nationalismus, in Kapitulantentum gegenüber der eigenen Bourgeoisie verfällt, ja sogar Blockbildung mit der Bourgeoisie betreibt. In Westdeutschland zeigt sich das darin, daß die GRF nicht den Sturz des westdeutschen Imperialismus als Hauptaufgabe aufgreift, sondern den Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus, wobei sie direkt zur Blockbildung mit der eigenen Monopolbourgeoisie aufruft, wenn sie fordert, die Zersetzungsarbeit in der Bundeswehr einzustellen oder mehr noch für die Anwesenheit der US-Besatzertruppen in Westdeutschland eintritt (RF 28/75), weil auch dies Kräfte gegen den Sozialimperialismus seien. Letztlich heißt das nichts anderes, als der Arbeiterklasse zu empfehlen, sie müsse sich mit dem einen Imperialismus gegen den anderen verbünden. — Obwohl es seit jeher das Ziel der Arbeiterklasse ist, jeglichen Imperialismus zu zerschlagen.

Grundlage der GRF-Kritik: Blockbildung mit der Bourgeoisie

In der Tendenz zur Blockbildung mit der Bourgeoisie liegt der Grund für die Angriffe der GRF, wir würden „die neue Bourgeoisie (in der DDR — RM) mit dem Sozialimperialismus in einen Topf werfen." Allerdings sind wir der Meinung, daß die neue Bourgeoisie wie auch die russischen Sozialimperialisten Feinde des Proletariats sind, daß die einen wie die anderen Revisionisten sind. Genosse Enver Hoxha sagte dazu: „Wir erklären den Verrätern im Kreml und ihren Kettenhunden, daß wir zwischen dem Sowjetvolk und den revisionistischen Häuptlingen zu unterscheiden wissen, aber wir machen nach wie vor keinen Unterschied zwischen diesen Häuptlingen und ihren Nachbetern. Wir stecken alle Verräter in den gleichen Topf." (Wahlrede Okt. 74). Andererseits unterscheidet die Partei auch in der Gründungserklärung in eindeutiger Weise zwischen der neuen Bourgeoisie in der DDR und den russischen Sozialimperialisten. In der Gründungserklärung wird festgestellt, daß das Honeckerregime ein Vasall der Kreml-Zaren ist, die die DDR vollkommen versklavt haben. Aber niemals ziehen wir daraus den Schluß wie die „Rote Fahne", daß Kräfte der neuen Monopolbourgeoisie in der DDR fortschrittlich sein könnten. Und in der Tat ist dies die wahre Auffassung der GRF.

Wie sonst ist es zu erklären, daß die GRF die neue Bourgeoisie in Jugoslawien, die Tito-Revisionisten, in Schutz nimmt, wenn sie schreibt: „Was für einen Anlaß gibt es heute, in einer Situation, in der vor allem Südeuropa und der Balkan strategische Zentren für die Kriegsvorbereitungen der Supermächte sind, an Jugoslawien ‚Revisionismuskritik' zu üben? Es kann nur einen Grund geben: im demagogischen Gewand des ‚Antirevisionisten' Jugoslawiens Politik der Blockfreiheit und der Unabhängigkeit zu kritisieren." Wer also den Tito-Revisionismus kritisiert, arbeitet dem russischen Sozialimperialismus in die Hände — das ist das Fazit derjenigen, die sich als „Alternative zum Revisionismus" aufplustern. Ebenso bedeutet es Stützung der revisionistischen Bourgeoisie, wenn die GRF dem Revisionisten Dubcek freundschaftlich auf die Schulter klopft: „Dubcek kämpft als bürgerlicher Demokrat gegen die sozialfaschistische Diktatur einer fremdhörigen Clique". „Daher muß seine Rolle als positiv eingeschätzt werden, soweit er der sozialimperialistischen Herrschaft und der sozialfaschistischen Diktatur entgegentritt" (RF 17/75). Den Marxisten-Leninisten hingegen ist über diesen Revisionisten vor allem eines bekannt: daß er das tschechoslowakische Volk im Kampf gegen die Moskauer Okkupanten schändlich verraten hat und zur Kapitulation aufrief. Und dies eben, weil er ein revisionistischer Verräter, ein Konterrevolutionär ist.

Ob in der Tschechoslowakei, in der DDR oder in Westdeutschland: Nur im unversöhnlichen Kampf auch gegen die eigene Bourgeoisie, die die sozialen und nationalen Interessen des Volkes vollständig verraten hat, wird die Arbeiterklasse sich selbst und das ganze Volk von Ausbeutung und Unterdrückung wie auch von nationaler Unterdrückung befreien können.

Von dem bürgerlich-nationalistischen Standpunkt an die Frage des Kampfes der Arbeiterklasse in der DDR heranzugehen, muß zwangsläufig dazu führen, daß die „Rote Fahne" sich unversöhnlich der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML entgegenstellt; denn der Kampf für die sozialistische Revolution in der DDR wie in Westdeutschland hat nichts mit bürgerlichem Nationalismus gemeinsam. Weil nicht vereinbar mit dem Marxismus-Leninismus, ist der Standpunkt der GRF daher auch notwendigerweise spalterisch. **Es ist schon jetzt abzusehen, daß diese Linie, wenn sie nicht entschieden kritisiert und zurückgenommen wird, auch in der DDR versuchen wird, spalterisch zu wirken, um den Kampf für die sozialistische Revolution dem Kampf für bürgerlichen Nationalismus unterzuordnen. Was dies aber unter den Bedingungen eines sozialfaschistischen Regimes bedeutet, wird sich jeder vorstellen können, der aus eigener Erfahrung oder aus Berichten weiß, wie schwierig die Kampfbedingungen des Proletariats unter dem Hitlerfaschismus waren. Unter solchen Bedingungen Spaltung gegen den Standpunkt der sozialistischen Revolution zu betreiben, bedeutet in der Tat, dem Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der DDR schweren Schaden zuzufügen.**

Daher gilt es unbedingt, in jeder Hinsicht gegen die spalterische und opportunistische Linie und Grundlage der GRF einen scharfen Kampf zu führen. Daß ihr Angriff auf die Sektionsgründung scheitern wird, ist heute schon eine klare Sache. Wir hegen zu Recht die Hoffnung, daß im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten ernsthafte Fortschritte gemacht werden. Seit ihrer Gründung hat die GRF in vielen Fragen ihre opportunistische Linie durch den Kampf der Partei und aller ehrlichen Marxisten-Leninisten korrigieren müssen, ob in der Frage des modernen Revisionismus, der Diktatur des Proletariats, der Haltung zum Genossen Stalin usw. Auch im gegenwärtigen Kampf gegen die bürgerlich-nationalistischen Positionen der GRF sind bereits große Erfolge erzielt worden: Über 100 Genossen der GRF sind im Verlauf des letzten halben Jahres zur Partei gekommen, und der Widerstand gegen die opportunistischen und zum Teil direkt reaktionären Positionen der GRF-Führung hat innerhalb dieser Organisation zugenommen. **Worauf es in diesem Kampf ankommt, ist, mit den opportunistischen Grundlagen solcher Theorien aufzuräumen und sich vorbehaltlos im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu stellen. Was aber die Frage der Haltung zur Sektion DDR der KPD/ML anbelangt, fordern wir die GRF-Führung auf, nicht erst dann Selbstkritik zu üben, wenn kein anderer Ausweg mehr bleibt, sondern umgehend im Interesse der Einheit der Marxisten-Leninisten ihre Stellungnahme selbstkritisch zurückzunehmen.**

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Nieder mit den zionistischen Landräubern!

Generalstreik im besetzten Palästina

Am 30. März erhoben sich die arabischen Volksmassen in den von den israelischen Zionisten besetzten Gebieten auf dem westlichen Jordanufer und in dem zionistischen Staat, selbst in der Provinz Galiläa, zu gewaltigen Massenkämpfen gegen das verhaßte zionistische Regime.

Am 30. März haben die arabischen Volksmassen einen Generalstreik gegen die Landräubereien der zionistischen Behörden durchgeführt. Allein in Galiläa wollen die israelischen Zionisten, Angaben der bürgerlichen Presse zufolge, erneut sechstausend Quadratkilometer aus arabischem Besitz zwangsweise enteignen, um auf dem geraubten Land neue zionistische Siedlungen zu errichten.



Am 28. Mai proklamiert der Palästinensische Nationalkongreß die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der einzig legitimen Repräsentantin des palästinensichen Volkes.

Die israelischen Zionisten versuchen in der Weltöffentlichkeit immer die Judenverfolgung der Vergangenheit, die antisemitischen Pogrome und vor allem die Verbrechen des Hitlerfaschismus dazu auszunutzen, sich Sympathien zu erschleichen und ihre eigenen Verbrechen zuzudecken. In ihrer Propaganda setzen sie den gerechten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes mit der verbrecherischen Ausrottungspolitik des Hitlerfaschismus gleich, während es in Wirklichkeit genau umgekehrt ist. Die israelischen Zionisten sind ebensolche Rassisten wie die Faschisten. Ihre Ideologie vom „auserwählten Volk Israel" soll die Behandlung der palästinensischen Araber als Menschen 2. Klasse rechtfertigen, wobei Golda Meir sogar soweit ging, ihre „Beunruhigung" auszusprechen „über die palästinensischen Kinder, die täglich neu geboren werden". Die Zionisten, immer von den amerikanischen Imperialisten unterstützt, vertrieben 1 Mio. Araber aus ihrer angestammten Heimat, raubten 524 arabische Städte und Dörfer, zerstörten davon 385 und machten sie dem Erdboden gleich. Damit nicht genug, ständig überfallen die Zionisten die palästinensischen Lager im Südlibanon, werfen Napalmbomben und scheuen sich sogar nicht, als Puppen getarnte Sprengkörper abzuwerfen, die jedes Kind, das sie anrührt, zerfetzen. **Der ganze israelische Staat wurde unrechtmäßig auf geraubtem Land, er wurde mit Gewalt und Terror, auf den Trümmern und Ruinen der palästinensischen Dörfer, Gärten und Felder errichtet.** Darüber hinaus überfielen die israelischen Zionisten mehrmals die angrenzenden arabischen Staaten und verleibten sich ein Territorium ein, das heute sechsmal so groß ist, wie das von 1948. Das palästinensische Volk führt deshalb einen gerechten Befreiungskrieg, nicht gegen „die Juden" wie es die zionistische Propaganda behauptet, sondern gegen den zionistischen Staat, gegen das zionistische Regime, das von den Imperialisten errichtet wurde und von ihnen geschützt wird.

In Galiläa und auf dem westlichen Ufer des Jordan ist jetzt eine neue Welle des Kampfes aufgebrandet. Im Kampf gegen die zionistische Armee fielen sieben palästinensische Kämpfer, wurden Hunderte verletzt und eingekerkert. Aber der Mut und die Entschlossenheit der kämpfenden Massen konnte dadurch nicht gebrochen werden. Sie setzten der zionistischen Gewalt die revolutionäre Gewalt des Volkes entgegen. Barrikaden wurden errichtet, die feindlichen Soldaten mit Steinen überschüttet, Tanks mit Molotowcocktails und Benzinflaschen außer Gefecht gesetzt und an einigen Stellen eröffneten die Volksmassen sogar das Feuer auf ihre Feinde.

Die Völker der ganzen Welt unterstützen diesen Kampf, den das palästinensische Volk unter der Führung der PLO führt, mit Sympathie und voller Bewunderung. Die Imperialisten dagegen und vor allem die beiden Supermächte, der amerikanische Imperialismus und der russische Sozialimperialismus, blicken voll Haß auf das kämpfende palästinensische Volk und verstärken ihre Anstrengungen, diesen Kampf zu unterdrücken. Die ganze Welt weiß, daß die amerikanischen Imperialisten die größte Stütze des zionistischen Regimes sind. Ohne ihre Hilfe könnte es überhaupt nicht existieren. Und die russischen Sozialimperialisten? Sie schicken den Zionisten nicht nur Zigtausende russischer Juden für die Kolonisierung der besetzten Gebiete, sie versuchen darüber hinaus der PLO durch den Plan einer friedlichen Lösung des Palästinaproblems, die grundsätzliche Anerkennung der Existenz Israels und sozusagen als „Belohnung" die Errichtung eines palästinensischen Teilstaates auf dem westlichen Ufer des Jordan, aufzuzwingen.

Aber das palästinensische Volk kämpft mit dem Gewehr in der Hand für die Zerschlagung des zionistischen Staates, um in seine Heimat zurückkehren zu können und ein neues, demokratisches Palästina aufzubauen, ohne rassistische Unterdrückung und frei von imperialistischer Unterjochung.

Und was den Teilstaat angeht, so hat schon Genosse Hamad A. El-Aydi, Botschafter der PLO in der VR China, in seinem Interview mit dem ROTEN MORGEN (Nr. 38/1975) gesagt:

„Nun, was den Teilstaat betrifft, so sagen wir nicht ja oder nein. Es ist zunächst ein Vorschlag der Sowjetunion, den aber die Vereinigten Staaten und Israel nicht angenommen haben. Nun ist klar, jeden Teil, den die Zionisten freiwillig wiederhergeben



Palästinensische Jugendliche hissen in Bir Zait die Fahne der PLO. Sie kämpfen für ein neues, demokratisches Palästina, für den Sturz des zionistischen Regimes.

von dem, was sie uns weggenommen haben, nehmen wir gerne. Aber damit erhalten sie kein Recht, überhaupt in Palästina zu sein. Wir sind nicht dagegen, daß sich die Zionisten ohne Bedingungen zurückziehen. In jedem befreiten Gebiet werden wir eine nationale Autorität ausüben. Zu jedem bedingungslosen Rückzug werden wir daher nicht nein sagen... Sollte es möglich sein, so ist es für das palästinensische Volk ein Fortschritt, wenn es auf einem eigenen Stück Land leben kann. ***Aber es ist keine Lösung.*** *Nun zu dem, ob der palästinensische Widerstand dadurch gespalten werden kann. Unser Weg ist die Revolution und die Einheit ist ein Teil unserer Bewegung...* ***Wenn wir z. B. den Teilstaat haben — wir glauben zwar nicht daran, daß sich die Zionisten freiwillig zurückziehen, aber wenn sie es tun aus irgendeiner Taktik heraus — werden wir natürlich unser Land nehmen und um so stärker zurückschlagen. Wir werden um so stärker kämpfen."***

Thailand: Ami go home!

In der letzten Woche haben die amerikanischen Imperialisten damit begonnen, ihre Besatzertruppen aus Thailand abzuziehen und die Mulitärstützpunkte zu räumen. Dies ist ein weiterer Erfolg des Kampfes, den das thailändische Volk schon seit langem führt, um sich von der Oberherrschaft des US-Imperialismus zu befreien.

Schon seit einiger Zeit haben die Werktätigen Thailands ihren Kampf gegen die amerikanischen Besatzertruppen verstärkt. Im ganzen Land wurden machtvolle antiamerikanische Demonstrationen durchgeführt, auf denen die Demonstranten den sofortigen Abzug aller US-imperialistischen Besatzer aus Thailand forderten. Die Regierung des Landes, die, im Einklang mit den amerikanischen Imperialisten selbst und den reaktionären Kräften des Landes, immer wieder versucht hatte, die Massen zu vertrösten und den Abzug der US-Besatzertruppen hinauszuzögern versuchte, sah sich schließlich aufgrund des ständigen und mächtigen Drucks der Werktätigen gezwungen, den US-Imperialisten ein auf den 20. März befristetes Ultimatum zu stellen. Aber die Regierung räumte den US-Imperialisten gleichzeitig eine Frist von vier Monaten für den Abzug ein und gestattete ihnen, einen Teil ihrer Spezialisten im Lande zu belassen. Gleichzeitig versetzte die Regierung die thailändische Armee in alarmbereitschaft. In Bangkok, der Hauptstadt Thailands warnte die Polizei die Bevölkerung sogar davor, bestimmte Stadtteile zu betreten. Aber all dies konnte nicht verhindern, daß sich am 22. März 6000 Menschen zu einer machtvollen Demonstration zusammenfanden und die amerikanische Botschaft in Bangkok umzingelten. Sie trugen thailändische Fahnen und Losungen, auf denen sie ihren Haß gegen die Anwesenheit der US-Imperialisten in ihrem Land zum Ausdruck brachten. Auf einigen Transparenten war z. B. zu lesen: „Wir wollen, daß sich die Amerikaner aus Thailand wegscheren!", „Wir brauchen keine amerikanische Militärhilfe!", „Die amerikanische Botschaft übt ihre Kontrolle über Thailand aus!"

Während der Demonstration verübte eine Bande faschistischer Provokateure einen feigen Mordanschlag auf die Demonstranten. Sie warfen eine starke Plastikbombe mitten in den dichtgedrängten Demonstrationszug und ermordeten so vier Demonstranten und verletzten 80 schwer.

Die Demonstrationen in Bangkok sind Teil des allgemeinen Kampfes, den das thailändische Volk unter der Führung seiner revolutionären Partei, der Kommunistischen Partei Thailands, für die Befreiung des Landes vom Imperialismus und für den Sturz der Herrschaft aller Ausbeuterklassen führt, um die wirkliche Unabhängigkeit und die Volksdemokratie zu erkämpfen. Der Sieg in diesem Kampf kann nur durch den bewaffneten Kampf errungen werden. Deshalb hat die KP Thailands vor mehr als 10 Jahren den Beginn des revolutionären Volkskrieges organisiert. Heute sind bereits Dutzende von Bezirken, vor allem im Norden des Landes befreit. **Die KP Thailands ist entschlossen, auch künftig den bewaffneten Kampf der Befreiungskräfte und die revolutionäre Bewegung der Werktätigen mutig zu führen, um die reaktionären Klassen zu stürzen und die Volksmacht zu errichten.**

Aus aller Welt

KOLUMBIEN

Mit einer Reihe von Streiks sind in Kolumbien Hunderttausende von Arbeitern, Studenten und Lehrern in den Kampf für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen getreten. Am 25. März streikten im ganzen Land 180000 Lehrer für eine Lohnerhöhung. Ähnliche Streiks fanden im Anschluß daran in verschiedenen Provinzen des Landes statt. In diesen Streiks bekundeten die Lehrer außerdem ihre Solidarität mit dem Kampf der Studenten für eine Erhöhung der finanziellen Mittel für das Erziehungswesen. An der Nationaluniversität in Bogota besuchen die 30000 Studenten schon seit Monaten die Vorlesungen und Übungen nicht mehr um für eine Erhöhung des Budgets der Universität zu kämpfen. Die Studenten haben außerdem in der letzten Zeit verschiedene Demonstrationen durchgeführt, mit denen sie gegen die Unterdrückungsmaßnahmen durch die Behörden protestierten. Auch die Studenten der Universität von Medellin und der Universität von Cali haben in der letzten Zeit für ihre Forderungen demonstriert. Angesichts der Preissteigerungen haben auch die Angestellten in verschiedenen Branchen gestreikt. 20000 Bankangestellte streikten fast einen Monat lang, und auch die 14000 Angestellten des Finanzministeriums und der ihm angeschlossenen Behörden sind in den Streik getreten. In Bogota streikten außerdem 2000 Textilarbeiter und auch die Ärzte im größten Krankenhaus des Landes legten für kurze Zeit die Arbeit nieder.

KANADA

Die kanadische Presse enthüllte vor kurzem, daß die Botschaft der russischen Sozialimperialisten in Kanada ein Spionagezentrum ersten Ranges ist. Mehrere Mitarbeiter der Botschaft sind sowjetische Agenten, die schon aus verschiedenen Ländern ausgewiesen worden sind, weil sie spioniert haben. Zu ihnen gehört auch der stellvertretende Militärattache, der vor einigen Jahren im Libanon auf frischer Tat ertappt worden ist und jetzt in Kanada spioniert.

SPANIEN

Einige Stunden lang war vor kurzem der Verkehr in den Hauptstraßen von Barcelona durch eine Demonstration, an der sich über 3000 Studenten der Universität beteiligten, lahmgelegt. Die Studenten protestierten gegen die schlechten Unterrichtsbedingungen an den Universitäten. Auch die spanische Arbeiterklasse verstärkt weiter ihren Kampf. In Katalonien streiken die Arbeiter der Metall- und der Textilindustrie. Sie kämpfen für höhere Löhne und für politische Rechte. Die Bauarbeiter in Saragossa haben beschlossen, ihren allgemeinen Streik so lange fortzusetzen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Sie verlangen außerdem die sofortige Freilassung ihrer Kollegen, die in der letzten Zeit von der faschistischen Polizei verhaftet worden sind.

NORDIRLAND

Die englischen Besatzungstruppen und die nordirischen Reaktionäre versuchen mit allen Mitteln, den Kampf der nordirischen Bevölkerung zu unterdrücken. Sie nehmen zahlreiche Kontrollen vor, verhaften willkürlich und versuchen, die Einwohner einzuschüchtern und zu zwingen, ihren Befreiungskampf aufzugeben. Vor kurzem hat das englische Besatzerkommando sogar das Zentrum von Belfast durch einen drei Meter hohen Zaun absperren lassen, um Aktionen der Patrioten in der Stadt zu verhindern. Die Patrioten lassen sich aber nicht einschüchtern und brachten am 26. März in Belfast eine Bombe zur Explosion, die mehrere englische Soldaten verletzte.

AUSTRALIEN

Wie „Vanguard", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Australiens berichtet, sind die Streiks der Arbeiter des Landes für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu einer mächtigen Woge geworden. Die Arbeiter des Transportwesens, der Erdölraffinerien, die Bus- und Straßenbahnfahrer, die Hafenarbeiter in Sydney streiken ebenso wie die 5000 Arbeiter der beiden Automobilfabriken im Süden des Landes.

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Italien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNÍ-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)

Portugal



Spanien

HALKIN SESİ 42

Türkei

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (Gewiso) bezogen werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

Anfragen über Erscheinungsweise und Bezugspreise sowie Bestellungen bitten wir zu richten an:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb Nr. 1935 72-207.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,30 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7 m entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Neues Stadion Köln

Einsturzgefahr durch Profitsucht

Immer häufiger kommt es zu katastrophalen Einstürzen von neuen Gebäuden, Brücken oder auch Baustellen. Als kürzlich das erst Ende letzten Jahres fertiggestellte Kölner Stadion wegen Einsturzgefahr gesperrt werden mußte, kam heraus, daß mindestens 40 weitere Bauwerke, vor allem Brücken, nach dem gleichen Bauverfahren errichtet wurden.

Gerade in der Bauindustrie herrscht ein starker Konkurrenzkampf um die größten Profite aus den Staatsaufträgen. Dabei wird skrupellos Leben und Gesundheit Tausender Menschen aufs Spiel gesetzt. Man stelle sich einmal die grauenhaften Folgen vor, wenn die Zuschauer unter dem schweren Betondach des Stadions begraben würden. Ganz abgesehen davon, daß außer den Baukosten selbst auch die Folgekosten für Schäden an diesen sogenannten öffentlichen Bauten — bestritten aus den Steuergeldern der Werktätigen — eine lohnende Einnahmequelle für die Kapitalisten sind. Bei den Olympiabauten in München sogar ein Vielfaches der veranschlagten Kosten.

Es ist bekannt, daß die Kapitalistenklasse für ihre Profite über Leichen geht. Eine besondere Frechheit ist es, wenn,wie im Fall Köln, den Arbeitern auch noch die Schuld für die Baufehler in die Schuhe geschoben wird, die allenfalls durch Arbeitshetze oder Einsparungen von Schutz- und Sicherungsmaßnahmen oder dergleichen verursacht sein dürften. So hieß es am 25. 3. in der WAZ: „Ein Bauarbeiter wurde durch die den Stahl schützende Zementmilch im Gesicht so schwer verletzt, daß er fast vollständig erblindete. Für den Leiter des Kölner Baustatik-Prüfamtes Heinz Pasel ist es durchaus vorstellbar, daß sich nach diesem Unfall die übrigen Arbeiter bei der Verfüllung sehr in acht nehmen und dabei mehr an ihre eigene Gesundheit, als an die erforderlichen Zementmilchmengen denken."

Das Beispiel Köln zeigt,wie unzählige andere, daß der Kapitalismus die von der Schöpferkraft der Werktätigen und Ingenieure entwickelten großartigen technischen Neuerungen bei desSpannbetonherstellung—beispielsweise können große Breiten mit geringerem Materialaufwand überbrückt werden, indem die Druckfestigkeit des Betons und die Zugfestigkeit des Stahls im Stahlbeton genial aufeinander abgestimmt werden — zu Katastrophen führen können, weil nicht für das Wohl der Menschen produziert wird, sondern allein für den Profit der Kapitalistenklasse.

Erneute Erhöhung der Autopreise

Kanzler Schmidt in Rüsselsheim: „Ein Auto muß sich jeder leisten können."

Wozu braucht ein Werktätiger ein Auto? Um an seinen Arbeitsplatz zu gelangen, der häufig mit öffentlichen Verkehrsmitteln gar nicht zu erreichen ist. Um seine Familie hin und wieder aus den Giftschwaden der Städte ins Grüne zu fahren, damit er überhaupt arbeitsfähig bleibt. Angesichts der Krise kratzt so mancher Arbeiter oder Angestellte das jahrelang mühsam unter Entbehrungen zusammengesparte Geld zusammen, um für die nächste Zeit noch zu einem Auto zu kommen, bevor sein Geld überhaupt nichts mehr wert ist.

Die Autokonzerne nutzen diese berechtigte Angst aus. Nachdem sie Tausende Arbeitsplätze durch Entlassungen und Stillegungen wegrationalisiert haben, produzieren sie unter ständig gesteigerter Arbeitshetze und mit Sonderschichten für diesen Absatzmarkt. Mit der jetzigen Preiserhöhung von 4,5 bis 6% haben sie die Autopreise in einem Jahr teilweise um 20% in die Höhe getrieben.

Mord ist eingeplant

Anonymer Hinweis genügt. Wie einfach das geht: unter dem Kugelhagel eines Sonderfahndungskommandos brach am 18. 9. '75 in Bochum der Angestellte Gerhard Send auf dem Heimweg vom Gesangsverein schwerverletzt zusammen. Die Polizeischützen hatten einen Hinweis erhalten, der mit ihrem Fahndungsauftrag „übereinstimmte" — Mann mit heller Jakke. Das genügte ihnen.

Daß jeder mit derartigen Überfällen rechnen muß, stellte unverhohlen der Staatsanwalt in einem Stuttgarter Schnellgerichtsverfahren gegen drei Angeklagte fest, die sich einen gefährlichen „Faschingsscherz" erlaubt hatten, indem sie der Polizei in einem anonymen Anruf ein freierfundenes Versteck eines RAF-Gesuchten „verrieten", was einen Polizeigroßeinsatz zur Folge hatte. Die Sindelfinger Zeitung vom 24. 3. berichtet: „Jetzt im Prozeß erfuhren sie, wie wenig spaßig ihre Idee war. Der Staatsanwalt erinnerte an den Fall Mc Leod, bei dem es einen unschuldigen Toten gegeben hatte, und betonte, wie gefährlich derartige Späße werden können."

"Patientenklau" beim Rettungsdienst

Korrespondenz. Geht man nach der Reklame, die für das Rettungswesen bei uns gemacht wird, dann ist es ausgezeichnet. In Wirklichkeit steht aber hier nicht die Rettung von Menschenleben an erster Stelle. Ein Genosse berichtet:

„Hier bei uns in und um Hannover gibt es verschiedene Rettungsorganisationen von Berufsfeuerwehr über Malteser Hilfsdienst bis Johanniterunfallhilfe usw. Untereinander sind sie sich alle nicht grün, denn jede Organisation, vor allem natürlich ihre freigestellten Landes- und Oberlandesbeauftragten, ‚muß leben'. Geld kommt durch verschiedene Kanäle herein. Vor allem auch dadurch, daß jede Fahrt, die ein Krankenwagen durchführt, natürlich Geld bringt: Transport- und Versorgungskosten für den beförderten Patienten, Verletzten usw. Das führt dazu, daß ein regelrechter ‚Patientenklau' entsteht.

So wurde vor geraumer Zeit auf der Eisenbahnbrücke Hainholz ein Kind von einem LKW überfahren. Notarztwagen und Rettungshubschrauber wurden angefordert. Statt jedoch die Ankunft der Ärzte abzuwarten, nahm ein Krankenwagen der Johanniter Unfallhilfe das Kind auf und fuhr mehrere Kilometer weit zur Unfallklinik. Dort war das Kind dann tot.

Noch öfter passiert es, daß z.B. weiter im Landkreis draußen Unfälle auf der Bundesstraße passieren. Gerade das DRK Celle ist dafür berüchtigt, daß es Verletzte einlädt und abbraust, ohne die Ankunft von Hubschraubern abzuwarten. Im Süden Hannovers machen sich vor allem der Arbeiter-Samariter-Bund und die Feuerwehr Landkreis (Ronne) die Patienten streitig. Läuft in der Einsatzzentrale Barsinghausen des ABS ein Einsatz auf und ist kein Wagen verfügbar, dann kommt es oft vor, daß der Verletzte 20 Minuten länger wartet, bevor überhaupt ein Wagen der Feuerwehr angefordert wird. Das liegt daran, daß die Telephonisten den Chefs gegenüber sehr gut begründen müssen, warum sie einen Einsatz ‚abgegeben' haben.

In Hannover selbst ist seit geraumer Zeit nun eine Funkzentrale für fast alle Organisationen eingerichtet worden. Eifersüchtig wird jetzt darüber gewacht, daß eine Organisation nicht zuviel fährt. Darüberhinaus besteht trotzdem bei allen Kollegen die Gewißheit, daß oben in der Zentrale Einsätze verschoben werden und Fahrten ausgemauschelt werden.

Wenn man z.B. das Unglück haben sollte, daß man bei Wunstorf, einem Ort bei Hannover, verunglückt, dann kommt noch das ‚Pech' hinzu, daß man von einem Wagen des DRK Neustadt aufgelesen wird, der nur einen Fahrer, aber keinen Beifahrer hat. Es kann sich also während der Fahrt keiner um den Patienten kümmern, weil es für das DRK eben billiger ist, nicht auch noch einen Beifahrer zu bezahlen. A propos Bezahlung. Vom ASB Barsinghausen weiß ich, daß dort die Beifahrer monatlich 600-700 DM verdienen (1975). Die Arbeitszeit betrug jedoch im Rhythmus pro Woche 45, 60, 94 Stunden und dann wieder von vorne.

Beliebt ist es auch, Ersatzdienstler im Krankentransport einzusetzen. Bei der Johanniter Unfallhilfe sah das so aus, daß die Ersatzdienstler ankamen, eine Woche als dritter Mann fuhren, einen Kursus in erster Hilfe hatten und dann fester Beifahrer waren. Oder sie wurden auch als Fahrer eingesetzt, allerdings ohne einen Personenbeförderungsschein zu haben.

Geld gespart wird auch bei der Ausrüstung der Krankenwagen. Z.B. läßt die Berufsfeuerwehr Hannover 220er Mercedes als Rettungswagen fahren. Tatsache ist aber, daß die Daimler mit ihrem Aufbau, dem Platz und den Ausmaßen gar nicht den DIN-Vorschriften über Rettungswagen entsprechen. Bei den Krankenwagen des ASB ist mir nicht bekannt, daß dort z.B. Sauerstoffmasken für Kinder zur Ausrüstung gehören.

Konkurrenzwesen, Bezahlung und Ausrüstung sind Hinweise darauf, was sich eigentlich hinter diesem protzigen Rettungswesen verbirgt. Es geht, wie überall im Kapitalismus, auch hier um Geld. Rentabilität, wie man es nennt."

Schmiergeldzahlungen legal

Die Finanzbehörden der Bundesrepublik müssen nach den Worten des Vorsitzenden der Steuergewerkschaft „jenseits aller Moralvorstellungen" gezahlte Schmiergelder, wenn der entsprechende Nachweis erbracht ist, sowohl im Inland als auch im Ausland steuermindernd anerkennen. Fredersdorf meinte in diesem Zusammenhang, daß die Steuer als Moralinstitut ungeeignet sei, „denn wir besteuern im Inland ja auch den Diebstahl als Einkommen und den Verkauf von Diebesgut als normalen Verkauf, der der Umsatzsteuer unterliegt".

Für die steuerliche Absetzung von Inlandsschmiergeldern seien Quittungen nötig und Kontrollmitteilungen, „ob der Empfänger von Schmiergeldern diese auch versteuert". Der Vorsitzende der Steuergewerkschaft fuhr fort: „Beim Auslandsverkehr werden wir uns teilweise mit Glaubhaftmachungen begnügen müssen". Hier komme den Steuerbeamten allerdings ihr Erfahrungsschatz zugute, wo Schmiergelder üblich seien und wo nicht.

Aus „Bremer Nachrichten", März 76.

Besatzertruppen raus aus Deutschland!





25. März: Ohne Postensicherung donnern die ganze Nacht hindurch Panzer der britischen Besatzer über die als „Todeskreuzung" bekannte Kreuzung B 61 / Isselhorster Straße an der Ortsgrenze Bielefeld/Gütersloh. Einer der Panzer überfährt das Stoppschild und schleudert einen vorbeifahrenden 20 t Lastzug in eine Tankstelle. Lastwagenfahrer und Beifahrer müssen schwerverletzt aus den Trümmern befreit werden.

30. März: Als „Zeichen der Freundschaft" wird der in Duisburg stationierten Einheit der britischen Rheinarmee die „Ehrenfreiheit" der Stadt von Oberbürgermeister Krings verliehen. Sie darf künftig bei allen „festlichen Anlässen" mit aufgepflanzten Bajonetten durch die Straßen marschieren.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag G. Schubert Postfach 300526 4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004—393. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18. Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.. 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

KARLSRUHE

„Wer ist der Spalter?" — Gemeinsame Veranstaltung der GRF und KPD/ML, 14. 4., 19.30, Römerhof, Echener Str.

„Ziele und Aufgaben der Roten Hilfe" — Gemeinsame Veranstaltung der KPD/ML und der RH-Initiative Karlsruhe. Es spricht ein Vertreter der RHD, 21. 4., 19.30 Uhr, Römerhof, Echener Str. 1

HEILBRONN

„Heraus zum Roten 1. Mai", 22. 4., 20 Uhr, Mönchseegaststätte, Mönchseestr. 81

WILHELMSHAVEN

„Stalin, ein großer proletarischer Revolutionär, ein Freund der Völker", 13. 4. 19 Uhr, Gaststätte „Drei-Mädel-Haus" Möwenstr. 68

HEPPENHEIM

Gründungsveranstaltung der ROTEN GARDE Heppenheim, 24. 4., 19 Uhr, Gaststätte „Zum Bosenhof", Siegfriedstr. Ecke Liesengasse, (6148) Heppenh.